

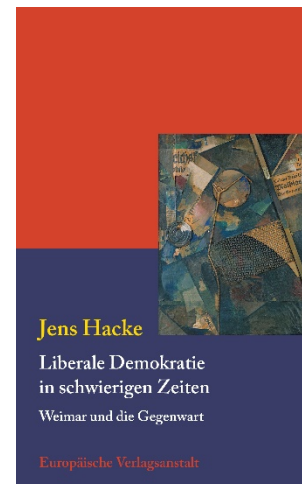


Online-Rezensionen des Jahrbuchs zur Liberalismus-Forschung 2/2021

Jens Hacke: Liberale Demokratie in schwierigen Zeiten. Weimar und die Gegenwart.

Hamburg: CEP Europäische Verlagsanstalt, 2021, 269 S., ISBN: 978-3-86393-111-7

Ob Liberalismus, Demokratie oder Repräsentation: politische Sprache verfügt über keine zeitlosen Definitionen, sondern basiert auf diskursiven Aushandlungsprozessen. Vor allem in Krisen- und Umbruchszeiten unterliegt sie Um- und Neudeutungen, da tradierte Begriffe neue Konstellationen nicht mehr erfassen können. Dass sich Jens Hacke dieser Tradition der „Geschichtlichen Grundbegriffe“ nahe fühlt, macht er bereits in seinem einleitenden Orientierungskapitel deutlich. In Anlehnung an Reinhart Koselleck schlägt er vor, die Weimarer Republik als eine „zweite ‚Sattelzeit‘ des liberalen Denkens“ zu begreifen, in der Liberalismus an das „demokratische Zeitalter“ angepasst worden sei (S. 26f.). Mit diesem Argument baut Hacke auf seiner vielgelobten Habilitationsschrift zur Existenzkrise der Demokratie in der Zwischenkriegszeit auf.¹ Bereits dort hatte er die These vertreten, dass der „Konsensliberalismus“ der Bundesrepublik seine Wurzeln in der Zwischenkriegszeit habe.² Im vorliegenden Buch möchte Hacke nun „einzelne Aspekte [...] vertiefen und noch einmal neu [...] belichten“ (S. 14).



Hacke konzentriert sich vorrangig auf eine Auswahl von Denkern (und es sind in der Tat leider nur Denker), anhand derer er zentrale Entwicklungen des liberal-demokratischen Denkens nachzeichnen möchte, und verzichtet auf eine umfassende Auseinandersetzung mit der „komplexe[n] Transformationsgeschichte der liberalen Parteien“ (S. 18). Auch wenn dies zuweilen wie eine geistesaristokratische „Gipfelwanderung“ (Friedrich Meinecke) anmutet, ist dieser Ansatz gewinnbringend. Hacke gelingt es in seinen Vignetten eine Reihe von wesentlichen Begriffsumbildungen der Zwischenkriegszeit zu identifizieren und für aktuelle demokratietheoretische Debatten nutzbar zu machen. Liberalismus, Demokratie, Kapitalismus, Nationalismus oder auch Parlamentarismus erscheinen dabei als Ideenbausteine, die von unterschiedlichen Denkern kombiniert oder auch in Gegensatz zueinander gebracht wurden. „In der Weimarer Krise“, so Hacke, ließe sich daher „noch einmal in nuce die keineswegs naturwüchsige Fusion von Liberalismus und Demokratie, die Verschränkung von Rechtsstaat und dem Streben nach sozialer Gerechtigkeit nachvollziehen“ (S. 197).

Das erste Begriffspaar, dem Hacke sich anhand von Max Weber und Robert Michels widmet, ist das Verhältnis von Parlamentarismus und Demokratie. Während Weber dabei „im (spärlich besetzten) Pantheon des Liberalismus“ platziert werden könne (S. 40), sei Michels zu keinem Lebenszeitpunkt „für einen Liberalen zu halten“ (S. 68). Die Begründung für diese Zuordnung liege in der unterschiedlichen Bewertung des Parlamentarismus. Weber habe bereits während des Ersten Weltkriegs eine Demokratisierung gefordert und eine Elitentheorie entwickelt, die den „Parlamentarismus als Methode der geeigneten Führerauslese wertschätze“, wenngleich seine

¹ Jens Hacke: Existenzkrise der Demokratie. Zur politischen Theorie des Liberalismus in der Zwischenkriegszeit, Berlin 2018.

² Ibid., S. 17f. Vgl. im vorliegenden Buch S. 11.

„Wendung zum plebiszitär legitimierten charismatischen Führer“ eine Herausforderung für liberale Demokraten bliebe (S. 37). Michels spiele dagegen „Parlamentarismus gegen Demokratie“ aus (S. 59). Sein Antiliberalismus zeige sich dabei nicht nur in der Ablehnung von Kapitalismus und freiem Markt, sondern vor allem aber in seiner rousseauistisch gefärbten Überhöhung einer vermeintlich „idealen“ Demokratie zulasten eines „Interessenausgleich[s] in einer pluralistischen Gesellschaft“ (S. 60).

In den zwei Folgekapiteln arbeitet Hacke die Diskussion um das Verhältnis von Liberalismus und Demokratie weiter aus. Im äußerst lesenswerten Abschnitt zu liberalen Faschismusanalysen in den 1920er Jahren zeigt Hacke, dass die Ursprünge der „Totalitarismustheorie“ in einer heillosen liberalen Auseinandersetzung mit Faschismus und Bolschewismus in den 1920er Jahren lägen. Dabei bezieht er sich vor allem auf Fritz Schottthöfer und Moritz Julius Bonn, wobei Hacke sogar „gute Gründe“ sieht, den Sozialdemokraten Hermann Heller „in einen liberalen Diskurs einzugemeinden“ (S. 84). Ausgemeindet wird dagegen der Nationalökonom und spätere Ordoliberaler Erwin von Beckerath, den Hacke im „Lager der Republikgegner“ verortet (S. 83), während Ludwig von Mises trotz mancher Fehleinschätzung letztendlich im „liberalen Denken verwurzelt“ geblieben sei (S. 93).

Hackes Zuordnungen sind zweifelsohne provokant, ergeben aber vor dem Hintergrund seiner Schwerpunktsetzung Sinn. Nicht „links“ und „rechts“, sondern die Zustimmung beziehungsweise Ablehnung des liberalen Rechtsstaats sind für Hacke entscheidend. Analog zu Schottthöfers Charakterisierung von Faschismus und Bolschewismus als „Brüder im Geiste der Gewaltsamkeit“ (S. 86) zeigt sich auf der Gegenseite ein gemeinsamer Geist der Menschlichkeit, der auch auf der wirtschafts- und sozialpolitischen Ebene zu einer vorsichtigen Annäherung führte. Dass Hacke „liberal“ dabei in einem recht weiten Sinne auffasst, zeigt sich auch in seiner Auseinandersetzung mit Thomas Mann. Dieser entziehe sich zwar einfachen Zuschreibungen, sei aber letztendlich als „repräsentativer liberaler Denker“ gesehen worden, da er „Recht, Wahrheit, Menschenanstand“ in den Mittelpunkt gestellt habe (S. 152).

Deutlicher fällt die Zuordnung von Carl Schmitt aus, der aus seinem Antiliberalismus keinen Hehl gemacht hat. Dessen „entscheidender Kniff“, so Hacke, liege „in der Kontrastierung von Liberalismus und Demokratie just in dem historischen Moment, als beide in der Verfassungsordnung der Weimarer Republik zum ersten Mal zusammengefunden hatten“ (S. 106). Die faschistischen und bolschewistischen Diktaturen seien für Schmitt zwar „antiliberal, aber nicht notwendig antidemokratisch“ (S. 107) gewesen.³ Wie auch Michels zeigt sich bei Schmitt ein rousseauistisches Demokratiebild, dass die „Identität von Regierenden und Regierten“ betont und dabei Homogenität bis hin zur „Ausscheidung oder Vernichtung des Heterogenen“ fordert (S. 106-107).⁴ Dennoch habe Schmitt aber die „Einfallstore für die Gegner der liberalen Demokratie“ in der Weimarer Endkrise klar erkannt (S. 115).

Die Verteidigung der liberalen Demokratie nimmt folgerichtig einen zentralen Raum ein. Hacke fokussiert sich dabei nicht allein auf Karl Loewensteins „wehrhafte Demokratie“, sondern schlägt einen weiten Bogen von Machiavelli über de Tocqueville bis hin zu Hans Kelsen. Den Wandel von der pazifistischen hin zur „militant democracy“ identifiziert Hacke als weitere wichtige Erweiterung des Demokratiebegriffs (S. 164). Hacke erkennt dabei die praxisorientierte Dimension an, die sich in Verfassungsschutz, Parteienverbot, aber auch in den Unabänderlichkeits- und Ewigkeitsklauseln im Verfassungstext zeige (S. 163). Vor allem aber betont er die Bedeutung einer „politische[n] Kultur“, die „vital und mehrheitsfähig“ ist und welche nicht zuletzt durch politische Bildungsarbeit gestärkt werden müsse (S. 169). Verfassungsfeiern, Republikschutzgesetz oder auch das Reichsbanner finden hier leider keine Erwähnung, wobei gerade letzteres das

³ Hacke zitiert hier Carl Schmitt: Die geistesgeschichtliche Lage des heutigen Parlamentarismus, Berlin 2017 [1. Aufl. 1923], S. 22.

⁴ So Schmitt im Vorwort von 1926, vgl. *ibid.* S. 14.

zentrale Beispiel für einen wehrhaften und einflussreichen liberal-sozialdemokratischen Verband gewesen wäre.⁵

Wie einzelne Mosaiksteine fügen sich Hackes Überlegungen schließlich zu einem liberaldemokratischen Bild zusammen, indem sich Rechtsstaat und Demokratie, aber auch Kapitalismus und Sozialstaat gegenseitig ebenso zähmen wie bedingen. In diesem Sinne erreicht Hacke dann auch sein Ziel, Denker wie Kelsen, Heller oder Bonn für die demokratietheoretischen Debatten der Gegenwart nutzbar zu machen und unter „einer gehörigen Übertragungsanstrengung“ zu „aktualisieren“ (S. 196). Dass die Gefahr dabei nicht nur (aber vor allem) bei Rechtspopulisten wie Donald Trump liegt, sondern auch bei jenen Demokratietheoretikern durchscheint, die zu einem „identitären Verständnis von Demokratie [neigen], nach dem die Politik das umsetzen sollte, was die breite Mehrheit wollen müsste“ (S. 202) zeigt Hacke im vorletzten Kapitel. Stattdessen spricht er sich für die „unersetzliche Rolle“ der Parteien in der politischen Willensbildung aus und verteidigt mit Kelsen die „Idee der Freiheit und des Rechtsstaats“ (S. 210).

Etwas überraschend ist in diesem Zusammenhang Hackes Schlusskapitel zur „komplizierten Beziehungsgeschichte“ von Nationalismus und Liberalismus. Erklärbar wird dieser Exkurs allerdings durch Hackes Ansicht, dass der Nationalismus eine bis heute wirksame, „machtvolle Integrationsideologie“ (S. 219) sei, die nicht nur autoritär-aggressiv, sondern durchaus auch demokratisch und dekolonial wirken könne. „Ein kosmopolitischer Liberalismus“, so Hacke, möge zwar „postnationale Konstellationen“ befürworten, aber weder Europa noch eine Weltgesellschaft könnten die Nation vorerst ersetzen (S. 231).

Hackes Gestaltung des Pantheons der liberalen Demokratie ist stets anregend und trotz einiger Redundanzen ein wirklicher Lesegenuss. Weber, Mann und Kelsen werden von Hacke ebenso kenntnisreich mobilisiert wie (zu Unrecht) vernachlässigte Denker wie Schotthöfer und Bonn. Angesichts der Renaissance des Antiliberalismus – in Gestalt der „illiberalen Demokratie“, aber auch in Form von Links- und Rechtsextremismus sowie des Islamismus – ist eine derartige Schützenhilfe mehr als willkommen. Dass Hacke dabei auch jene Demokratie- und Liberalismuskritiker berücksichtigt und entkräftet, die heutzutage mancherorts eine Renaissance erfahren, stärkt das Buch in seiner Funktion als Fundgrube für die wehrhafte liberale Demokratie.

Berlin

Thomas Clausen



**ARCHIV DES
LIBERALISMUS**

Friedrich Naumann Stiftung
Für die Freiheit.

in Kooperation mit



recensio.net

⁵ Sebastian Elsbach: Das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold. Republikschutz und Gewalt in der Weimarer Republik, Stuttgart 2019.



Online-Rezensionen des Jahrbuchs zur Liberalismus-Forschung 2/2021

Tilman Pohlmann (Hrsg.): Die LDPD und das sozialistische „Mehrparteiensystem“ in der DDR.

Göttingen: V&R unipress, 2020 (= Berichte und Studien im Auftrag des Hannah-Arendt-Instituts für Totalitarismusforschung, Nr. 81), 242 S., ISBN: 978-3-8471-1003-3

Beginnen wir mit zwei erfreulichen Feststellungen: Die Erforschung der politischen und gesellschaftlichen Binnenstruktur des vor nun bereits mehr als 30 Jahren – zumindest von der geopolitischen Landkarte – verschwundenen „zweiten deutschen Staates“ findet fortgesetzt Interesse – und das auch unter jüngeren und jungen Historikerinnen und Historikern, die kaum noch als Zeitzeugen von Zerfall und Untergang der DDR bezeichnet werden können. (Unter den zehn Autoren des vorliegenden Tagungsbandes gehört mehr als die Hälfte den Geburtsjahrgängen 1980ff. an.) Wenn in diesen Tagen aus unerfreulich aktuellem Anlass wieder so oft von abweichenden politischen Verhaltensmustern in den „beiden Teilen Deutschlands“ geredet wird und geredet werden muss, erweist sich ja ohnehin, wie wenig Anlass dazu besteht, die deutsche Vergangenheit im langen 20. Jahrhundert insgesamt und gerade auch in dessen zweiter Hälfte als ein primäres oder gar ausschließliches Betätigungsfeld für die Geschichtswissenschaft misszuverstehen.



Auch die Liberalismusforschung, zu deren Gegenständen aus Sicht des Rezensenten selbstverständlich ebenfalls die Geschichte liberaler Parteien und Personengruppen in der totalitären, als sozialistisches „Mehrparteiensystem“ figurierenden Struktur der DDR (oder anderer Staaten des ehemaligen Sowjetblocks!) gehört, profitiert so von neuen Forschungsprojekten, wie dem am Dresdener „Hannah-Arendt-Institut für Totalitarismusforschung“ (HAIT) der TU Dresden angesiedelten Projekt zum „Sozialistischen Mehrparteiensystem in der DDR. Funktionsweisen und Grenzen der Blockpolitik“. Dabei sollte die Analyse der Liberal-Demokratischen Partei Deutschlands (LDPD) „als SED-Blockpartei zwischen Bau und Fall der Mauer (1961–1989/90)“ besondere Berücksichtigung finden. Der hier anzuzeigende Band geht (im Wesentlichen) auf eine im Juni 2016 (!) terminierte Gemeinschaftstagung des HAIT und des Archivs des Liberalismus (ADL, Gummersbach) zur genannten Thematik zurück.

Die Motivation zur Auswahl des Forschungsgegenstandes ergibt sich – nach Aussage des Leipziger Historikers und Herausgebers Tilman Pohlmann – aus der Tatsache, dass der (zumindest quantitativ) herausragenden Rolle der LDPD unter den DDR-Blockparteien gerade für den genannten Zeitraum eine ihrer Bedeutung kaum gerecht werdende (geringe) Zahl von wissenschaftlichen Studien gegenübersteht. Das Dresdener Forschungsprojekt nun nimmt für sich in Anspruch, „eine kompandienhafte Gesamtstudie“ (S. 8) zur LDPD vorzulegen. Die Parteigeschichte soll auf drei Ebenen erforscht werden: Auf der „Makroebene“ geht es um die zentrale Parteiführung (Partei-Sekretariat, Ausschüsse, Kommissionen), die Zusammensetzung und das Wirken der Leitungsgremien, ihre Beziehungen zu Staatspartei, Staatsapparat, dem allgegenwärtigen „Ministerium für Staatssicherheit“ (MfS) und zu den übrigen Blockparteien. Auf der „Mesoebene“ werden die mittlere LDPD-Leitungsebene, die – den DDR-Bezirken korrespondierenden

– Parteibezirke, ihre inhaltliche Arbeit und insbesondere ihre Verbindungen zu den jeweiligen SED-Bezirksleitungen sowie die Durchdringung der LDPD-Bezirksvorstände durch das MfS in den Blick genommen. Auf der parteipolitischen Mikroebene soll – am Beispiel der Bezirke Cottbus, Frankfurt/Oder und Potsdam – geklärt werden, inwieweit es der Partei an der Basis gelang, „glaubhaft die von der SED vorgegebenen Ziele“ (S. 9) und zugleich die Interessen der LDPD-Mitglieder zu vertreten.

Pohlmann benennt in seinem einleitenden Beitrag die „Herrschaftsansprüche“ (S. 19f.) der Staatspartei an die LDPD. Diese und vor allem ihre Parteifunktionäre sollten innerhalb der LDPD-Mitgliedschaft und dem der LDPD zugewiesenen gesellschaftlichen Sektor des „Mittelstandes“ als „Katalysator der politischen Ideologie und der politischen Linie der SED“ wirken. Die LDPD hatte – als „Wachstumsinitiator“ – in ihrer Klientel für die Durchsetzung von Ansätzen zum Wirtschaftswachstum zu sorgen, die ihrerseits von der SED formuliert oder toleriert wurden. Als „Praxisindikator“ war die Partei gehalten, der SED Feedback aus dem „Mittelstand“ zu Wirtschaftsmaßnahmen, deren Wirkung und eventuellem Korrekturbedarf zu liefern. Zusammenfassend diene das Agieren der LDPD dem Zweck der Aufrechterhaltung der „Suggestion sozialistischer Pluralität“ (G. Papke); sie hatte ihren „Beitrag zur Legitimationsstiftung und Stabilisierung des DDR-Regimes zu leisten“. Pohlmann zeigt eindrücklich, wie konkrete Korrektur- oder „Verbesserungsvorschläge“ aus den Reihen der LDPD-Bezirksverbände von den entsprechenden SED-Gremien akzeptiert, zerpfückt oder schlicht verworfen wurden – zur Frustration der LDPD-Funktionäre und vor allem ihrer Basis. Jenseits der ihr von der Staatspartei zugedachten Funktionen konnte die LDPD – so Pohlmanns Fazit – „keine ‚eigensinnige‘ politische Handlungswirksamkeit“ erreichen. Ausführlich zeigt Pohlmann auch die Durchdringung der LDPD-Bezirksvorstände durch das MfS. Neben schlichtem Karrierismus sei es oft der unmittelbare Machterwerb auf möglichst konfliktfreiem Wege gewesen, der LDPD-Funktionäre zur Einwilligung in eine Kooperation mit dem MfS – und damit nicht selten zur Bspitzelung der eigenen Parteifreunde, im Parteiapparat und an der Parteibasis, veranlasst habe.

Drei Beiträge sind der Rolle der LDPD in den 1980er Jahren gewidmet. David Bordiehn, der inzwischen seine politische Biographie Manfred Gerlachs vorgelegt hat, problematisiert die viel diskutierte „Neupositionierung“ der LDPD in ihrem Verhältnis zur Staatspartei seit Beginn der 1980er Jahre – eine Entwicklung, die eng mit dem Handeln des Parteivorsitzenden Gerlach in Zusammenhang gebracht wird. Bordiehn zeigt sehr einprägsam, was vom „Narrativ der Liberalisierung“ (S. 43ff.) zu halten ist. Auch nach der Aufbruchsrhetorik des Weimarer LDPD-Parteitag 1982 sei „jedes Referat, jedes Dokument und jede noch so kleine Erklärung“ (S. 45) zuvor mit der „Abteilung befreundete Parteien“ beim ZK der SED in einem mehrstufigen Konsultationsverfahren abgestimmt worden. Für Bordiehn ist der Gerlachsche „Strategiewechsel“ seit 1982 – im Anschluss an H.-M. Kloth – daher nichts Anderes als ein „bewusstes An-der-längeren-Leine-Führen der Blockparteien“ durch die SED, ein von dieser „einkalkuliertes und willkommenes Element ihrer Herrschaftssicherung“ (S. 58).

Alexander Koch (HAIT Dresden) untersucht die Geschichtspolitik der LDPD in der Ära Honecker, speziell die Rückwirkung der DDR-offiziellen Diskussion über „Erbe und Tradition“ auf die Partei. Die in dieser Diskussion virulent werdende Abkehr von der generellen Verdammung des „bürgerlichen“ Erbes der deutschen Geschichte und die neu entdeckte Wertschätzung für alle „revolutionären, demokratischen, progressiven und humanistischen Erscheinungen, Entwicklungen, Persönlichkeiten und Tatsachen [...] der Geschichte unseres Volkes“ (Horst Bartel) blieb auch für die LDPD nicht ohne Konsequenzen. In den 1950er und 1960er Jahren hatte sich die LDPD als „Partei des deutschen Mittelstandes“ (so die Satzung vom Juli 1957) verstanden. Dann wurde die eigene historische Traditionslinie auf Gedanken und Bemühungen des „fortschrittlichen Bürgertums“ hin erweitert. Unter dem Eindruck der „Erbe und Tradition“-Diskussion in der staatsoffiziellen DDR-Historiographie wird nun jedoch kühn ausgegriffen: Man knüpft an beim humanistischen Denken der Renaissance, dem bürgerlichen Humanismus der Aufklärung, den revolutionären

när-demokratischen Traditionen des 18. und 19. Jahrhunderts. Die „nicht-proletarischen Demokraten“, vor allem jene, die für den Schulterschluss von „kleinbürgerlicher Demokratie und (sozialistischer) Arbeiterbewegung“ eingetreten seien, werden geradezu zu Inkarnationen des neuen LDPD-Geschichtsbildes. Die Partei – so ihr Vorsitzender Gerlach 1982 – sei sich bewusst, „dass wir die progressiven Überlieferungen kleinbürgerlicher Demokraten und kämpferischer Humanisten heute durch unsere Taten für Frieden und Sozialismus“ fortsetzen. Koch zeigt, dass dieser hochfliegende Enthusiasmus von der LDPD-Basis kaum geteilt, jedenfalls als „wenig identifikationsstiftend“ (S. 78) angesehen wurde. Nach Kochs Einschätzung verfiel die LDPD-Geschichtspolitik, die den „sozialistischen deutschen Staat“ zum Hort dieses positiven Erbes schlechthin machen sollte, nicht. Stattdessen sieht Koch an der LDPD-Basis „über die gesamte Existenzdauer der DDR hinweg gewisse ‚liberale‘ Orientierungsmuster“ als existent an (S. 79).

Franz-Joseph Hille (Dresden) lenkt den Blick einerseits auf die Tatsache, dass die LDPD – in Gestalt der Minister Kurt Wünsche und Hans-Joachim Heusinger – durch Übernahme des Justizressorts über mehr als zwei Jahrzehnte der DDR-Geschichte in einem Bereich vertreten war, „in dem wesentliche Grundlagen für Unterdrückung und Verfolgung politisch Andersdenkender [...] gelegt wurden“ (S. 82), so z.B. das DDR-Strafgesetzbuch von 1968. In der „Wendezeit“ 1989/90 wird der als besonders SED-loyal geltende Amtsinhaber Heusinger zum Problem und durch seinen Vorgänger Wünsche ersetzt, der sein Amt 1972 aufgrund kritischer Äußerungen zur Honecker'schen Verstaatlichungspolitik verloren hatte. Hille zeigt, wie diese Personalentscheidung zum einen den Kurs der ostentativen Erneuerung der LDPD diskreditiert, nicht nur bei den „Opfern des Stalinismus“. Die Lebensgeschichte Wünschens wird quasi zur Illustration der „Erzählung von einer zwar gleichgeschalteten, aber durchaus unangepassten Partei“ (S. 89), die in Wünschens vormaliger Entfernung aus dem Amt „einen gewichtigen Beweis für die eigene Widerständigkeit gefunden zu haben glaubte“. Nach Hilles Einschätzung war der Versuch der LDPD-Führung um Manfred Gerlach, Wünsche zur „Projektionsfläche für Unangepasstheit in der Vergangenheit und politischen Erneuerungswillen in der Gegenwart“ (S. 101) zu machen, ein „Kardinalfehler“. Es habe an der Bereitschaft gefehlt, die eigene Rolle im SED-Staat „ernsthaft zu hinterfragen“. Bei Teilen der LDPD-Basis macht Hille Erneuerungsbereitschaft aus, aber der Parteiführung habe es an „Fähigkeit und Willen zur Selbstreflexion“ gemangelt.

Im zweiten Teil des Tagungsbandes wird zunächst das praktische, organisationsstrukturelle (regionaler LDPD-Bezirksvorstand) und kommunalpolitische Wirken eines ostbrandenburgischen LDPD-Bürgermeisters aus jener 1926 geborenen „Aufbaugeneration“ erläutert (Michael Thoß, Dresden), die – gekennzeichnet durch „übergroße Anstrengungen zur Integration in die ‚neue Ordnung‘“ und „bedingungslose Unterordnung“ unter die führende Rolle der SED (Gieseke/Jessen) – dazu ausersehen war, die „Traditionsvorstände“ der LDPD möglichst rasch zu ersetzen. Thoß zeigt die persönliche Anerkennung, die sich sein „Held“ Horst Lösler in seiner Heimatgemeinde (Wriezen), bei Parteifreunden, SED und MfS erwerben konnte. Eine „liberaldemokratische Spezifik“ des Handelns kann Thoß hier jedoch nicht ausmachen.

Marlene Heihsel (Berlin), die 2021 ihre „Untersuchung zur regionalen Parteiarbeit der LDPD im Bezirk Erfurt“ an der Universität Potsdam als Dissertation vorgelegt hat, will in ihrem Beitrag Handlungsspielräume von LDPD-Kadern und Mitgliedern auf regionaler (Bezirk Erfurt) und lokaler (Kreis Gotha) Basis analysieren. Die Autorin zeigt minutiös, wie sich LDPD-Parteiarbeit entweder in konkreten „Zuarbeiten“ im Auftrag der Staatspartei oder in einem extrem hohen Grad an „Selbstbeschäftigung“ (S. 138) erschöpfte. Auch auf Bezirks- oder Kreisebene stärkte die LDPD die SED-Herrschaft, indem sie keine eigenen programmpolitischen Ziele verfolgte, vielmehr SED-Kontrollvorgaben umsetzte. „Offensive(n), auch von Außenstehenden erkennbare(n) Eigensinn“ vermag Heihsel im LDPD-Kreisverband Gotha nicht auszumachen (S. 153). Aus ihrer Untersuchung der lokalen LDPD-Mitgliederstruktur leitet Heihsel zwei vorherrschende Motivationsstränge für Parteimitglieder ab: Entweder galt es, schlicht der SED „zu entkommen“ – oder man wollte aus den sich durch die Parteimitgliedschaft ergebenden Kontakten ökonomischen Nutzen ziehen (S. 154).

Thomas Widera (Bautzen) zeigt in seinem Beitrag zur „LDPD-Kaderarbeit“ zunächst, wie in den ausgehenden 1950er Jahren Anstrengungen zur „Selbstgleichschaltung“ der LDPD durchgeführt wurden, die z. B. durch den Aufbau hauptamtlicher Strukturen auf Bezirksebene dazu dienten, einen effizienteren Durchgriff der Zentrale auf die unteren Parteiebenen zu gewährleisten. Mit dem Mauerbau wird die bis dahin wenig effiziente Kaderarbeit zur „Chefsache“ erklärt. Die Heranbildung „sozialistischer Persönlichkeiten“ und die „Festigung ihres sozialistischen Bewusstseins“ sind erklärte Postulate. Konsequenz: Die Parteifunktionäre sind linientreu – aber passiv. Wideras Fazit für 30 Jahre LDPD-Kaderarbeit lautet: „Die Kader betätigten sich als Multiplikatoren der Disziplinierung, die Mitglieder bewegten sich im Rahmen des ihnen zugestandenen Eigensinns“ (S. 175).

Der dritte, wenig konsistente Teil des Tagungsbandes ist zunächst den „Metamorphosen“ des „Soldat(en), Marxist(en) und Kulturfunktionär(s)“ Franz Fühmann gewidmet, der zeitweilig zum führenden intellektuellen Kopf der Blockpartei NDPD aufsteigt, bevor ihn 1958 ein missliebiges Romanmanuskript zu Fall bringt. Christoph Schreibers biographische Skizze Fühmanns, die sich in den Tagungsband „verirrt“ hat, ist fern jeder Beschönigung und Exkulpierung eines sehr deutschen Lebens zwischen Nationalsozialismus und kommunistischem Totalitarismus – mal Täter, mal Opfer. Anhand der parteioffiziellen Mitgliederstatistiken untersucht Ines Soldwisch (Aachen) dann Quellenwert und Inhalt der Berichtsbögen Q und J, die seit 1950 zur Erfassung der LDPD-Mitglieder dienten. Der Abschlussbeitrag von Luise Güth (Quickborn) ist kontrafaktischen Überlegungen zur Rolle der Blockparteien in einer spekulativen „DDR 1991“ gewidmet. Die Verfasserin stützt sich dabei auf die „Analyse der maßgeblichen Entwicklungstendenzen“ (S. 220) der Blockparteien des Bezirks Rostock in den Jahren 1986 bis 1989. Güth zeigt zunächst, wie das MfS seine Beobachtung der Vorgänge in den Blockparteien seit 1986 deutlich intensiviert. Dabei gilt die LDPD als das Ausforschungsobjekt mit dem „größten kritischen Potenzial“ (S. 225). Die SED habe den Blockparteien eine neue, „kritischere“ Haltung zugeordnet. Während die Funktionäre der anderen Blockparteien davon kaum Gebrauch machten, habe sich der LDPD-Vorsitzende Gerlach als „Personifizierung der gewollten und geforderten systemloyalen Kritik“ profiliert (S. 227). Die Blockparteien LDPD, CDUD und NDPD hätten sich gegen Ende der SED-Herrschaft angenähert, wobei die beiden letzteren gerade von der LDPD (vergeblich!) erhofft hätten, dass sie das Heft des Handelns übernehme. Für das Jahr 1991 „prognostiziert“ Güth weitere Auflösungserscheinungen der SED-Alleinherrschaft, die in eine Regierungskoalition aus SED, LDPD und CDUD übergehe, und wachsende Anti-SED-Tendenzen in den Blockparteien. Von den sich aufmüßig gebärdenden LDPDlern erwartet Güth allerdings in ihrem kontrafaktischen Szenarium wenig: Hier werde die Chance zum Systemwechsel nicht genutzt; man konzentriere sich stattdessen auf „systemloyale Umgestaltung“. Die Kritik der lautesten systemimmanenten Kritiker sei allenfalls „systemloyal und damit stabilisierend“ (S. 231).

Wer je die nur bedingt vergnügungssteuerpflichtige Aufgabe hatte, einen (Konferenz-)Sammelband zu editieren, der wird sich hüten, dem Herausgeber Mängel, Lücken und Inkonsistenzen der versammelten Beiträge vorzuhalten. Dass auch er sich im konkreten Falle diesem Schicksal nicht völlig entziehen konnte, sei hier allerdings nicht verschwiegen. Es bleibt die Leistung (nahezu) aller Beiträgerinnen und Beiträger, wichtige Bausteine zur Komplettierung des Bildes von der „liberalen Blockpartei“ in Zeiten des real existierenden Sozialismus geleistet zu haben. Das Bild der realen und/oder vergebenen Chancen wird klarer, das Verständnis für das Agieren der handelnden Personen im obwaltenden Umfeld bekommt neue Akzente (MfS!) – die (liberale) Sympathie für eine eng geführte, wenig aktive und von ökonomischen Individualinteressen geleitete Partei „zwischen Mauerbau und Mauerfall“ steigt so allerdings in nur sehr bescheidenem Maße.

Bad Honnef

Hans-Georg Fleck

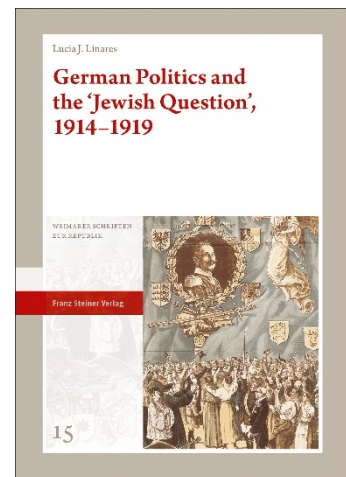


Online-Rezensionen des Jahrbuchs zur Liberalismus-Forschung 2/2021

Lucia J. Linares: *German Politics and the „Jewish Question“, 1914-1919.*

Stuttgart: Steiner, 2021 (= Weimarer Schriften zur Republik, Band 15), 233 S., ISBN: 978-3-515-13069-1

Die in Cambridge entstandene Dissertation will die „Judenfrage“ in Deutschland von ihrer vor allem in deutscher Sicht vorwaltenden inhärenten Verbindung zu Antisemitismus und Holocaust lösen (vgl. S. 20 f u. 207) und sie stattdessen zum Maßstab für die unausweichlichen Demokratisierungs- und Säkularisierungsprozesse während des Ersten Weltkriegs machen (S. 13). Dazu holt die Verfasserin recht weit aus: Das erste und längste von fünf Kapiteln ist der „Genealogy of the Jewish Question“ zwischen Vormärz und Kriegsausbruch gewidmet. Es folgt ein Abschnitt über die Versuche jüdischer, vor allem zionistischer Kreise, Einfluss auf die Minderheitenpolitik in den besetzten Gebieten im Osten zu nehmen; ein weiterer befasst sich mit der berühmt-berüchtigten „Judenählung“ im deutschen Heer Ende 1916. Den Übergang zur Weimarer Republik markieren je ein Kapitel zur Debatte um die Minderheitenfrage in der Nationalversammlung sowie die Behandlung des Themas bei den Versailler Friedensverhandlungen. Am Schluss steht ein bis in die Gegenwart reichendes ausführliches Fazit.



Die Argumentation fußt auf einer sehr umfassenden Auswertung der breiten angelsächsischen Literatur, auch deutsche Archivalien werden herangezogen, allerdings häufig in englischer Übersetzung. Merkwürdigerweise fehlen bei dem in der Bibliographie aufgeführten Archivmaterial meistens die Ortsangaben (vgl. S. 216): Der Leser bzw. die Leserin muss selbst erschließen, dass es sich wahrscheinlich um Bestände des „Politischen Archivs des Auswärtigen Amtes“ und eines zionistischen Archivs in Jerusalem handelt. Die jüngere deutsche Literatur zum Weltkrieg, inklusive der sehr nützlichen Enzyklopädien, die 2003 der Schöningh Verlag vorgelegt hat und die seit 2014 von einem Verbund um das Friedrich-Meinecke-Institut online gestellt worden sind, fehlt weitgehend. Eine ähnliche Fehlanzeige besteht bei der Forschungsliteratur zum Liberalismus, obwohl etliche der im Buch auftauchenden Protagonisten von Treitschke und Mommsen über Ludwig Haas bis zu Hugo Preuss und Georg Gothein, dem liberalen Lager zuzuordnen sind und das liberale Judentum ein ganz zentraler Akteur ist.

Denn durch die Darstellung ziehen sich als ein roter Faden die Unterschiede in der Argumentation zwischen den Zionisten und den Nicht-Zionisten; letztere stellten die liberale Mehrheit unter den deutschen Juden, deren Lobbyarbeit aber meistens weniger rührig war (vgl. etwa S. 163 f). In diesem Zusammenhang ist für Lucia Linares das unterschiedliche Nations-Verständnis ein zentraler Punkt: Während Zionisten in den Juden eine eigenständige Nation sahen, die im besten Fall in Palästina zusammengefasst werden sollte, wollten liberale Juden dies allenfalls für die osteuropäischen Juden gelten lassen. Sie selbst verstanden sich als Teil der deutschen „Kulturnation“ und hatten damit ein ähnliches Nationsverständnis wie der heute als Antisemit verschriene Heinrich von Treitschke, der hier weit wohlwollender beurteilt wird, da es ihm ähnlich wie seinen Opponenten im berühmten „Berliner Antisemitismus-Streit“ hauptsächlich um Assimilation und nicht um Exklusion oder schlimmeres gegangen sei (vgl. S. 38 f u. 45). Selbst die

von ihm erstmals benutzte Rasse-Terminologie in Bezug auf die Juden wird hier als Ausfluss des damaligen Wissenschaftsstandards eingeschätzt (vgl. S. 68).

Das dürfte in der deutschen Forschung nicht unbedingt Konsens sein, genauso wie die implizite Auffassung, dass der Antisemitismus eigentlich erst im Laufe des Weltkriegs stark aufgekommen ist. Diesen sieht die Autorin insgesamt in Bezug auf die „Judenfrage“ ambivalent. Denn einerseits eröffnete der „Burgfrieden“ Juden bis dahin versperrte Aufstiegs- und Einflussmöglichkeiten in Militär und Politik, am deutlichsten sichtbar in der Verwaltung der osteuropäischen Besatzungsgebiete, in die auch ein freisinniger Parlamentarier wie Ludwig Haas eingebunden war, der nun endlich zum Reserveoffizier aufsteigen konnte. Man wollte die dort lebenden Juden zu einer Säule des deutschen Einflusses machen. Nicht nur in dieser Hinsicht wurde das Jahr 1916 zur Peripetie; vor allem der möglicherweise gar nicht negativ gemeinte, aber mit fatalen Folgen behaftete Versuch, die Rolle der jüdischen Mitbürger im Militär statistisch zu erfassen, versetzte dem Selbstverständnis der deutschen Juden einen schweren Schlag. Die seit 1914 scheinbar erreichte faktische Gleichstellung schien wieder weit zurückgeworfen zugunsten einer ungeRechtfertigten „Sonderbehandlung“, die verbreitetes Misstrauen gegenüber einer kleinen Minderheit ausdrückte. Fatal war, dass die ohnehin problematisch zustande gekommenen Daten niemals veröffentlicht wurden – und im Zweiten Weltkrieg verloren gingen –, so dass sich die antisemitische Propaganda darauf beziehen konnte und die kolportierten Zahlen in Weimar zur Vergiftung des politischen Klimas erheblich beitrugen.

Dabei hatten die deutschen Juden gehofft, mit dem Ende der Monarchie endgültig nach der rechtlichen auch die faktische Gleichstellung zu bekommen. Deshalb legten sie in ihrer großen Mehrheit keinen Wert auf spezielle Rechte, der Minderheitenschutz in der Weimarer Verfassung richtete sich ganz im Sinne von Hugo Preuss auf „sprachliche“ Minderheiten. Das hatte auch eine außenpolitische Dimension, denn so wollte man im Sinne der Gegenseitigkeit auch Schutz für die vielen neuen „Auslandsdeutschen“ erreichen. Insofern war die Minderheitendebatte in der Nationalversammlung eigentlich gar keine „Jewish Question“, auch wenn der hier ausgiebig behandelte USPD-Abgeordnete und Zionist Oscar Cohn sie dazu machen wollte. Er wies dabei u.a. auf die unterschiedliche offizielle Einstellung zu den Minderheiten im eigenen Land, die sich assimilieren sollten, und den Auslandsdeutschen hin, die ihre nationale Identität bewahren sollten. Aber verbunden mit sozialistischen Vorstellungen hatte das in der Verfassungsdebatte keine Chance und entsprach auch nicht den „kulturnationalen“ Überzeugungen der jüdischen Mehrheit (vgl. S. 152 ff).

Auch der vorletzte Abschnitt zur Judenfrage in den Versailler Verhandlungen passt eigentlich nicht so recht zum Hauptthema des Buches. Obwohl sich die deutsche Delegation – deren Zusammensetzung eher nicht im hier beschriebenen Parteienproporz erfolgte (vgl. S. 181), da der Bankier Carl Melchior zumindest anfangs in der DDP keine große Rolle spielte und auch nur für Aby Warburg nachgerückt war, während der Völkerrechtler Walther Schücking sehr wohl für die DDP in der Nationalversammlung saß – auf die Behandlung der „Judenfrage“ umfangreich vorbereitet hatte und sie instrumentalisieren wollte, war diese ebenso wenig wie die Minderheitenfrage Gegenstand des Friedensschlusses mit Deutschland. Das war bei den anderen Friedensverträgen anders, hatte aber eben keinen Zusammenhang mit „German Politics“.

Eine ziemliche thematische Ausweitung weist schließlich auch das Schluss-Fazit auf, in der die Autorin ihre Untersuchung nochmals zusammenfasst – schon die Einzelkapitel bringen häufig Wiederholungen – und dann die weitere innenpolitische Entwicklung unter dem Blickwinkel Juden-/Minderheitenfrage bis in die unmittelbare Gegenwart skizziert. Das Buch endet mit dem Appell, beim gegenwärtigen, für die innere Entwicklung ähnlich zentralen Umgang mit den neuen Minderheiten sich der Debatten über die Judenfrage zu erinnern.

Unwillkürlich fragt man sich da, ob die Debatten über eine kleine religiöse Minderheit, die ein Prozent der Bevölkerung umfasste und in ihrer großen Mehrheit assimiliert war, wirklich helfen für die Fragen zur Rolle von kulturell sehr heterogenen und zwanzig Mal größeren Gruppen mit

„Immigrationshintergrund“, zumal der vor hundert Jahren weitgehend unstrittige Wert der deutschen Kulturnation so nicht mehr besteht. Und erschwert nicht gerade die spezifische deutsche Erinnerung an die „Judenfrage“ den Zugang zu einem großen Teil dieser Gruppen, weil hier eine völlig andere Wahrnehmung der „Judenfrage“ vorwaltet? Damit soll natürlich kein Urteil über die Berechtigung dieser anderen Wahrnehmung gefällt werden.

Nun sollten natürlich unterschiedliche gegenwartspolitische Einschätzungen nicht das Urteil über eine wissenschaftliche Untersuchung beeinflussen. Aber auch wenn man mit dem Anliegen der Autorin, die „Judenfrage“ von der Teleologie an den Holocaust zu lösen und die Entwicklung offen zu sehen, prinzipiell übereinstimmt, und auch wenn man berücksichtigt, dass das Buch sich eigentlich an eine angelsächsische Öffentlichkeit wendet, so weist doch aus Sicht der deutschen Liberalismus-Forschung, in der die Geschichte der deutschen Juden ein nicht unwichtiger Teil ist, etliche Schwächen im Detail auf; die Ungenauigkeiten zu Personen und Organisationen sollen hier nicht aufgeführt werden. In erster Linie scheint die Autorin die Liberalität des politischen Klimas in Deutschland vor, während und auch nach dem Ersten Weltkrieg zu überschätzen, etwa was den berühmten „Burgfrieden“ angeht.

Ganz deutlich wird dies beim vermeintlichen jüdischen Einfluss auf die DDP (vgl. S. 206), womit gewissermaßen umgekehrt die antisemitische Parole von der „Judenpartei“ wieder aufgegriffen wird. Zwar haben jüdische Wähler gern im Kaiserreich und in der Weimarer Republik linksliberal gewählt und waren bekannte Parteivertreter jüdischen Glaubens. Aber gerade die bekanntesten von ihnen wie Hugo Preuss und Walther Rathenau waren innerparteilich eher isoliert und ihre nach außen hin prominente Rolle wurde von den Parteifreunden mehr hingenommen als positiv aufgenommen. Mehr Einfluss auf den Parteikurs hatten zweifellos konvertierte Juden wie Eugen Schiffer und Georg Gothein, die aber ebenfalls Mitte der 1920er Jahre von der politischen Bühne verschwanden. Eine so interessante Figur wie der nicht konvertierte Ludwig Haas, bis zu seinem Tod 1930 DDP-Fraktionsvorsitzender im Reichstag, wird hier nur in seiner Funktion als Mitglied der Militärverwaltung im besetzten Polen wahrgenommen. Nicht nur hier, sondern insgesamt hätte dem Werk eine stärkere Berücksichtigung der deutschsprachigen Fachliteratur wohl gutgetan. Das ändert nichts daran, dass Lucia Linares eine durchaus gewichtige Wortmeldung zu einem zweifellos zentralen Thema der jüngeren deutschen Geschichte vorgelegt hat.

Bonn

Jürgen Frölich



**ARCHIV DES
LIBERALISMUS**

Friedrich Naumann Stiftung
Für die Freiheit.

in Kooperation mit



recensio.net



Online-Rezensionen des Jahrbuchs zur Liberalismus-Forschung 2/2021

Ursula Münch / Heinrich Oberreuter / Jörg Siegmund (Hrsg.): Komplexe Farbenlehre. Perspektiven des deutschen Parteiensystems im Kontext der Bundestagswahl 2017.

Frankfurt a.M./New York: Campus Verlag, 2021, 307 S., ISBN: 978-3-593-51032-3

Das Jahr 2017 markierte für die bundesdeutschen Liberalen eine erstaunliche Wiederauferstehung: Sie steigerten ihren Stimmenanteil um fast 250 Prozent und kehrten in den Bundestag zurück. Wer sich von dem auf eine Tutzingener Tagung vom Herbst 2017 zurückgehenden Band Aufschluss über die Gründe für dieses in der bundesdeutschen Parteiengeschichte bislang kaum vorgekommene¹ Comeback erwartet, dürfte weitgehend enttäuscht werden: FDP und Liberalismus kommen hier allenfalls am Rande vor.

Aber nicht nur dieser Umstand bestärkt die zunehmenden Vorbehalte des Rezensenten gegen diese Art der Kompilation: Die insgesamt 16, auf vier Abschnitte (Einführung – Wahlergebnis und Wahlverhalten – Wahlkampf – Parteiensystem) verteilten Kapitel sind ziemlich heterogen. Ihr Umfang geht von drei (der einzige dezidiert der FDP gewidmete Text) bis zu 46 Seiten über die bislang vergeblichen Versuche, das Wahlrecht zu reformieren. Methodisch reicht das Spektrum von Erfahrungsberichten aus unterschiedlicher Perspektive, u.a. durchaus mit Gewinn zu lesen von Bernard Vogel über seine Koalitionspolitik in Rheinland-Pfalz und Thüringen, über zeithistorische Abrisse längerer oder kürzerer Reichweite, u.a. und ebenfalls gut lesbar von Tim Geiger über die Geschichte der CDU, bis hin zu anspruchsvollen quantitativen Untersuchungen von Demoskopern und Kommunikationswissenschaftlern. Hinzu kommt ein unterschiedlicher Entstehungszeitpunkt, teils offenbar unmittelbar nach der Tagung, teils auch erst zweieinhalb Jahre später.

Das mag den vergleichsweise späten Veröffentlichungszeitpunkt des Sammelbandes erklären, der bereits in das Vorfeld der nächsten Bundestagswahl gefallen ist, was dem Rezensenten zugegebenermaßen einen starken Vorteil gegenüber manchen der hier geäußerten politikwissenschaftlichen Schlussfolgerungen verschafft. Beispielsweise lässt sich mit Wissen um den Ausgang vom September 2021 weder die These aufrechterhalten, dass die Rolle des neuerlichen Juniorpartners in einer Großen Koalition der SPD schadet – so drei Mitarbeiter von Infas auf S. 114 bzw. zwei Mainzer Publizistik-Forscher auf S. 155 –, noch die, dass es einen dauerhaften Trend zu den „Rändern“ des Parteienspektrums gibt, wie Heinrich Oberreuter annimmt (S. 22 ff). Gewinner waren diesmal in unterschiedlichem Maße die Parteien der Mitte und der linken Mitte, während die „extremen“ wie AfD und vor allem die Linke verloren. Allerdings hat sich der schon länger bestehende Trend weg von den „Volksparteien“ (ebd. S. 19) fortgesetzt, da CDU/CSU weit mehr an Stimmenanteilen verloren als die SPD dazugewann.



¹ Die Grünen waren nach 1990 zumindest durch ihren ostdeutschen Arm weiterhin im Bundestag vertreten, die PDS nach 2002 mit zwei Direktmandaten; die Kleinparteien aus der Anfangszeit der Bundesrepublik sind samt und sonders nach ihrem Scheitern an der Fünf-Prozent-Klausel bzw. dem Aussetzen der Wahlhilfe durch die CDU in der Versenkung verschwunden.

Auch wenn es berechtigte Skepsis gegenüber dem Gesamtkonzept des Sammelbandes geben mag, etliche Einzelbeiträge nimmt man dennoch mit Gewinn zur Kenntnis. So zeigt in einem umfangreichen Problemaufriss Mitherausgeber Jörg Siegmund, wie verfahren die Lage bei der eigentlich unumgänglichen Wahlrechtsänderung ist und warum die meisten Lösungsvorschläge an den unterschiedlichen Interessen scheitern, und äußert dabei auch Kritik an den durch die Fünf-Prozent-Klausel hervorgebrachten Verzerrungen (S. 70 f.). Letztlich führe der Weg zu einer Einhegung der Mandatszahl im Bundestag nur über eine Neueinteilung der Wahlkreise, da alles andere (Direktmandate, Proporz, Erst- und Zweitstimme) „vermint“ Teile des Wahlrechts seien (S. 75). Beruhigend nimmt man auch zur Kenntnis, dass Manipulationsversuche der öffentlichen Meinung via Internet für das Wahljahr 2017 zwar festgestellt worden seien, diese aber, vor allem weil das Fernsehen immer noch der wichtigste politische Informationskanal gewesen sei, letztlich erfolglos waren. Eine Garantie, dass dies bei fortschreitender Digitalisierung vieler Lebensbereiche auch in Zukunft so bleiben wird, wollen die fünf Münsteraner Kommunikationswissenschaftler aber nicht geben (vgl. S. 181 f. u. 187).

Hier interessiert natürlich vor allem der Nutzen des Bandes für die Liberalismus-Forschung. Und der ist leider gering und eher mittelbar aufzufinden. Während alle anderen Parteien mit Ausnahme der AfD² ausführlicher und fundiert, z.T. auch doppelt (SPD, CSU) abgehandelt werden, stammt der einzige Kurzbeitrag direkt zur FDP von einem Kommunikationsberater und gibt unter der Überschrift „Alles falsch gemacht“ einen kurzen Überblick über deren unerwartet erfolgreiche Wahlkampagne. Die Strategen im Hans-Dietrich-Genscher-Haus dürften sich über den Text freuen, aber vergeblich nach angeführten Gründen für den Überraschungserfolg suchen.

Ob die vor allem in der geschickten Vernetzung mit Start up-Unternehmen zu finden sind (S. 192), scheint kaum ausreichend. Es weist aber auf den Umstand hin, dass schon 2017 die FDP überdurchschnittlichen Erfolg bei den – männlichen – Jungwählern hatte, so der Befund der drei Infas-Mitarbeiter (S. 110 f.). Andererseits ist dieser – und der folgende – Wahlerfolg eigentlich umso erstaunlicher, weil man seit langem weiß, dass die Berichterstattung über die Parteien mit Ausnahme der Grünen in den klassischen Medien eher negativ ist, besonders im Hinblick auf die FDP, wie Thomas Petersen von Allensbach in seiner Analyse zum politischen Klima 2017 hervorhebt (S. 130). Wenn er zugleich davon ausgeht, dass dieses Meinungsklima nicht ohne Folgen auf die Wähler bleibt, dann könnte der Zuspruch für die Liberalen unter jüngeren Wählern auch auf deren im Vergleich zu den Älteren verändertes Verhalten bei der Informationsgewinnung zurückgehen, in dem die gedruckte Presse und das analoge Fernsehen nicht mehr die Hauptrolle spielen.

Das könnte angesichts des Umstandes, dass die FDP-kritische bis -ablehnende Haltung in Presse, Funk und Fernsehen derzeit im Zuge der Regierungsbildung wieder voll durchschlägt, für die Partei tröstlich sein: Es gibt nun andere Möglichkeiten, große Wählerschichten vom liberalen Einfluss auf das Geschehen zu überzeugen, vor allem wenn sich der neue Kanzler im Umgang mit seinen Koalitionspartnern mehr am letzten Unions-Kanzler als an seinen beiden unmittelbaren Vorgängern orientiert (vgl. S. 224 u. 301).

Auch wenn, wie gesagt, das Gesamtkonzept des Bandes nicht überzeugen kann, so kann man aus Einzelbeiträgen auch für die Liberalismus-Forschung Gewinn ziehen. Der Rezensent ist schließlich zuversichtlich, dass demnächst Analysen zur jüngsten Bundestagswahl dem Liberalismus mehr Aufmerksamkeit zuwenden werden.

Bonn

Jürgen Frölich



**ARCHIV DES
LIBERALISMUS**

Friedrich Naumann Stiftung
Für die Freiheit.

in Kooperation mit



recensio.net

² Sie nimmt allerdings großen Raum in den „Gesamtschauen“ ein, etwa in der knappen, aber fundierten Analyse von Frank Decker zur Regierungsbildung 2017.

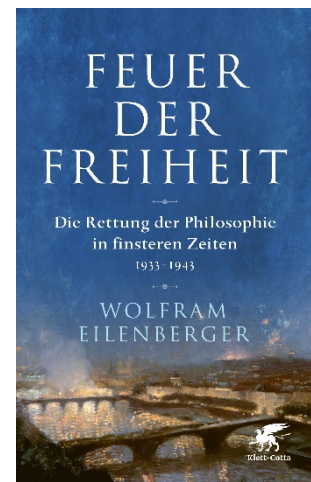


Online-Rezensionen des Jahrbuchs zur Liberalismus-Forschung 2/2021

Wolfram Eilenberger: Feuer der Freiheit. Die Rettung der Philosophie in finsternen Zeiten 1933-1943.

Stuttgart: Klett-Cotta, 2020, 400 S., zahlr. Abb., ISBN: 978-3-608-96460-8

Wolfram Eilenberger landete 2018 mit *Zeit der Zauberer* einen Bestseller, als er „die große Zeit der Philosophie“ in den 1920er Jahren situierte und mit den Biographien von vier Protagonisten verwob, nämlich Martin Heidegger, Ernst Cassirer, Walter Benjamin und Ludwig Wittgenstein, an denen sich schon Festmeter an Forschungsliteratur abgearbeitet hatten. Dem versierten Publizisten gelang es in den Fußtapfen Rüdiger Safranskis, Philosophie, Zeitkolorit und Beziehungsgeschichten im besten Sinne unterhaltsam zu arrangieren, die Denker gleichsam zu entstauben, Schwellen abzubauen und neue Zugänge zu schaffen. Wo Safranski in Manier des gebildeten philosophischen Erzählers und mit zurückhaltender Ironie zu Werke geht, erlaubt sich Eilenberger szenische Vergegenwärtigung und emphatische Identifikation. Sein Erfolgsrezept hat er nun auf das nachfolgende Jahrzehnt übertragen und richtet ohne Angst vor Pathos den Scheinwerfer auf vier Frauen, die das *Feuer der Freiheit* (wieder eine schöne Alliteration!) durch finstere Zeiten retten.



Mit Hannah Arendt (1906-1975) und Simone de Beauvoir (1908-1986) wählt er zwei Ikonen des Geistes, die sich immer hoher Leseraufmerksamkeit erfreuen; Ayn Rand (1905-1982) und Simone Weil (1909-1943) hingegen sind einer breiteren Öffentlichkeit weitgehend unbekannt. Die Zusammenstellung dieser Denkerinnen ist originell, weil Eilenberger zum einen das Geschäft der Reflexion nicht aufs Akademische beschränkt und zum anderen Freiheit über das Politische hinaus als ein Lebensgefühl versteht, das Geschlechterrollen, Lebensführung, Selbstverwirklichung und Mitmenschlichkeit mit einbegreift.

Anders als bei Eilenbergers Männerquartett kommt es unter den Damen – abgesehen von flüchtiger gegenseitiger Wahrnehmung bei den beiden Französinen – nicht zu entscheidenden Begegnungen. Drei von ihnen (Arendt, Rand und Weil) sind Jüdinnen und haben die Erfahrung von Verfolgung und Exil verinnerlicht. Während Arendt und Weil vor den Nazis flohen, nutzte Ayn Rand ein Ausreisevisum, um 1926 als 21jährige die Sowjetunion zu verlassen und in den USA ihr Glück zu versuchen. Der Totalitarismus war für dieses Trio prägend und in dramatischer Weise lebensverändernd, während bei Simone de Beauvoir „philosophische Wachheit mit beinahe vollkommener Blindheit für politische Realitäten“ einhergehen konnte (S. 74). Weder störte sie sich im Jahr 1934 bei einem längeren Deutschlandaufenthalt an der NS-Diktatur, noch sollte sie die spätere Besatzungszeit als besondere Repression empfinden.

Jede der Heldinnen personifiziert eine eigene Variante des Freiheitsdranges in Zeiten ideologischer Gemeinschaftskulte. Die Existentialistin de Beauvoir schöpfte die Möglichkeiten persönlichen Freiheitserlebens aus, berauschte sich an der Vielfalt erotischer Erfahrungen und Modellen verschworener Zirkelbildung, während sie gleichzeitig die Kreativität des eigenen Denkens und Schreibens in allen verfügbaren Textgattungen ausprobierte. Hedonismus und die Vielfalt persönlicher Ausdrucksformen werden bisweilen ununterscheidbar, aber sicherlich war es niemals ein Freiheitsstreben der Bequemlichkeit, sondern Simone de Beauvoir blieb stets in unruhiger

Bewegung, ging Risiken ein und forderte gesellschaftliche Konventionen heraus. Freilich bewegte sich das gemeinsam mit Jean-Paul Sartre exekutierte intellektuelle Regiment über einen engen Kreis von Vertrauten bisweilen im Bereich emotionaler Grausamkeit; beider Individualismus produzierte Opfer auf Kosten des eigenen Erfahrungshungers.

Eilenbergers Darstellung Hannah Arendts verharnt am ehesten im Konventionellen, auch weil die Arendt-Industrie seit Jahren boomt und die Öffentlichkeit mit neuen Publikationen, Ausstellungen und Spielfilmen versorgt. Arendt entwickelt in Auseinandersetzung mit philosophischen Lehrern und im Angesicht totalitärer Gewalt den unbedingten Willen, selbst zu denken. Ihr Freiheitsverständnis verbindet Pluralität und individuellen Weltbezug mit der Erkenntnis, dass Freiheit sich nur in Interaktion mit anderen, im gemeinsamen Handeln verwirklichen kann. Darum ist Politik die normativ anspruchsvollste Tätigkeit; gegen die Hypertrophie, jede Einwirkung auf Gesellschaft als politisch zu begreifen, erkennt sie im wahren politischen Handeln die Verwirklichung der Freiheit. Arendt durchdringt die Bestialität des Totalitarismus philosophisch. Totalitäre Regime sind von der wahnhaften Vision geleitet, alle Spontaneität des Verhaltens und des Empfindens zu eliminieren: Sie wollen „jeden einzelnen Menschen in ein Ding verwandeln, das unter gleichen Bedingungen sich immer gleich verhalten wird“, wie sie später in *Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft* formuliert (S. 260) – ihrem Hauptwerk, das die Erfahrungen dieses finsternen Jahrzehnts verarbeitet.

Wenn die Aktivistin Simone Weil auch vieles von Arendt trennte: Für die monströse Neuartigkeit der Konzentrationslager entwickelte sie eine ganz ähnliche denkerische Sensibilität. Weils Herz schlug von jeher für die Unterdrückten und Geknechteten, deren Schmerz sie internalisierte – ihre (später zum Tode führende) Essstörung ist nicht zuletzt als eine Zwangshandlung des Mitleidens zu interpretieren. Auch sie ist eigentlich eine autodidaktische Denkerin, die von den unmittelbaren Zeitumständen getrieben und bewegt wird – zu erstaunlich hellsichtigen und konsequenten Einsichten. Als idealistische Sozialistin beobachtet sie frühzeitig die totalitären Strukturähnlichkeiten zwischen NS-Deutschland und Sowjetrußland; sie verstand, „dass unter diesen Bedingungen der Antifaschismus und der Antikommunismus“ eigentlich „unsinnig“ seien (S. 181). Ein solcher Scharfblick war im linken Lager selten. Weils Begegnung mit Trotzki, der 1933 kurzzeitig in der Pariser Wohnung der Familie Unterschlupf fand, ist ein besonderes Kuriosum, zumal Weil sich nicht scheute, dessen Vorstellung einer permanenten Revolution als illusionären Mythos zu kritisieren. Spätestens ihre Erfahrung im Spanischen Bürgerkrieg führte zur Ernüchterung und Abwendung von jeglicher Parteidoktrin. Sie ging mehr und mehr auf Abstand zu marxistischen Revolutionstheorien und wandte sich der Mystik zu.

Ayn Rand wird als Schriftstellerin später die größten Erfolge erlangen, aber ihr Weg als russische Exilantin bis zur hochbezahlten Bestseller-Autorin und Ikone der Libertären war steinig und folgt der Logik einer uramerikanischen Aufstiegserzählung. Sie klammert sich an ihren nietzscheanischen Selbstentwurf – *Ecce Homo!* – und kreiert nicht nur literarisch den unbesiegbaren Self-Made-Man, der die Welt nach seinem Willen erschafft, sondern modelliert sich in der männerdominierten Unterhaltungsindustrie als Produzentin des amerikanischen Traums. Zeitgleich darbt ihre zurückgelassene Familie während der deutschen Blockade Leningrads. Rand sollte später zur Kultautorin eines Neoliberalismus (respektive libertären Neokonservatismus) werden, der die Reaganomics prägte. Alan Greenspan war tief beeindruckt und gehörte zum Kreis ihrer getreuen Adepten.

Wie Florian Illies in seinem jüngsten Buch über die *Liebe in Zeiten des Hasses* kontrastiert Eilenberger geschickt das Private mit dem Weltpolitischen. Das sorgt für kurzweilige Lektüre, in deren Verlauf der Leser fast atemlos durch Lebensabschnittsetappen, kleinere und größere Krisen, vor allem aber auch durch die Denkexperimente dieser ebenso energetischen wie furchtlosen Frauen geleitet wird, manchmal hingerissen von deren Courage, oft verzweifelt mitführend, wenn sie einer Welt von Widerständen gegenüberstehen. Dass dem Hochdruckschreiber Eilenberger bisweilen die Stilblüten ins Kraut schießen, kann ihm eine zugeneigte Leserschaft verzeihen:

Arendt fühlt sich bei ihrem zweiten Mann Heinrich Blücher wie ein „geborgenes Wrack“ (S. 159); beim Vergleich von Weils *Cahiers* und Beauvoirs Tagebüchern „entsteht der höchst unheimliche Eindruck eines telepathischen Kontakts zweier Geister, die von beiden Enden eines unendlich langen Fadens in gespannter Resonanz stehen“ (S. 293) ...

Irreführend ist Eilenbergers Untertitel, denn es wird weder deutlich, was denn unter der „Rettung der Philosophie“ zu verstehen ist, noch bietet der Autor nähere Erläuterungen zur Substanz des jeweiligen Freiheitsverständnisses an. Das ist allerdings kein gravierender Einwand gegen ein Buch, das im besten Sinne die Möglichkeiten des populären Sachbuchs ausschöpft und die Leserinnen zum Selbstdenken verleitet. Man möchte sofort einen Roman von Ayn Rand zur Hand nehmen, Weils Essays oder de Beauvoirs Tagebücher lesen und wieder in den Schriften Arendts blättern. Nicht zuletzt leuchten die vier Einzelgängerinnen die Abgründe dieser Epoche auf neue eindringliche Weise aus und zeigen, dass wir erst ein komplexes und emanzipativ grundiertes Verständnis von Freiheit gewinnen, wenn wir die Perspektiven und Einsichten kluger Frauen wertschätzen und ihren produktiven Eigensinn würdigen.

München

Jens Hacke



**ARCHIV DES
LIBERALISMUS**

Friedrich Naumann Stiftung
Für die Freiheit.

in Kooperation mit



recensio.net



Online-Rezensionen des Jahrbuchs zur Liberalismus-Forschung 2/2021

Udi Greenberg: *Weimarer Erfahrungen. Deutsche Emigranten in Amerika und die transatlantische Nachkriegsordnung.*

Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht, 2021, 322 S., 9 Abb., ISBN: 978-3-525-37058-2

Ideengeschichte und *intellectual history* erschöpfen sich schon lange nicht mehr in der Rekonstruktion von Theorien und Konzepten, sondern nehmen darüber hinaus Transfer- und Rezeptionsprozesse in den Blick. Politische Ideen lassen sich allerdings weiterhin interpretieren, absolvieren Wandlungen, werden instrumentalisiert und absichtsvoll angeeignet. Die zurückgelegten Wegstrecken sind dabei markierungsbedürftig. In den letzten beiden Jahrzehnten gerieten vor allem Genese und Durchsetzung der liberalen Demokratie als keineswegs zwingende, sondern historisch kontingente Schöpfung in den Blick. Das mag mit erschütterten Glaubensgewissheiten aus der Zeit des Kalten Krieges zu tun haben, denn die Krisensymptome des Populismus, der autoritären Herausforderungen durch Russland und China und der allgemeine Aufwind des Antiliberalismus haben ein Bedürfnis nach geistiger Inventur geweckt. Naheliegender Weise kann man sich auf die Suche nach vergangenen Fehleinschätzungen, Versäumnissen und strategischen Irrtümern machen. Die Epoche der Blockkonfrontation erscheint dann als ein allzu selbstgefälliges demokratisches Zeitalter, das mit dem Rückenwind der konjunkturbefeuerten „trente glorieuses“, einem binär codierten Denken huldigte: Freier Westen und sowjetisches Reich des Bösen, Markt- versus Planwirtschaft, liberale Freiheit versus sozialistische Gleichheit – so lauteten die Formeln einer Weltsicht, die angesichts komplexer Industriegesellschaften und zivilisatorischer Strukturähnlichkeiten in Ost und West arg vereinfachend wirken mussten.



Udi Greenberg macht es sich in seiner bereits 2015 auf Englisch erschienen Studie zur Aufgabe, die Konstitution dieses spezifischen *Cold War Liberalism* zu erklären, indem er den Beitrag deutscher Emigranten zu einer robusten Theorie der Demokratie herausarbeitet. Etwas abgemildert als im englischen Original, das das amerikanische Jahrhundert gleich zum „Weimar Century“ stempelt, erkennt er in den Erfahrungen der ersten deutschen Demokratie das Reservoir für ein antitotalitäres Denken, das die Kreuzzugmentalität westlicher Wehrhaftigkeit gleichsam vorformatiert. Greenberg diagnostiziert „trotz aller feierlichen Bekenntnisse zu demokratischen Prinzipien [...] oftmals widersprüchliche, tragische und brutale Folgen“ ihres Denkens, denn „das Demokratieverständnis der Emigranten [führte] paradoxerweise häufig zu politischer Unterdrückung“ (S.15).

Das 1933 besiegelte Scheitern von Rechtsstaat, Parlamentarismus und liberaler Gesellschaft wird gleichsam zur abschreckenden Lektion für die Notwendigkeit demokratischer Selbstbehauptung. Dabei lassen sich die Erträge einer Totalitarismustheorie, deren Ursprungsversionen bereits in den 1920ern die stupenden Parallelen zwischen bolschewistischer und faschistischer Mobilisierung, Ideologisierung und Herrschaftspraxis erörterte, in die Integrationsideologie des Antikommunismus transformieren. Greenberg präsentiert fünf Studien zu politikwissenschaftlichen Gründervätern, die eben nicht nur akademisch, sondern auch institutionell, politikberatend

und mitunter propagandistisch für die Vereinigten Staaten im Einsatz waren: die Totalitarismustheoretiker Carl J. Friedrichs (1901-1984) und Waldemar Gurian (1902-1954), den Pluralismustheoretiker und Autoren des Doppelstaats Ernst Fraenkel (1898-1975), den Erfinder des Konzepts einer „wehrhaften Demokratie“ Karl Loewenstein (1891-1973) sowie den Begründer einer realistischen Schule der internationalen Beziehungen Hans J. Morgenthau (1904-1980).

In der Tat kann Greenberg in seinen konturierten Portraits die Kontinuität des Weimarer Ideenarsenals in vielerlei Hinsicht belegen, wenn er bisweilen auch allzu gerade Striche zieht. Friedrich wird bei ihm womöglich etwas einseitig auf die Idee einer protestantischen Demokratie festgelegt, während seine Totalitarismustheorie nur kurz abgehandelt und sein Werk über den *Common Man* (deutsch: „Demokratie als Herrschafts- und Lebensform“) kaum diskutiert werden. Auch das Stigma der Elitendemokratie wirkt als Vorwurf nicht immer überzeugend. Greenberg ignoriert, dass die Förderung und Stärkung von Eliten von Max Weber bis Ralf Dahrendorf ein gängiger Topos der Demokratietheorie ist und dass es vor allem um soziale Durchlässigkeit und gleiche Zugangschancen geht. Wenn Friedrich aus der Weimarer Erfahrung die Lehre zieht, dass philanthropisches Engagement, Mäzenatentum und die Herausbildung von liberaldemokratischen Eliten zur Stabilisierung des politischen Systems beitragen, liegt darin kaum etwas Verwerfliches. Sein Einsatz zur Stärkung verantwortungsbewusster Eliten mithilfe von Stiftungen und seine Bildungsarbeit lassen sich dann auch als Antwort auf Weimars antirepublikanische Eliten verstehen.

Karl Loewenstein muss am meisten Kritik einstecken: Was wiegt seine Verfassungslehre gegen sein nicht immer rühmliches Engagement im Kalten Krieg Lateinamerikas? Anders als Ernst Fraenkel, der den Verfassungsrealismus des Kollegen mit einem Vorwort zu dessen Hauptwerk nobilitierte, fertigt Greenberg den Juristen (der auch Thomas Mann in Münchener Zeiten als Anwalt vertreten hatte und mit ihm im Exil verbunden blieb) und Max-Weber-Adepten relativ schmerzlos als theoretisches Leichtgewicht ab. Es wird unterschlagen, dass Loewenstein selbst auf die Grenzen der „militant democracy“ hingewiesen hat und sogar in den 1950er Jahren rückblickend kritisch in Frage stellte, inwiefern die Einschränkung von Grundrechten über das Ziel hinausschoss. Die Rolle der politischen Kultur hatte er auch in seinen maßgeblichen Schriften von Anfang an betont. Bisweilen führen die archivalischen Rekonstruktionen von Memoranden und Korrespondenzen, die das Engagement in der amerikanischen Außenpolitik dokumentieren, zur leichten Überschätzung des tatsächlichen Einflusses.

Es ist zweifelsohne aufschlussreich, welche Netzwerke der vom Judentum zum Katholizismus konvertierte Waldemar Gurian im politischen Katholizismus knüpfte, und es bleibt eindrucksvoll, wie er eine beeindruckende Exilkarriere als Professor an der renommierten University of Notre Dame startete. Allerdings problematisiert Greenberg die Lernerfahrungen, die Anpassungsleistungen und die existentiellen Nöte des Emigrantenlebens kaum. Vielleicht war es bisweilen weniger die politische Mission als die sich bietenden Betätigungschancen, die handlungsleitend waren. Außer Friedrich, der schon vor 1933 in Amerika lebte und dort etabliert war, durchlebten alle Protagonisten eine beschwerliche Odyssee durch Europa und mussten sich nach der Ankunft in den USA ein neues Leben aufbauen. Dass Fraenkel und Loewenstein als Experten für Besatzungspolitik tätig waren, wird man nicht unbedingt als Erfüllung eines Lebenstraums verstehen müssen.

Noch einmal anders liegt der Fall bei Greenbergs eigentlichem Helden, Hans J. Morgenthau, der sicherlich intellektuell die größte Resonanz erzielte und als Theoretiker der internationalen Beziehungen mit seiner Arbeit den Kern amerikanischer Weltpolitik traf: die Grenzen des Idealismus, die konkreten Machtinteressen und Folgeabschätzungen, die Bestandsvoraussetzungen einer amerikanischen Weltordnung. Als Teil der hochqualifizierten intellektuellen Elite um Lippmann, Kennan oder Schlesinger ließ er sich am wenigsten vom Antikommunismus blenden und hielt an kalkulierbaren nationalen Interessen und ethisch verantwortlichen Machtkategorien fest. Das frühe Votum im Jahr 1965 für einen Rückzug aus Vietnam validierte seine Urteilskraft. (Allerdings sind auch die übrigen nie als Falken aufgefallen.)

Dass die amerikanische Demokratie von jeher eine offenere Beratungskultur und eine ausgeprägte Wissenschaftsnähe besaß – nicht zuletzt war die Politikwissenschaft ein amerikanischer Export –, relativiert die Hauptthese Greenbergs. Sicherlich hat der Exodus deutscher geisteswissenschaftlicher Intelligenz zur Professionalisierung amerikanischer Politik beigetragen, gerade auch im Blick auf Europa. Dies allerdings mit der Chiffre Weimars zu versehen, trägt kaum zur Präzisierung bei. Denn was war Weimar? Am ehesten eine Demokratie auf der Suche nach einer eigenen Identität. Der katholische Personalist Guderian lernte vermutlich erst nach dem Untergang Weimars, was Demokratie bedeutete; der Sozialdemokrat Fraenkel konnte sich mit Roosevelts New Deal anfreunden; die liberalen Loewenstein und Friedrich zählten schon in Weimar zu einer aufrechten Minderheit von Verfassungspatrioten, während Morgenthau kaum als Demokratietheoretiker hervorgetreten ist.

Es stimmt: Viele bedeutende Figuren, die von Weimar geprägt wurden, hinterließen Spuren im politischen Denken und in den Administrationen der Vereinigten Staaten. Greenbergs Quintett liefert hier interessante Ansatzpunkte. Aber waren die Erfahrungen Weimars nicht vielleicht in verdichteter Form generell typisch für die Krisenjahre der Moderne? Am Ende erhärtet sich der Eindruck, dass die mit Hang zur Redundanz vorgetragene, aber eher unpräzise These und die Schwierigkeiten der Vergleichbarkeit den Ertrag der Arbeit schmälern. Da die Arbeit völlig ohne methodische Erwägungen auskommt, bleibt vieles impressionistisch. Der Leser hätte gern die Kriterien für die Auswahl der fünf erfahren (warum nicht Otto Kirchheimer oder John Herz?); Hinweise zum Generationenzusammenhang wären ebenso hilfreich gewesen wie die Reflexion über den Umstand, dass es sich mit Ausnahme von Friedrich um jüdische Deutsche handelte. Wichtige Forschungsliteratur fehlt oder wird ohne Auseinandersetzung lediglich angeführt. Die Hauptwerke der Protagonisten bleiben abgeschattet; der mit einiger Vehemenz wiederholt geäußerte Vorwurf des Antikommunismus erscheint bisweilen anachronistisch. Zumindest sollte man sich vor Augen führen, dass es in Zeiten Stalins dafür gute Gründe gab. Vielleicht haben aber auch die seit der Entstehung der Studien vergangenen Jahre gereicht, dass die Fragilität der Zwischenkriegszeit und die Weimarer Erfahrung gar nicht so fern und die Idee der wehrhaften Demokratie gar nicht so abstrus ist, wie der Autor zu suggerieren geneigt ist.

München

Jens Hacke



**ARCHIV DES
LIBERALISMUS**

Friedrich Naumann Stiftung
Für die Freiheit.

in Kooperation mit



recensio.net



Online-Rezensionen des Jahrbuchs zur Liberalismus-Forschung 2/2021

Jüngerkes, Sven (Bearb.): Die SPD-Fraktion im Deutschen Bundestag. Sitzungsprotokolle 1972–1976.

Hrsg. von der Kommission für die Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien. Düsseldorf: Droste, 2020 (= Quellen zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Band 8/VI), 1108 S., ISBN: 978-3-7700-5360-6

Die vorgezogene Bundestagswahl 1972 war nötig geworden, weil die ohnehin nicht allzu üppige Mehrheit der sozialliberalen Koalition in den vorhergehenden drei Jahren kontinuierlich geschrumpft war. Zu viele Abgeordnete waren nicht gewillt, die neue Ost- und Deutschlandpolitik mitzutragen, unter ihnen der ehemalige FDP-Vorsitzende Erich Mende. Bundeskanzler Willy Brandt überstand zwar unter immer noch nicht ganz klaren Umständen das konstruktive Misstrauensvotum, aber seine Regierung hatte offenkundig keine Mehrheit mehr. Umso deutlicher war das Wahlergebnis eine Bestätigung der bisherigen Bundesregierung aus SPD und FDP. Beide Parteien legten zu. Während die SPD mit dem „Genossen Trend“ erstmals die Unionsparteien überholen konnte, schaffte es die FDP, ein Stück Distanz zur 1969 bedrohlich nahegekommenen 5 %-Hürde zu gewinnen. Beide Koalitionspartner konnten somit zufrieden in die nächsten hoffentlich vier Jahre Regierung blicken. Entsprechende unkompliziert verlief die Regierungsbildung, obwohl der gesundheitsbedingte Ausfall des Bundeskanzlers die Sache nicht erleichterte.



Die Zusammenarbeit mit der FDP gestaltete sich vor diesem Hintergrund über die gesamten vier Jahre hinweg weitgehend unproblematisch. Kritik daran, dass die FDP aus Sicht mancher SPD-Abgeordneter bei der Regierungsbildung zu gut weggekommen sei, richtete sich eher gegen die eigene Partei- und Fraktionsspitze und wurde so nicht zur Belastung für die Koalition. Selbst der politische Drahtseilakt des praktisch zeitgleichen Wechsels von Willy Brandt zu Helmut Schmidt bzw. von Walter Scheel zu Hans-Dietrich Genscher verlief auch deshalb so reibungslos, weil keine der beiden Seiten die Kanzler- bzw. die Bundespräsidentenwahl gefährden wollte. Dabei wäre Kritik an Genscher und seiner Rolle in der Guillaume-Affäre nicht ganz von der Hand zu weisen gewesen. Wichtiger aber war die Einsicht auf Seiten der SPD, wohl noch auf längere Zeit auf die FDP als Koalitionspartner angewiesen zu sein. Schlechte Landtagswahlergebnisse gerade auch in SPD-Hochburgen unterstrichen dies nachhaltig.

Der Begriff „Zuchtmeister“, mit dem die Art der Fraktionsführung durch Herbert Wehner bisweilen beschrieben wird, wird durch die Protokolle nachvollziehbarer. Mal trickreich, mal mit harter Hand lenkte er die Fraktion, in der vor allem Vertreter des linken Flügels vielfach Grund zur Klage hatten. Vor allem bei der Besetzung von Posten in der Fraktion gelang es Wehner vielfach, sie mehr oder weniger zu übergehen. Aber auch ihm gelang es nicht zu verhindern, dass oft noch aus den laufenden Fraktionssitzungen Pressemeldungen über die gerade behandelten Themen erschienen: Das Durchsickern von Informationen ist kein Phänomen des Smartphone-Zeitalters. Doch trotz solcher Ärgernisse blieb die Fraktion insgesamt eine stabile Stütze der SPD-geführten Bundesregierung. Dabei unterschieden sich die beiden Bundeskanzler in ihrem Auftreten

vor der Fraktion diametral. Während Brandt eher vorsichtig formulierend, abwägend, bisweilen geradezu zaudernd sprach, zeigte sich Schmidt als der – wohl nicht nur von Wehner gewünschte – pragmatische und Führungsstärke demonstrierende Regierungschef, der für einen Fortbestand der sozialliberalen Koalition auch über 1976 erforderlich war.

Editionen solch umfangreicher Bestände wie die der Fraktionsprotokolle der SPD sind als reine Buchedition nicht (mehr) durchführbar. Wer somit auf die gesamten SPD-Fraktionsprotokolle der 7. Legislaturperiode zugreifen will, kann dies mittlerweile über www.fraktionsprotokolle.de tun. Die Buchfassung bietet aber neben einer überzeugend begründeten Auswahl der wichtigsten Protokolle – bisweilen vollständig, meist als Auszug – mit der umfassenden Einleitung eine unersetzliche Hilfe bei der Arbeit mit den Protokollen. Ausschlaggebend für die Auswahl waren die Bedeutung der gesetzgeberischen Themen, relevante politische Ereignisse sowie Einblicke in Arbeitsweise und Binnendynamik der Fraktion. Der Band enthält darüber hinaus für alle Sitzungen Tagesordnungen bzw. andere Informationen über die behandelten Themen. Die Einleitung umfasst in der mittlerweile gut bekannten Manier einen Überblick über die Zusammensetzung der Fraktion, ihre Arbeitsweise und die wichtigen Themen der parlamentarischen Arbeit.

Die Textgrundlage der Edition ist eine doppelte. Neben schriftlichen Protokollen existieren für 117 von 146 Sitzungen Aufzeichnungen von hinreichender Tonqualität, deren neu angefertigter Transkription in der Regel der Vorrang gegeben wurde. Für manche Sitzung fehlt leider, wenn auch nicht unbedingt aus Vorsatz, jede Art von Aufzeichnung. Dies gilt sowohl für die Sitzung am 5. Juni 1973, nur wenige Tage nach dem in seinen Inhalten nach wie vor kaum bekannten Treffen Wehners mit Erich Honecker, als auch für die Sitzung am 7. Mai 1974, in der die Fraktion über den Rücktritt Brandts unterrichtet wurde. Die vorrangige Benutzung der Tonaufzeichnungen führt dazu, dass das nicht immer einfach zu lesende gesprochene Wort hier nun verschriftlicht vorliegt ohne die Glättungen, die gemeinhin bei einer Tonbandabschrift gemacht wurden. Das Ergebnis ist bei aller Originalität ein wenig gewöhnungsbedürftig. Dies darf jedoch nicht das letzte Wort einer Besprechung dieser wichtigen und gelungenen Edition sein. Sie zeigt – zusammen mit der online-Fassung – die Arbeit der SPD-Fraktion in einem Arbeitsparlament und lenkt dabei den Blick auf die Vielfalt der Themen der Jahre von 1972 bis 1976, die weitaus mehr waren als die Fortsetzung der Reformpolitik der Jahre 1969 bis 1972, die Öl-Krise 1973, die Guillaume-Affäre 1974 und den Beginn des RAF-Terrorismus. Die Parlamentarismus-Kommission und ihre Partner leisten mit der Serie der Fraktionsprotokolle der politikgeschichtlichen und politikwissenschaftlichen Forschung einen großen Dienst.

Koblenz

Hans-Heinrich Jansen



**ARCHIV DES
LIBERALISMUS**

Friedrich Naumann Stiftung
Für die Freiheit.

in Kooperation mit



recensio.net



Online-Rezensionen des Jahrbuchs zur Liberalismus-Forschung 2/2021

Martin Hecht: Die Einsamkeit des modernen Menschen. Wie das radikale Ich unsere Demokratie bedroht.

Bonn: Dietz-Verlag, 2021, 203 S., ISBN: 978-3-8012-0588-1

Gegen die Einsamkeit des modernen Menschen, des Individualisten, der Ursache seines eigenen Unglücks ist und dabei den gesellschaftlichen Zusammenhalt, das demokratische Miteinander, gefährdet, will der Publizist Martin Hecht in seinem Essay anschreiben. Damit meint er nicht die selbstgewählte oder gar gewünschte Einsamkeit, sondern die Vereinzelung, entstanden aus einem perversierten Individualismus. Dieser moderne Individualismus, der doch angetreten sei, die Menschen zu befreien, gefährde die politische Ordnung und unterhöhle die Solidarität. Getrieben von der Suche nach Anerkennung und Bestätigung wird der selbstbezogene Individualist zwangsläufig enttäuscht, da alle anderen genauso wie er nur auf ihr eigenes Ich bezogen sind. Also steigert er im Kampf um die Aufmerksamkeit seinen Einsatz bis hin zum Radikalsten, um nur wieder enttäuscht zu werden und noch vereinsamer zu enden.



Auch wenn Hecht zur Untermauerung seiner These wissenschaftliches *Namedropping* betreibt – Alexis de Tocqueville und Émile Durkheim signalisieren intellektuelle Fundiertheit, Eva Illouz und Andreas Reckwitz Anschlussfähigkeit an den aktuellen politikwissenschaftlich-soziologischen Diskurs –, so ist die ausgebreitete konzeptionelle Basis im Gegensatz zu den Publikationen der zuvor Genannten doch erstaunlich dünn und speist sich aus dem persönlichen Unbehagen des Autors. Ein diffuser Schmerz an der modernen Welt, der von vielen Leserinnen und Lesern sicherlich spontan geteilt wird. Und so nimmt es auch nicht wunder, dass der Schuldige an der Entwicklung schnell ausgemacht ist: Es ist der durch den Neoliberalismus zum produktiven Wettkampf erklärte Kapitalismus, dem Werte-Achtsamkeit und ein „Sozialismus der Eigensinnigen“ entgegengesetzt werden müssen.

Diese Eigensinnigen sind im Gegensatz zu den zuvor auf knapp 200 Seiten ausführlich beschriebenen Egoisten, Wutbürgern und Amokläufern – die Entwicklung von einem zum anderen erscheint hier als logische Konsequenz – die moralisch und gesellschaftlich „wertvollen“ Individualisten. Diejenigen, die sich vom Wettkampf um Aufmerksamkeit, Selbstoptimierung und Perfektionismus befreit haben, ihrem „wahren“ Ich zum Durchbruch verhelfen und dabei ein selbstbestimmtes und zugleich solidarisches Leben führen, sich selbst treu bleiben. Literarisches Vorbild sind hier Hermann Hesse und seine Figuren. Was jetzt allerdings den „guten“ Eigensinn vom vereinsamenden Individualismus so ganz konkret unterscheidet und woran der Einzelne erkennen kann, zu welcher Gruppe er sich zählen darf, bleibt im Ungefähren.

Maßgebliche Instanz scheint auch hier wieder die persönliche Antipathie des Autors zu sein, macht er doch das Wesen des modernen Individualisten in der „Geschmeidigkeit“ aus. Jemand, der sich „geschmeidig“ durchs Leben windet und dabei alles im Griff hat, ist ihm ein Graus. Geschmeidigkeit wird zur Pathologie und das Internet als Jahrmarkt der Eitelkeiten zur ultimativen Vereinsamungsfalle der bindungsgestörten Egoisten. Überhaupt kennt Hecht nur Schwarz

und Weiß, eine differenzierte Darstellung ist nicht sein Anliegen. Soziale Medien, Selfies und Fitnessstudios werden pauschal verdammt. So kommt es auch, dass seine Hypothesen dem Abgleich mit der Realität nicht standhalten. Denn auch wenn viele der von ihm beschriebenen Phänomene zu beobachten sind, so sind die meisten Menschen eben doch keine unglücklichen, empathielosen und selbstsüchtigen Egomane ohne ein Netzwerk aus sozialen Beziehungen und persönliche Wertvorstellungen. Sicherlich macht Hecht auch wesentliche Ursachen aus, doch erkennt er dabei, dass es sich entgegen seiner Annahme nicht um monokausale, zwangsläufige Entwicklungen handelt. Im Übrigen sind diese Punkte seiner Analyse auch mitnichten neu, um noch einmal auf Reckwitz oder Illouz zurückzukommen.

In seiner zielstrebigem, Gegenargumente und Einwände ausblendenden Beweisführung contra den Neoliberalismus unterschlägt Martin Hecht kurzerhand eine die Demokratie ebenso bedrohende politische Entwicklung, die im vereinzelt Opfer des Kapitalismus ihre Zielgruppe erkennt und unter dem Label der Identitätspolitik die Zersplitterung im schlimmsten Fall noch befördert. Auch die mediale und kulturelle „Bewirtschaftung“ der Opfer-Identität und ihre vermeintliche Heilung durch einzelinteressenspezifische Förder- und Unterstützungsprogramme kann schließlich beschrieben werden als wohlmeinende Verklärung des Individuellen, nur eben weniger geschmeidig und moralisch eindeutig.

Es hätte dem Buch gutgetan, hätte der Autor seinen eigenen Rat beherzigt, seine im Kopf vorgefertigten Schablonen beiseitegelegt und ergebnisoffen argumentiert. So würden die Punkte seiner Argumentation, die auch nach kritischer Prüfung noch von Gewicht sind, nicht im pauschalisierenden und moralisierenden, von der eigenen Weltbildmaschine erzeugten, wehklagenden und allzu bekannten kapitalismuskritischen Einerlei untergehen. So bleibt es nur der gescheiterte Versuch eines nach Aufmerksamkeit ringenden Publizisten, seinem Unwohlsein auf vermeintlich individuelle Art Ausdruck zu verleihen. Zeitgeistiger geht es kaum und wird daher wohl reichlich feuilletonistisches Lob ernten.

Dresden

Jana Licht



**ARCHIV DES
LIBERALISMUS**

Friedrich Naumann Stiftung
Für die Freiheit.

in Kooperation mit



recensio.net



Online-Rezensionen des Jahrbuchs zur Liberalismus-Forschung 2/2021

Christina Kast (Hrsg.): *Pessimistischer Liberalismus. Arthur Schopenhauers Staat.*

Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft, 2021 (= Staatsverständnisse, Band 142), 277 S., ISBN: 978-3-8487-6204-0

Selbst philosophisch Belesenen gilt der Einzelgänger Arthur Schopenhauer als schwer zu fassen, freigeistig, misanthropisch und vor allem als unpolitisch. Seinen Pessimismus für politische Philosophie fruchtbar zu machen, scheint zunächst abwegig. Doch genau dieser Aufgabe widmet sich die junge Philosophin Christina Kast, Wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Otto-von-Guericke-Universität Magdeburg, in dem von ihr herausgegebenen Sammelband unter dem vielversprechenden Titel „Pessimistischer Liberalismus“, in dem sie zusammen mit Kolleginnen und Kollegen das Staatsverständnis von Arthur Schopenhauer ergründet und prüft, was sich daraus für die moderne Staatswissenschaft ableiten lässt. Ihr Anliegen: den philosophischen Pessimismus von dem Vorwurf befreien, dass er – im Gleichklang zum individuellen Alltagspessimismus – nur eine Lebensstimmung widerspiegele, die sich in Opposition zur Welt setzt und sie aufgrund persönlichen Ressentiments verzerrt erscheinen lasse (vgl. S. 9).



Tatsächlich ist aber das Gegenteil der Fall. Der philosophische Pessimismus rückt das Leid und das Schlechte in den Mittelpunkt der Betrachtungen. Schopenhauers radikaler Bruch mit Optimismus, Fortschrittsglaube und Vernunftdogma eröffnet einen neuen Blick auf die Rolle und Bedeutung von Politik und Staat (vgl. S. 10). Und zugleich zeigen sich auch die Grenzen von Politik ganz deutlich: Der wesensbestimmende Zug des Menschen, der Egoismus, kann zwar eingehegt, aber nie durch staatliches Wirken überwunden werden. „Der Mensch ist in seiner existenziellen Bedingtheit jeder staatlichen Verfügbarkeit entzogen“ (ebd.), sein Inneres ihr entzogen. Das heißt, Politik unterliegt der normativen Kraft des Faktischen, sie kann nicht die beste aller Welten schaffen, sondern muss sich im Bereich des Machbaren bewegen. Und das ist nicht die Verbesserung des Menschen, sondern die Ermöglichung von Freiheit, bei Schopenhauer gleichbedeutend mit der Vermeidung von Leidenserfahrungen (vgl. ebd.). Der Kern des Politischen ist bei ihm die Verhütung von Leid; Christina Kast tauft sein Staatsverständnis deshalb in Anlehnung an Judith N. Shklars „Liberalismus der Furcht“ einen *Liberalismus des Leidens*. Nicht, was der Mensch ist oder denkt, sei für den Staat entscheidend, sondern allein das, was er tut (vgl. S. 11).

Mit einer so faszinierenden Interpretation gerüstet, entlässt die Herausgeberin die Leserinnen und Leser in ein anspruchsvolles Programm. Der erste Teil des Bandes leuchtet Schopenhauers Staatsverständnis näher aus, in dem er sich dem Verhältnis des Einzelnen zum Staat, der politischen Freiheit, der sozialen Frage und dem Rechts(-staats-)verständnis in Schopenhauers Denken widmet. Darin erweist sich Arthur Schopenhauers Philosophie als liberale, die das Individuum in den Mittelpunkt stellt und so den Staat in seiner Wirkmacht und seinem Gestaltungsanspruch auf das Notwendige und Mögliche, die Begrenzung von Leid, beschränkt und somit alles Despotische, aber auch auf Optimismus und Tugend gründende Moralisches ablehnt. Und

trotzdem zeigen sich bei ihm auch Ansatzpunkte für eine Behandlung der Problematik des Sozialen sowie ein belastbares und auch heute noch diskurs- und anschlussfähiges Verständnis des Staates als Schutzanstalt des Rechts. Ein Schlaglicht wird dabei auch auf die Einbeziehung des Tierwohls in Schopenhauers Rechtslehre geworfen, womit er eine unbestreitbare Vorreiterrolle einnimmt.

Im zweiten Teil widmen sich die Autorinnen und Autoren den philosophiegeschichtlichen Wurzeln des Denkens von Arthur Schopenhauer. Diese Beiträge sind voraussetzungs- und richtungslos vor allem an das Fachpublikum, dank klarer Gedankenführung und präziser Sprache können aber auch Hobbyphilosophinnen und -philosophen der Verbindung der Schopenhauerschen Rechtsphilosophie zu Augustinus, seiner Nähe zu Hobbes und seiner Auseinandersetzung mit Kant, Fichte und Hegel folgen. Dabei erweist er sich als einzigartiger und eigenwilliger Denker, der zu Unrecht in der ideengeschichtlichen Rezeption nur eine untergeordnete Rolle neben den zuvor Genannten spielt. Vor allem wird dabei seine Abgrenzung zum Deutschen Idealismus deutlich. Schopenhauer stellt die Philosophie vom Kopf auf die Füße, indem er sich von Abstraktion ab- und Empirie zuwendet und, statt auf Vernunft und Ideal zu fokussieren, den Menschen mit seinen Trieben ganz unverklärt in den Mittelpunkt stellt.

Der dritte Teil widmet sich der Wirkung des Schopenhauerschen Denkens bei Freud, Horkheimer und in der Rezeption durch Arnold Gehlen, bevor der Band mit Reflexionen über die Relevanz Arthur Schopenhauers für aktuelle staatliche Herausforderungen schließt. Neben einem Beitrag zur Tierethik findet sich hier auch eine Auseinandersetzung mit Schuld und Prävention im Strafrecht vor dem Hintergrund des Begriffs des (freien) Willens bei Schopenhauer und im Lichte der Erkenntnisse der modernen Hirnforschung. Schluss- und zugleich Kontrapunkt bildet ein bemerkenswerter Beitrag, der noch einmal die Frage nach der Aktualität des Pessimismus stellt, insbesondere für das Politische. Der Autor legt uns nahe, den radikalen Pessimismus Schopenhauers als Gesamtkunstwerk zu lesen, weniger als Anleitung für gegenwärtige Politik und ihre Rezeption in der politischen Philosophie. Dieser ästhetische Zugang öffnet den Blick auf einen „Raum geistiger Freiheit“ (S. 13) in Schopenhauers Denken, der vergleichbar sei mit dem kritischen Potenzial der Kunst – sowohl im Hinblick auf den Einzelnen, als auch für das Politische (vgl. ebd.). Und somit spannt sich der Bogen über eine anregende und herausfordernde Lektüre und Rezeption des Schopenhauerschen Pessimismus, der ihn als innovativen, liberalen Denker in der Ideengeschichte verortet und – schichtet man das Misanthropische ab – dem Menschen möglicherweise mehr gerecht wird als ein idealisiertes Staats- und Gesellschaftsverständnis, das sich im Moralischen und der Diskussion vonhaltungsfragen expliziert.

Dresden

Jana Licht



**ARCHIV DES
LIBERALISMUS**

Friedrich Naumann Stiftung
Für die Freiheit.

in Kooperation mit



recensio.net



Online-Rezensionen des Jahrbuchs zur Liberalismus-Forschung 2/2021

Jan-Werner Müller: Freiheit, Gleichheit, Ungewissheit. Wie schafft man Demokratie?

Berlin: Suhrkamp, 2021, 271 S., ISBN: 978-3-518-42995-2

Schon in seinem Essay „Freiheit und Furcht“ aus dem Jahr 2019 plädierte der in Princeton lehrende Politikwissenschaftler Jan-Werner Müller für einen anderen Liberalismus: einen Liberalismus der Rechte, der – in Fortführung von Judith N. Shklars „Liberalismus der Furcht“ – die Gleichbehandlung und damit die Freiheit von Furcht sicherstellt; einen Liberalismus, der Staat nicht von den wirtschaftlich und sozial gesicherten Eliten aus denkt, sondern auch die Teilhabe der anderen gewährleistet und auch deren Freiheit sichert. Ein solcher Liberalismus brauche zur Verwirklichung von Freiheit und Gleichheit, zur Einlösung seines Fortschritts- und Toleranzversprechens für alle die Demokratie. So etwas wie „illiberale Demokratien“ könne es nicht geben; es handelt sich dabei um autoritäre Schimären. Und genau an diesem Punkt – dem Spannungsverhältnis von Liberalismus und Demokratie – setzt auch seine aktuelle Studie an. Nicht nur der Liberalismus ist unter Druck geraten, sondern auch die Demokratie in die Krise. Die in Anbetracht des weltweiten Aufstiegs von Autokraten, Populisten und Nationalisten begründet scheinende Sorge um die Demokratie führt Müller zu der Frage, was Demokratie eigentlich ausmacht, was an ihr verteidigungs- und schützenswert ist, und, natürlich, wie sie tatsächlich verteidigt und geschützt werden kann.

Jan-Werner Müller geht zur Beantwortung auf die von ihm identifizierten Grundprinzipien der Demokratie – Freiheit und Gleichheit – zurück, wie es schon der deutsche Titel des aus dem Englischen übertragenen *Democracy Rules* verrät. Und auch bei dieser „Route“ *back to basics* (vgl. S. 9) spießt er vermeintlich liberale Glaubenssätze und Vorurteile auf. Das erste Erklärungsmuster der liberalen Eliten für den Rechtspopulismus, das er sich vornimmt, ist die Überzeugung, das Volk, die Bürgerinnen und Bürger, seien selbst schuld. Weil sie sich von Demagogen verführen und bereitwillig sagen lassen, was sie zu tun haben, aufgrund von Uninformiertheit und Ungebildetheit sowie dem tiefen psychologischen Bedürfnis, von einem Anführer abgenommen zu bekommen, für sich selbst entscheiden zu müssen. Die Lehre daraus sei, den „Erwachsenen“, sprich den Eliten als *Gatekeeper* zu den Institutionen und Prozessen mehr Entscheidungsmacht zuzugestehen und das „einfache“, zum Tribalismus neigende Volk zu seinem Besten von demokratischen Prozessen auszuschließen oder die „Massen“ zumindest in ihrer Entscheidungsfindung zu lenken. Die diesen *everyday citizens* unterstellte Demokratiefeindlichkeit vermag Müller dagegen nicht zu erkennen, vielmehr seien Rechtspopulisten noch in keinem westlichen Land ohne die Hilfe etablierter konservativer Eliten an die Macht gekommen. Er widerspricht der These, dass die Menschen tief enttäuscht von den demokratischen Idealen wären und die Demokratie zugunsten des populären Autoritarismus ablehnen. Tatsächlich seien es mit Blick in die Geschichte nicht die irrationalen Massen gewesen, die sich jeweils entschieden hätten, die Demokratie abzuschaffen, sondern bestimmte Eliten.



Aber auch bei der aus dieser Feststellung folgenden Behauptung, die Reichen und Mächtigen seien schuld an der Krise der Demokratie, weil sie die Institutionen zu ihrem Nutzen korrumpieren, lässt Jan-Werner Müller es nicht bewenden. Er lehnt es ab, die bestehenden Probleme zu personalisieren und immer wieder einzelne Akteure an den Pranger zu stellen, denn schließlich geben ihnen die Institutionen unserer Demokratien die Macht, sie zu ihrem Vorteil zu nutzen. Es geht um die Strukturen, die Institutionen selber müssen überprüft und auf Schwachstellen abgeklopft werden. Müller richtet damit den Fokus weg von einzelnen Populisten, hin zu den systemimmanenten Bedingungen, die Demokratien vulnerabel und fortwährend ungewiss machen. Dabei geht es ihm aber nicht um eine Reduktion der Analyse auf politische Verfahren und Prozesse, sondern um die Besinnung auf die wesentlichen Prinzipien, „die die Regeln des demokratischen Spiels und dessen informelle Normen eigentlich erst beseelen und rechtfertigen“ (S. 13).

Diese demokratischen Grundprinzipien sind Freiheit und Gleichheit. Mit Blick auf die Freiheit benennt Müller zuvorderst Meinungs-, Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit. Diese demokratischen Freiheiten, so konstitutiv sie sind, drohen aber zugleich, die Gleichheit zu untergraben, da, wer über mehr materielle oder sprachlich-argumentative Mittel verfüge, größeren Einfluss auf kollektive Entscheidungen nehme. Gleichheit bedeute also auch Reibung zwischen den Menschen, die ihre Freiheit nutzen. Vereinigungen, vor allem Parteien, stärken das individuelle Recht, sich politisch zu artikulieren und Ansprüche zu stellen, doch sie sind auch die einzige Möglichkeit, Ungleichheiten zu korrigieren. Und so macht Jan-Werner Müller zwei zentrale demokratische Institutionen aus, die in die Krise geraten sind: politische Parteien und professionelle Medien. Nicht nur in Ungarn, Polen und den USA sind die Populisten auf demokratischem Wege, dank ihrer Parteien, an die Macht gekommen und haben es geschickt verstanden, auch die mediale Deutungshoheit an sich zu bringen, sei uns nun durch die Übernahme von Staatsmedien oder die sich selbst perpetuierende Verbreitung von Desinformation und *fake news*. Hier räumt Müller mit einem weiteren Vorurteil auf: Populisten und ihre Gefolgsleute sind mitnichten dumm, sondern lernen voneinander und nutzen klug die demokratischen Strukturen.

Daraus leitet der Autor zwei wesentliche Vorschläge – bezogen auf die USA – ab: eine Reform des US-amerikanischen Parteiensystems sowie der Wahlkampffinanzierung und verantwortungsbewusst agierende Medien, die bewusste Entscheidungen treffen, wenn es um die Darstellung von Strukturen und Konflikten geht. Diese intermediären Institutionen – Parteien und Medien – sollen sowohl externen als auch internen Pluralismus ermöglichen. Das meint, dass es ein breites Spektrum an politischen Parteien und professionellen Medien geben soll, die nicht nur im Wettbewerb, sondern auch in deutlicher inhaltlicher Opposition zueinanderstehen sollen, sodass es für die Bürgerinnen und Bürger substantiell voneinander abweichende Optionen gibt (vgl. S. 129-130). Interner Pluralismus dagegen bedeutet, dass es auch innerhalb der einzelnen intermediären Institutionen eine Vielfalt von Standpunkten geben sollte, also parteiinterne demokratische Verfahren und breite Debatten sowie Platz für unterschiedliche Positionen bei Fernsehsendern, Zeitungen und Internetplattformen. Jan-Werner Müller betont, dass diese Forderungen nicht in Widerspruch zu Vereinigungs- und Meinungsfreiheit stehen, sich Pluralismus und Parteilichkeit nicht ausschließen müssen. Sondern gerade der innerparteiliche Pluralismus, die demokratische Debatte, die es allen Mitgliedern ermöglicht, daran teilzunehmen, gewährleistet die zentralen Strukturprinzipien, die für eine funktionierende Parteiendemokratie und die von ihr getragenen Willensbildungsprozesse unerlässlich sind.

So erhellend Müllers Analyse und so deutlich sein Veto gegen den Ausschluss bestimmter Gruppen von demokratischen Prozessen ist, so wenig stringent ist teilweise seine Argumentation und so wenig neu sind seine Vorschläge. Sie sind im besten und bekannten Sinne sozialdemokratisch, wenn nicht sogar sozialistisch. So verwundert es auch nicht, dass er die Einführung von zufällig und repräsentativ gebildeten (Bürger-)Räten – bei ihm „Plattformräte“ –, auch zur Kontrolle des Rundfunks und sozialer Netzwerke, vorschlägt. Ebenso fordert er die Deckelung von Parteispenden sowie die Offenlegung von Großspendern. Stattdessen schlägt er ein Gutscheinsystem zur Finanzierung der Parteien vor, an dem alle Bürgerinnen und Bürger mit Klein-

und Kleinstspenden, unabhängig von ihrem Einkommen, partizipieren können. Dass seine Vorschläge wenig Aussicht auf Umsetzung haben, ist dem Autor wohl selbst bewusst, die Hoffnung will er sich aber nicht nehmen lassen. Der liberalen Leserin und dem liberalen Leser bleibt vor allem die Mahnung, sich nicht über einkommensschwache und vermeintlich ungebildete Wählergruppen hinwegzusetzen, sie nicht verächtlich vom demokratischen Willensbildungsprozess auszuschließen. Denn wer die Demokratie verteidigen will, muss nicht nur Freiheit und Gleichheit gewährleisten, sondern auch die Ungewissheit – also die Möglichkeit, Wahlen zu verlieren, und die Chance, dass die Verlierer von heute die Gewinner von morgen sein können, dass auch die Verlierer die Gewissheit haben, sich weiterhin am demokratischen Diskurs beteiligen und gleichermaßen Strukturen und Prozesse mitgestalten und umformen können.

Dresden

Jana Licht



**ARCHIV DES
LIBERALISMUS**

Friedrich Naumann Stiftung
Für die Freiheit.

in Kooperation mit



recensio.net

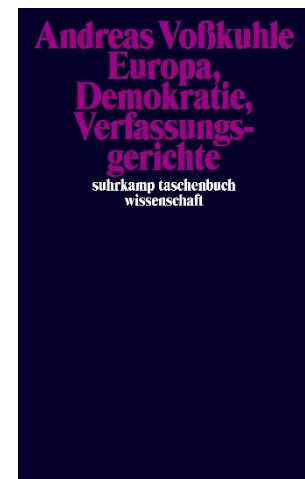


Online-Rezensionen des Jahrbuchs zur Liberalismus-Forschung 2/2021

Andreas Voßkuhle: Europa, Demokratie, Verfassungsgerichte.

Berlin: Suhrkamp, 2021 (= Suhrkamp-Taschenbuch Wissenschaft, Band 2358), 377 S.,
ISBN: 978-3-518-29958-6

Mit der Bundestagswahl vom 26. September 2021 ist die Ära Merkel nach 16 Jahren vorbei. Die FDP geht erneut in schwierige Koalitionsverhandlungen, da die erklärte Präferenz für *Jamaika* mit Laschet im ersten Anlauf geplatzt ist. Zur Ära Merkel gehörte bis 2020 Andreas Voßkuhle als Präsident des Bundesverfassungsgerichts. In diesen Jahren „scheint die Welt in einen permanenten Krisenmodus gewechselt zu sein“ (S. 10), schreibt er in seinem einleitenden Beitrag zur „Verteidigung von Europa, Demokratie und Verfassungsstaatlichkeit in Zeiten der Krisen und des Populismus“. Die Sammlung von 18 meist kurzen Texten ist aus „öffentlichen Vorträgen“ während der Amtszeit hervorgegangen. Die Texte entstanden also in der exponierten Rolle als Präsident des Bundesverfassungsgerichts, in politischer Verantwortung und diplomatischer Zurückhaltung als Plädoyer für forcierte Europäisierung: weder in „neutraler“ Beobachterperspektive noch im Rückblick eines Elder Statesman. Es ist erfreulich, dass Verfassungsrichter oft aus der Wissenschaft kommen und ihre Sicht, Rolle und Tätigkeit öffentlich erklären. Kein zweiter Präsident des Bundesverfassungsgerichts hat aber derart zeitnah nach dem Ausscheiden aus dem Amt Zeugnis gegeben. Diese Auskunft- und Erklärungsbereitschaft mag auch mit Wandlungen in der demokratischen Kultur und im Demokratieverständnis zu tun haben. Die Herkunft der Texte aus öffentlichen Vorträgen und Feiern zeigt sich dabei auch als Rhetorik der Affirmation und „Verteidigung“, die der einleitenden Rede von „Zeiten der Krise“ kontrastiert.



Voßkuhle wirbt für das „Projekt Europa“, für Integration durch Recht und Verfassungsgerichte, die heute laut Titel im Plural als ein „supranationaler Verfassungsgerichtsverbund“ prozedieren, bei dem das deutsche Bundesverfassungsgericht den „Vorrang“ der europäischen Gerichte, die „Vorlagepflicht“ der Positionierung und den Grundsatz der „Europafreundlichkeit“ längst anerkannt hat. Voßkuhle ist der erste Zeuge und Promotor des definitiven Übergangs zur Suprematie der europäischen Gerichte. Seine Standarderzählung vom Fortschritt der Demokratisierung durch Europäisierung antwortet dabei auch auf dunklere Untertöne; Voßkuhle spricht von „Zeiten der Krise und des Populismus“, beschwört ein „Leitbild“ vom „europäischen Juristen“, der „transdisziplinär dialogfähig“ Grundprobleme erkennt; er verschweigt das Demokratiedefizit der europäischen Institutionen nicht, kontert den „Populismus“ aber mit Vertrauen in die Entwicklung einer parlamentarischen „Oppositionskultur“ (S. 78ff).

Seine Texte bieten einfachen Überblick und markieren die Probleme im Mehrebenensystem ohne starke Theorie oder metajuristische – soziologische oder politikwissenschaftliche – Analysen mit vager und strittiger Rede von „Werten“ und „Wertekanon“, „Identität“ und „Substanz“, „Identitätskern“ und „Identitätskontrolle“, „Wesenskern“ und „Quellcode“. Voßkuhle reiht Sätze wie folgende: „Die Verfassung von Werten trägt in sich das Versprechen von Identität.“ (S. 123) „Menschenwürde, Freiheit und Gleichheit, Rechtsstaatlichkeit, grundlegende Menschenrechte und das demokratische Prinzip bilden das zentrale Nervensystem des Wertefundaments, seine

Schädigung ist zugleich ein Angriff auf die normative Basis der europäischen Gemeinsamkeit.“ (S. 135) Die „Pfleger des verfassungsrechtlichen Quellcodes“ (S. 145ff) funktionieren im Mehrebenensystem kooperativ unproblematisch. Mögliche Kollisionen würden meist „im Vorfeld“ (S. 276) geklärt, schreibt Voßkuhle, ohne über seine militärische Metapher zu stolpern. „Ein Macht- oder Konkurrenzkampf zwischen BVerfG und EuGH stand nicht und steht nicht zur Debatte.“ (S. 279) Voßkuhle stützt das Bundesverfassungsgericht auf die Rolle der „Integrationsverantwortung“ (S. 290ff) herunter. Nur beim Budgetrecht und der „Kontrolle über grundlegende haushaltspolitische Entscheidungen“ (S. 59) sieht er Fälle von Kollisionen, die seltene „Ausnahme“ blieben. In mehreren Beiträgen (bes. S. 224ff) erörtert er aber die Ultra-Vires-Kontrolle des Bundesverfassungsgerichts gegen den massiven Ankauf von Staatsanleihen, also die Preisgabe der „Schuldenbremse“ und den Einstieg in die Schuldenunion. Voßkuhle plädiert dennoch weiter für „Vertrauen in das europäische Projekt“ (S. 362) und bekennt sich abschließend mit einer Festrede vom 3. Oktober 2011 zu einem „Verfassungspatriotismus“ (S. 366), der den Vorrang der europäischen Gerichte akzeptiert: „Vor dem gegenwärtigen Bestreben, die Idee der Rechtsgemeinschaft durch die Idee der politischen Gemeinschaft zu ersetzen, kann ich daher nur warnen.“ (S. 367)

Wer ein einschlägiges Dokument des Europäisierungsfurors im „Projekt“ der Europäischen Union sucht, wird mit dieser Sammlung bestens fündig. Man muss Voßkuhle danken, dass er sein justizstaatliches Europäisierungsprojekt in tragender Vortagsrhetorik so unverblümt skizziert und gebündelt hat. Wenn „Bonn“ früher gelegentlich mit „Karlsruhe“ identifiziert wurde, ratifiziert Voßkuhle mit dieser Sammlung nun den Vorrang der europäischen Gerichte. Im Mai 2020 hat er kurz vor seinem Amtsende die Europäische Zentralbank (EZB) und den Europäischen Gerichtshof (EuGH) einmal deutlich kritisiert. Muss man hier von späterer Einsicht sprechen? Der FDP-Vorsitzende Christian Lindner hat die Schuldenbremse in der „Elefantenrunde“ vom 26. September 2021 zur roten Linie kommender Koalitionsverhandlungen erklärt. Voßkühles Sammlung legt nahe, dass die justizstaatliche Forcierung der Europäisierung schon darüber hinaus ist.

Heidelberg

Reinhard Mehring



**ARCHIV DES
LIBERALISMUS**

Friedrich Naumann Stiftung
Für die Freiheit.

in Kooperation mit



recensio.net



Online-Rezensionen des Jahrbuchs zur Liberalismus-Forschung 2/2021

Hermann Hiery: Deutschland als Kaiserreich. Der Staat Bismarcks. Ein Überblick.

Wiesbaden: marix Verlag, 2021, 479 S., ISBN: 978-3-7374-1167-7

In die Reihe von neuen Überblicksdarstellungen zur Gründung des Deutschen Kaiserreichs, seiner verfassungsrechtlichen Ordnung, seiner emanzipatorischen Potentiale und seiner gesellschaftspolitischen Schatten gehört auch das hier anzuzeigende Buch des Bayreuther Neuzeithistorikers Hermann Hiery.¹ Titel und Untertitel wollen aufmerksam mit dem Inhalt abgeglichen werden, denn was den Leser erwartet, ist ein Überblick der Jahre 1848/62 bis 1890. Hiery liefert also im Wesentlichen eine Darstellung der Vorgeschichte der Reichsgründung und der ersten zwanzig Jahre des Kaiserreichs, mithin also der „Ära Bismarck“, als dieser die Ämter des preußischen Ministerpräsidenten und des ersten deutschen Reichskanzlers bekleidete. Die 28 Jahre nach seinem Ausscheiden, in denen „Deutschland als Kaiserreich“ unbeirrt weiter existierte, werden nur angerissen. Darin liegt eine chronologische Eigenheit, denn weder endete die politische Tätigkeit Bismarcks mit seiner Entlassung, noch kommt der Autor ohne Widersprüche bei dieser Eingrenzung aus, da Vieles in seinem Buch über das Jahr 1890 hinausgreift, etwa eine Auflistung der Bundesstaaten mit Bevölkerungszahlen und Wahlverfahren aus dem Jahr 1914 (S. 376-379).



Aber: Die Konzentration auf die äußere und innere Reichsgründung hat auch ihre Vorteile. Denn in seinen 13 Kapiteln kann sich Hiery auf klassische Themen vor der Weltpolitik Wilhelms II. beschränken und damit deutlich machen, dass zwar viele Entwicklungsmöglichkeiten in den ersten beiden Jahrzehnten des Kaiserreichs angelegt waren, aber eben nicht angelegt sein mussten. Die Darstellung ist im Wesentlichen in chronologischer Reihenfolge angelegt (Norddeutscher Bund, Französische Katalysatorwirkung auf die deutsche Einigung, Verfassung, Wahlen, Presse, Kulturkampf, Sozialistengesetze und Sozialgesetzgebung, Föderalismus und Wechsel zum Wilhelminismus) und immer wieder von thematischen Einschüben unterbrochen. Aufgelockert wird der Textfluss zusätzlich durch zahlreiche Quellenabdrucke in Abschriften oder Faksimiles, Statistiken, Illustrationen und detaillierten Einschüben zu einzelnen Fragestellungen. Wer in dieser Fülle Orientierung in der Lektüre sucht, kann über ein Orts- und Personenregister eigene Schwerpunkte setzen. Über die in Endnoten beigefügten Anmerkungen hinaus bietet Hiery bibliografische Hinweise in Form von ausgewogen recherchierten Hinweisen auf Handbücher und Lexika („Wichtige und nützliche Hilfsmittel“, S. 444f.) und nach Kapiteln geordnet auch auf vertiefende „Leseempfehlungen“ einschlägiger Einzeltitel (S. 446-449).

Ein Handbuch ist der Band dennoch ebenso wenig wie ein Studienbuch. Hiery räumt diese für die Benutzung im Universitätsstudium einschränkende Charakteristik bereits in seinem Vorwort ein (S. 10f.). Und tatsächlich kann den Band eher eine sattelfeste Oberseminarrunde diskutieren

¹ Vgl. pars pro toto: Christoph Jahr, Blut und Eisen: wie Preußen Deutschland erzwang 1864-1871, München 2020; Oliver F. W. Haardt, Bismarcks ewiger Bund. Eine neue Geschichte des Deutschen Kaiserreichs, Darmstadt 2020; Hedwig Richter, Aufbruch in die Moderne: Reform und Massenpolitisierung im Kaiserreich, Berlin 2021; Eckart Conze, Schatten des Kaiserreichs: die Reichsgründung von 1871 und ihr schwieriges Erbe, München 2020.

als ein auf trockene Systematik angewiesener Einsteiger beim Verfassen erster Hausarbeiten. Der Grund dafür ist denkbar einfach: Hierys quellenangereicherter Großessay, den er nicht unzutreffend als „Lesebuch zur deutschen Geschichte“ bezeichnet, setzt ein gehöriges Maß an Grundkenntnissen voraus. Denn nur wer diese hat, kann den anregenden Interpretationsangeboten folgen. So werden neue, kompakte Deutungen, wie die zu den innen- und außenpolitischen Interdependenzen in der Bismarckschen Kulturkampfpolitik und der Lernfähigkeit des Reichskanzlers (S. 267-274) zu Diskussionen anregen. Auch ob der Einschätzung, wonach es den seit 1867 zwischen den Stühlen sitzenden Liberalen an Sinn für das realpolitisch Mögliche gefehlt habe („Entschlossen zupackende Arbeiter gab es im Kaiserreich in fast jeder Partei. Nur die Liberalen wollten alle leitende Angestellte sein.“, S. 439), eine Mehrzahl der Leser folgen wird, bleibt abzuwarten.

Doch solche Zuspitzungen bleiben die Ausnahme. Immer wieder betont Hiery entgegen den hier und da wieder stärker betonten Pfadabhängigkeiten die prinzipielle Ergebnisoffenheit politischer Entwicklungen, wobei er die Baufehler des politischen Systems nicht verschweigt oder verharmlosend bemäntelt. Ohne auf Einzelheiten seiner Bewertungen etwa des Kulturkampfs oder der Sozialgesetzgebung einzugehen, wird man seine gesamte Herangehensweise als Geschichtsschreibung *sine ira et studio* bezeichnen dürfen. Dass dem Rezensenten dabei die Rolle der Herren in der zweiten Reihe (Bucher, Delbrück, u.a.) sowie diejenige des Kaisers etwas zu kurz kommt, mag an der auf Abstand, Kontextualisierung und Einhegung des „eisernen Kanzlers“ bestehenden *deformation professionelle* in der jeweiligen Bewertung des Regierungshandelns Bismarcks liegen. Aber um es klar zu sagen: Unkritisch ist Hiery nicht gegenüber dem „Staat Bismarcks“.

Auffällig ist bei Hermann Hierys besonderer Expertise etwas anderes: Ausgerechnet die Kolonialpolitik fehlt bei einem Autor, dessen Spezialgebiet das Agieren deutscher Unternehmer, Siedler und Kolonialbeamter im Pazifikraum ist. „Die Außenpolitik der Bundesstaaten“ (S. 372-382) und „Die europäische Dimension des Kulturkampfes“ (S. 225-232) sind zwei der wenigen Passagen, in denen nach der einleitend behandelten Reichsgründung die internationale Verflechtung des Kaiserreichs überhaupt *expressis verbis* aufgegriffen wird. Kann also in diesem auf die Anatomie des Bismarck-Reichs konzentrierten Werk der 1884/85 begonnene Erwerb außereuropäischer Territorien ausschließlich dem Feld der hier nicht behandelten Außenpolitik zugeschlagen werden? Hier scheint es bei aller berechtigten Kritik an Hans-Ulrich Wehlers Sozialimperialismus² und der seinerzeitigen Fixierung auf Primate der Innen- bzw. der Außenpolitik doch eine Lücke in Bezug auf die nationalistisch und imperialistisch zunehmend aufgeladene innenpolitische Großwetterlage zu geben, die kulturgeschichtlich orientierte Studien der Politik-, Wirtschafts-, Wissenschafts- und Mentalitätsgeschichte in den mehr als fünf Jahrzehnten seit den Bielefelder Dogmen geschlossen haben. Hermann (von) Wissmann, Adolph Woermann und Eugen Wolf gingen schon vor 1890 in Friedrichsruh und Berlin ein und aus und das nicht, weil sie primär diplomatisch hilfreich sein konnten, sondern weil ihre wirtschaftlichen und im zeitgenössischen Sprachgebrauch „wissenschaftlichen“ Eigeninteressen auch in der publizistisch zunehmend an Exotismen aller Art gewöhnten deutschen Öffentlichkeit Widerhall fanden.

Aber ungeachtet dieses Einwands handelt es sich bei der originellen Monografie um eine anregende Lektüre, deren gelegentlich essayistische Formulierungen den Leser bei der Stange halten, auch wenn er die immer wieder eingestreuten sehr persönlichen Gedankengänge des Autors (so über den Rückhalt Ludwigs II. beim bayerischen Volk, S. 408, oder den Weg von dessen Absetzung bis zur Novemberrevolution 1918, S. 412) nicht bis ins Letzte zu teilen vermag.

Friedrichsruh

Ulf Morgenstern

² Hans-Ulrich Wehler, Bismarck und der Imperialismus, Köln 1969.

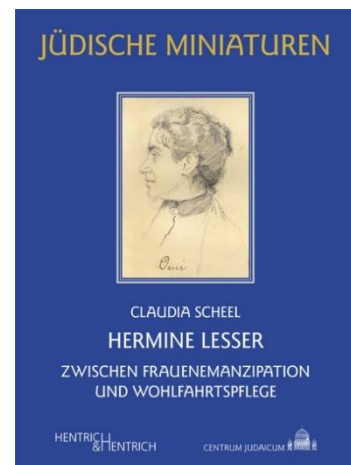


Online-Rezensionen des Jahrbuchs zur Liberalismus-Forschung 2/2021

Claudia Scheel: Hermine Lesser. Zwischen Frauenemanzipation und Wohlfahrts- pflege.

Berlin: Hentrich & Hentrich, 2021 (= Jüdische Miniaturen, Band 270), 86 S., zahlr. Abb., ISBN: 978-3-95565-451-1

„Wir sind spät dran mit unserem Gedenken für Hermine Lesser“, räumte im Oktober 2021 der Vizepräsident des Volksbundes Deutscher Kriegsgräberfürsorge anlässlich der in Berlin stattfindenden Stolpersteinverlegung zum Gedenken an die während des Nationalsozialismus verfolgte und ermordete langjährige Vertreterin des jüdischen Frauenbundes im Vorstand des Volksbundes ein.¹ In der Tat gehört Hermine Lesser trotz ihres vielfältigen Engagements in der Wohlfahrtspflege und der frühen bürgerlichen Frauenbewegung zu den (jüdischen) Frauenpersönlichkeiten, denen bisher wenig Beachtung geschenkt wurde. Es ist daher naheliegend, dass ihrer in der sich jüdischen Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens widmenden Buchreihe gedacht wird. Claudia Scheel tut dies in einer knappen, aber informativen Weise.



Die am 28. August 1853 in Berlin geborene Hermine Philipp, Tochter eines jüdischen Kaufmanns, wuchs in gut situierten bürgerlichen Verhältnissen auf und durchlief die klassische Sozialisation und Ausbildung einer so genannten ‚höheren Tochter‘. Mütterlicherseits entstammte sie dem sich rasch ab Beginn des 19. Jahrhunderts in Berlin ökonomisch und gesellschaftlich etablierenden Judentums aus Westpreußen, dem viele jüdische Familien, auch die Max Liebermanns, angehörten (S. 12). In diesem bewusst jüdisch lebenden, zugleich liberalen Umfeld besaß die Ausbildung der Mädchen, auch wenn sie der Zuweisung in die klassische Frauenrolle diene, eine wichtige Bedeutung, bot sie den Mädchen insbesondere ab der Mitte des 19. Jahrhunderts die Möglichkeit, sich ebenso wie die Männer durch Akkulturation und Integration einen Platz innerhalb der ‚Allgemeingesellschaft‘ des aufblühenden Bürgertums zu suchen. War ihnen als Frauen die religiöse Gelehrsamkeit verwehrt, entwickelte sich gerade die säkulare Bildung für jüdische Frauen zu einem wichtigen Faktor zur Teilhabe am innergemeindlichen, insbesondere aber am gesellschaftlichen Leben. Entsprechend groß war die Zahl jüdischer junger Frauen, die schon früh ein Universitätsstudium anstrebten, und nicht minder groß auch deren Motivation und Engagement, sich in den sich ihnen von jeher bietenden Bereichen der traditionellen jüdischen Wohlfahrtspflege und Sozialarbeit zu etablieren und sie zu professionalisieren.

Praktizierte Wohltätigkeit, soziale Fürsorge und der Kampf für Frauenrechte waren daher Bereiche, die nahe beieinanderlagen und die die neue jüdische Frauengeneration auf ihrem Weg zur Emanzipation zu nutzen wusste. Durch sie bekam die organisierte jüdische wie auch allgemeine Wohlfahrt und Sozialarbeit eine neue Prägung und die bürgerliche Frauenbewegung zusätzlich

¹ Volksbund Deutscher Kriegsgräberfürsorge e.V.: Artikel v. 8.10.2020 zur Stolpersteinverlegung für Hermine Lesser in Berlin, <https://www.volksbund.de/pl/nachrichten/volksbund-gedenkt-des-juedischen-vorstandsmitglieds-hermine-lesser-2>.

neue wichtige Impulse. Alice Salomon, Adele Schreiber oder Bertha Pappenheim, mit denen Lesser auch verkehrte, stehen exemplarisch für diese Tendenz. Auch Lesser schlug diesen Weg ein. Nach ihrer Heirat mit dem Jalousie- und Textilunternehmer Paul Lesser und dem Heranwachsen der beiden Töchter widmete sie sich verstärkt der jüdischen Fürsorgearbeit und deren Institutionalisierung. Aus diesem Engagement erwuchs über die Arbeit in zahlreichen Privatorganisationen, wie dem Hauspflegeverein Charlottenburg, hinaus die Beteiligung an der kommunalen Waisenfürsorge und dem Jüdischen Frauenbund (JFB), für die Lesser neben der Funktion als Leiterin der Charlottenburger Rechtsschutzstelle für Frauen oder dem Bund für Mutterschutz lange Jahre tätig war. Mit dem Ausbruch des Ersten Weltkrieges kam den Wohlfahrts- und Fürsorgestellen in Deutschland generell, so auch den jüdischen, eine besondere Bedeutung zu, was 1917 zur Gründung der Zentralwohlfahrtsstelle der deutschen Juden (ZWST) als Dachverband der sozialen Einrichtungen und Wohlfahrtsorganisationen der jüdischen Gemeinschaft führte. Die ZWST trug jedoch nicht nur zur zentralisiert organisierten übergemeindlichen jüdischen Sozialfürsorge bei, sondern wirkte zugleich an der Etablierung des modernen deutschen Wohlfahrtsstaats der Weimarer Republik mit.

Lesser selbst setzte ihr Engagement während und nach dem Krieg, insbesondere seit 1923 als Vertreterin des JFB bei dem 1921 gegründeten überkonfessionellen Volksbund Deutscher Kriegsgräberfürsorge fort. Noch 1931 vom Bezirksamt Charlottenburg für ihre zehnjährige hervorragende ehrenamtliche Tätigkeit geehrt, erlitt sie nach 1933 wie alle anderen jüdischen Mitbürger die Ausgrenzung aus ihren Ämtern und die Verfolgung durch den Nationalsozialismus. Insbesondere infolge der sukzessiven Ausgrenzung der deutschen Juden aus der allgemeinen Wohlfahrts- und Fürsorgeregelung setzte sie ihre Tätigkeit soweit wie möglich und so notwendig wie nie zuvor fort. Allein zurückgeblieben – beide Töchter konnten noch rechtzeitig mit ihren Familien Deutschland verlassen: Dora gelang die Flucht nach Argentinien, Ada wurde mit einem Teil der Familie jedoch von Frankreich aus nach Auschwitz deportiert und dort ermordet – wurde sie am 10. September 1942 nach Theresienstadt deportiert, wo sie am 13. Januar 1943, vermutlich infolge der dort herrschenden entsetzlichen Lebensumstände, starb.

Ihr vielseitiges sozial-caritatives Wirken manifestiert die große Bedeutung, die jüdischen Frauen gerade durch ihre Partizipation bei der Gestaltung des modernen Wohlfahrtsstaats, des sozialen Bildungswesens wie auch der Frauenbewegung zukommt. Es ist ein Verdienst Scheels, Lesser in diesem Zusammenhang einem breiten Publikum zu präsentieren. Wenig Raum bleibt dagegen für die Tatsache, dass gerade dieses Engagement im jüdischen Wohlfahrts- und Armenfürsorgewesen einem tief verwurzelten religiösen Grundprinzip des Judentums entspringt, einem auf sozialer Gerechtigkeit basierenden Wohltätigkeitsverständnis, das religiöse Praxis und sozialpolitisches Engagement im individuellen Handeln in Verbindung setzt. Dieses für viele jüdische Frauen, speziell des gehobenen Bürgertums, als Lebensaufgabe verstandene Handeln wurde nicht nur zum Motor für ihr Engagement in den einzelnen gemeindlichen, kommunalen wie auch reichsweiten Organisationen, sondern zugleich auch für die soziale Anerkennung und rechtliche Gleichstellung von (jüdischen) Frauen innerhalb der deutschen Gesellschaft des Kaiserreiches. Aus diesem Grund erscheint der Untertitel der Publikation zumindest etwas hinterfragenswert. Lessers Engagement fand, wie das vieler ihrer Zeitgenossinnen, nicht „Zwischen Frauenemanzipation und Wohlfahrtspflege“ statt, sondern vielmehr bewusst über die Entwicklung moderner Sozial- und Fürsorgearbeit gerade auch gezielt in ihrem Sinne.

Berlin

Christiane Scheidemann



**ARCHIV DES
LIBERALISMUS**

Friedrich Naumann Stiftung
Für die Freiheit.

in Kooperation mit



recensio.net



Online-Rezensionen des Jahrbuchs zur Liberalismus-Forschung 2/2021

Thomas Sirges: Die deutschen Friedensnobelpreiskandidaten in der Weimarer Republik 1919-1933.

Frankfurt a.M.: Peter Lang, 2020 (= Norwegische Beiträge zur Germanistik, Band 2), 473 S., 19 Abb., E-ISBN: 978-3-631-80884-9

Als am 10. Dezember 2021 der Friedensnobelpreis an die philippinische Journalistin Maria Ressa sowie an den russischen Chefredakteur der „Nowaja Gaseta“ Dmitri Muratow überreicht wurde, wurde seitens des Nobelkomitees ganz bewusst ein Zeichen gesetzt: Beide erhielten ihn für Ihre Bemühungen um die Wahrung der Meinungsfreiheit, welche die Voraussetzung für Demokratie und dauerhaften Frieden darstellt. Und damit wurde wiederholt deutlich: Der Friedensnobelpreis ist bis heute ein ‚eminent politischer Preis‘ als offenkundige Auszeichnung von Personen, in selteneren Fällen Organisationen oder Institutionen, die für den Schutz von Menschen, gegen Krieg, für Verständigung der Völker und den Erhalt von Frieden eintreten.

Thomas Sirges, Professor für Deutsche Kulturkunde an der Universität Oslo, hat sich bereits in einer früheren Publikation den vier bis heute geehrten deutschen Preisträgern in der 120jährigen Geschichte des weltweit wichtigsten Friedenspreises gewidmet (2013). Darüber hinaus führte er Untersuchungen über die weit- aus zahlreicheren vorgeschlagenen, manchmal sogar nominierten, letztlich aber nicht geehrten deutschen Friedensnobelpreiskandidaten im Kaiserreich durch (2017). Der 2020 erschienene Nachfolgebund über die Friedensnobelpreiskandidaten der Weimarer Republik ist Gegenstand dieser Rezension. Sirges' Untersuchung basiert quellenmäßig auf den, dem Norwegischen Nobelkomitee jährlich vorliegenden, schriftlichen Kandidatenvorschlägen, den ihnen zugrundeliegenden Rechenschaftsberichten und den im Falle der Akzeptanz als potentieller Kandidat verfassten Gutachten wie auch der Korrespondenz des Nobelinstituts (S. 10). Damit präsentiert er nicht nur interessante Informationen über die zwischen 1919 und 1933 zur Disposition stehenden deutschen Friedensnobelpreiskandidaten, über die Motivation der Personengruppen, die für diese Vorschläge verantwortlich waren und deren zeitgenössische Rezeption.

Vorgestellt werden auf diese Weise neunzehn Kandidaturen, darunter siebzehn namhafter Persönlichkeiten aus Wissenschaft, Kultur und Politik sowie von zwei Organisationen bzw. Institutionen. Von den letztlich für eine Preisverleihung zur Disposition stehenden vier deutschen Kandidaten, Harry Graf Kessler, Ludwig Quidde, Reichskanzler Hans Luther und Außenminister Gustav Stresemann war einer Kunstmäzen und Diplomat, zwei waren amtierende Politiker und nur Quidde war in der Friedensbewegung engagiert. Anders als während des Kaiserreiches war keine Frau unter den Kandidaten. Nicht verwunderlich ist die Tatsache, dass auch nach 1919 die Kandidaten zumeist aus (groß-)bürgerlichen Kreisen entstammten, nun aber zumeist aus der Metropole, nicht wie zuvor vorrangig aus den liberalen Hochburgen Süddeutschlands. Markant ist auch, dass es sich nach 1918 mehr um Professoren und Gelehrte handelte, erstmals auch ein Offizier und bezeichnenderweise auch aktive Staatsmänner zu den Kandidaten zählten. Eine



prozentuale Steigerung der deutschen Kandidatenzahl machte sich hingegen im Vergleich der beiden Epochen kaum bemerkbar.

Sirges schildert die wichtigsten Ergebnisse zur Geschichte der einzelnen Kandidaturen in systematisch-vergleichender Form. Den jeweiligen Kurzbiographien unter besonderer Berücksichtigung deren Bezugs zu friedenspolitischen und pazifistischen Idealen und Institutionen fügt er im Anhang ausgewählte Quellen der Kandidaten selbst oder über deren zeitgenössische Rezeption bei. Wenngleich ein großer Teil der Kandidaten in der organisierten politischen Friedensbewegung, etwa der Deutschen Friedensgesellschaft (DFG) aktiv engagiert war (Quidde, Foerster, von Gerlach, Schücking u.a.), so zeigt sich ebenso, dass dies nicht unbedingt eine genuine Haltung war, sondern z.T. erst einer sich im Zuge des Krieges und der politischen Entwicklung entfaltenden Grundhaltung entsprang. Generell stellt der Erste Weltkrieg eine Zäsur in der Praxis der Preisverleihung dar. So zielten Auswahlkriterien des Nobelkomitees nun gerade auf die Authentizität der friedenspolitischen/pazifistischen Haltung (in Bezug auf die Vorkriegszeit) ab und auf ein weitergefasstes internationales, weniger national konzentriertes Spektrum der friedenspolitischen Arbeit der Kandidaten. Ebenso minderten die noch bestehenden Vorbehalte gegenüber deutschen Kandidaten sowie eine zunehmende Zurückhaltung gegenüber ‚Friedenstheoretikern‘ oder auch Friedensorganisationen und der Vorzug gegenüber den in der internationalen Friedenpolitik praktisch agierenden Vertretern (S. 37) in einigen Fällen die Aussicht auf Erfolg (Damaschke, Deißmann). Alfred Nobels testamentarisch festgelegte Maßgabe für diese Auszeichnung, das Hauptaugenmerk bei der Auswahl auf ein intensives Wirken zugunsten von „Völkerverbrüderung“, „Beseitigung und Verminderung des stehenden Heeres“ sowie für die „Bildung und Verbreitung von Friedenskongressen“ zu legen, erlangte nach 1918 zwangsläufig eine besondere Geltung. Der Blick richtete sich nun nicht mehr nur auf friedenspolitische theoretische Konzeptionen, sondern auf eine neue multilaterale Entwicklung in der internationalen Nachkriegs- und Friedenpolitik. Die ‚Verrechtlichung von Politik‘ bzw. die ‚Politisierung des Rechts‘ gewann in der ‚Phase der (völkerrechtlichen) Verträge‘ und außenpolitischen Revision der 1920er Jahre eine ganz besondere Bedeutung. „Politische Erfahrung in einem internationalen Maßstab“ (S. 132) und eine immer weiterreichende internationale Wahrnehmung und Akzeptanz der Kandidaten wurden so zu Kriterien, die bereits einen Teil der deutschen Kandidaten ausschloss (z.B. Dorn, Foerster, Kessler, Münter, Siegmund-Schulze, von Schoenaich), andere dagegen eher hervorhob.

Die aktuelle Weltlage und der friedenspolitische Verdienst von realpolitisch agierenden Staatsmännern bestimmten in erheblichem Maße die Entscheidungen des Nobelkomitees mit. So ist es auch erklärlich, dass gerade in zwei aufeinander folgenden Jahren (1926 und 1927) im Zuge der Locarno-Politik (erstmalig) ein deutscher aktiver Staatsmann und ein Friedensaktivist für ihre Leistungen zugunsten der deutsch-französischen Verständigung und eine friedliche Zusammenarbeit der Völker ausgezeichnet wurden; und dies gleichzeitig mit deren französischen Kollegen – als Außenminister in der Person von Gustav Stresemann und Aristide Briand, als Friedensaktivisten bzw. Pazifisten mit Ludwig Quidde und Ferdinand Buisson. Auch der Friedensnobelpreis des Vorjahres, 1925, der Austen Chamberlain (Beteiligung am Locarno-Vertrag) und Charles Gates Dawes (Begründer des Dawes-Plans) überreicht wurde, wie ebenso der an Frank Billings Kellogg 1929 als amerikanischem Verhandlungspartner beim Briand-Kellogg-Pakt stehen in einem solchen Kontext und manifestieren zugleich ein taktisches Kalkül des Komitees bei der Berücksichtigung der am internationalen Verständigungsprozess beteiligten Staaten und der nach außen sichtbaren Förderung dieser Politik.

Sirges liefert eine detaillierte, intensiv recherchierte, manchmal etwas zu akribisch dokumentierte Studie, die vor allem Informationen über die wenig bekannte große Anzahl der deutschen Kandidaten in der Vorauswahl bietet, darunter Theologen, Bodenreformer oder Zoologen, aber auch Schriftsteller wie Erich Maria Remarque oder die schillernde Persönlichkeit Harry Graf Kessler. Mag manche kurzbiographische Darstellung etwas frei in der spekulativen Beurteilung

sein, so vermitteln sie insgesamt einen breiten Überblick über die deutsche Friedens- und Pazifismusbewegung, deren Vertreter und deren Rezeption im Ausland. Einführende Erklärungen über das komplizierte Auswahlverfahren des Nobelkomitees, seine Zusammensetzung und den Ablauf der Entscheidungsphasen sind sehr hilfreich.

Berlin

Christiane Scheidemann



**ARCHIV DES
LIBERALISMUS**

Friedrich Naumann Stiftung
Für die Freiheit.

in Kooperation mit



recensio.net



Online-Rezensionen des Jahrbuchs zur Liberalismus-Forschung 2/2021

Michael A. Meyer: Leo Baeck. Rabbiner in bedrängter Zeit. Eine Biographie.

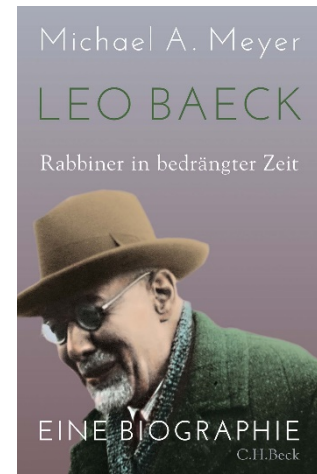
München: C. H. Beck, 2021, 364 S., ISBN: 978-3-406-77378-5

Bedenkt man Leo Baecks späteres Renommee, war der Anfang seines Lebens eher unscheinbar. 1873 kam er in der Posener Kleinstadt Lissa unweit der deutsch-polnischen Grenze in einer Rabbinerfamilie zur Welt. Der Vater wies ihn in die Quellen jüdischer Gelehrsamkeit ein, die gleichfalls aus einem traditionellen Haus stammende Mutter sorgte für das Wohl der elfköpfigen Familie. Leo Baecks Jugend scheint bemerkenswert glücklich gewesen zu sein. Jedenfalls erinnerte er sich gern an das deutsch-jüdische Zusammenleben, das er einmal mit den elegischen Worten charakterisierte: „Es ist eine versunkene Welt, aber es war doch eine Welt.“ (S. 19). Freilich bleiben gewisse quellenkritische Zweifel bestehen, da Originaldokumente fehlen und der Blick zurück oft manches verklärt.

Schon früh entschied sich Leo Baeck dafür, dem väterlichen Vorbild zu folgen. Mit 17 Jahren verließ er Posen, um an den angesehenen jüdischen Ausbildungsstätten in Breslau und Berlin zu studieren. 1897 legte er das Rabbinats-examen ab und erhielt die erste Stelle. Seine berufliche Tätigkeit in Oppeln, Düsseldorf und schließlich Berlin nahm er sehr ernst. Um für alle Besucher der Synagoge verständlich zu sein, ließ Baeck sich sogar von einer Schauspielerin Sprechunterricht geben. Charakteristisch für ihn war ein streng sachlicher Argumentationsstil. Anfangs dürfte dies in den Gemeinden für Irritation gesorgt haben, aber das nüchterne Auftreten passte zu seinen rationalistischen Überzeugungen. Traditionsbewusst, gebildet und tolerant plädierte er für ein liberales Judentum, das sich am Ideal der Gerechtigkeit orientierte.

Baecks Einstellung zu seinem Beruf war von einer tiefgreifenden Ambivalenz geprägt. Er reagierte aufgeschlossen auf neue geistige Strömungen und hegte gleichzeitig Sympathien für konservative Werte, die bei einem liberalen Rabbiner erstaunen mussten. Seiner intellektuellen Kreativität und seinem politischen Engagement schadete dies nicht. Energisch trat er Adolf Harnack entgegen, der in seinen Vorlesungen über das Wesen des Christentums eine Vorrangstellung der eigenen Religion behauptet hatte, und machte sich als Verteidiger des Judentums einen Namen. Damit verbunden war eine beträchtliche Skepsis gegenüber dem Luthertum, das er im Unterschied zum Calvinismus als allzu autoritätshörig betrachtete. Große Hochachtung brachte er Hermann Cohen entgegen. Mit dem Haupt der Marburger Schule des Neukantianismus teilte er nicht nur das Interesse an den Quellen des Judentums, sondern auch die Überzeugung, dass sich der Mensch zuerst vor Gottes sittlichen Geboten zu bewähren habe. Im Unterschied zu Cohen stand Baeck allerdings auch dem Zionismus offen gegenüber. Bei allem Einsatz für universale Werte schien es dem liberalen Rabbiner nicht verwerflich, für das jüdische Volk einen sicheren Ort zu fordern.

Viele Vorstellungen aus der Jugend behielten für Baeck ihre Verbindlichkeit. Im Ersten Weltkrieg identifizierte er sich mit dem preußischen Staat und war einer der ersten von sechs Feldrabbinern. Baeck erfüllte seine Pflichten genau, obwohl die bei Kriegsbeginn geäußerten Hoffnungen



auf vollständige Integration gewiss illusionär waren. Gleichzeitig ist seine intellektuelle Aufgeschlossenheit bemerkenswert. Er konnte utopischen Vorstellungen vom „neue[n] Juden“ (S. 91) etwas abgewinnen und begeisterte sich für Rudolf Ottos Gedanken vom „Heiligen“. Außer Frage stand die schroffe Ablehnung des Machtstaats, der ohne ein rechtliches Fundament notwendig zur Selbstzerstörung führen müsse. Baeck war keineswegs blind für die Schattenseiten des Kaiserreichs, aber er weigerte sich, ihnen größere Bedeutung zuzumessen. Besonders deutlich zeigt sich der normative Zug seiner Weltsicht beim Umgang mit dem seit 1914 rasch stärker werdenden Antisemitismus. Weil er annahm, dass die Tage dieser Ideologie ohnehin gezählt seien, lehnte er es ab, sich mit ihren hassefüllten Vorurteilen auseinanderzusetzen.

Baeck konzentrierte seine Kritik auf die Vorstellungen „romantischer Religion“, die seiner Auffassung nach den zeitgenössischen Protestantismus viel zu stark prägten. Hier sah er die tiefere Ursache für eine Gefühlsseligkeit, die mit der scharfen Akzentuierung sittlicher Prinzipien, dem „du sollst“ der Bibel, unvereinbar sei (S. 95). Das war eine einseitige Beurteilung des Christentums, die mit einer skeptischen Einschätzung des Zeitgeists einherging. Baeck argwöhnte, dass die Weimarer Republik mit ihrem Kult des Individuums die Stabilität religiöser Gemeinschaften gefährde. Seine Sympathie galt aristokratischen Denkern wie dem Grafen Keyserling, die Überzeugungen des Kaiserreichs in die Republik hinüberretten wollten. Trotz beträchtlicher Offenheit für neue Entwicklungen hielt Baeck in hohem Maße an der Tradition fest. Erstaunlicherweise schaffte er es immer wieder, sein komplexes Weltbild nach außen zu vermitteln; vielleicht, weil seine Persönlichkeit über allen Zweifel erhaben war. Als gesprächsbereite Integrationsfigur bekleidete er seit den zwanziger Jahren wichtige Positionen, die vom Vorsitz des Rabbinerverbands bis zur Präsidentschaft der B’nai-B’rith-Logen reichten.

Baecks Idealismus begünstigte gelegentlich Illusionen. Wie viele deutsche Juden glaubte er, dass die „Machtergreifung“ der Nationalsozialisten ein „Regimewechsel“ (S. 130), aber kein fundamentaler „Umschwung“ sei. Oder er bezeichnete Hindenburg als einen „Felsblock“ (S. 131), der Hitlers diktatorische Wünsche bekämpft habe. Doch die Beurteilung des Nationalsozialismus als menschenverachtend stand für ihn außer Frage. Acht Monate nach der „Machtergreifung“ wurde er Präsident der Reichsvertretung deutscher Juden – ein ungemein schwieriges Amt, das gleichzeitig Kooperation und Selbstbehauptungswillen erforderte. In welchem Ausmaß dies Baeck gelang, ist von jeher umstritten, kein Zweifel besteht an der Lauterkeit seiner Gesinnung, mit der er bedrängten Glaubensgenossen beistand und den Durchhaltewillen stärkte. Die dringend notwendige Armenfürsorge reorganisierte er von Grund auf.

Das Leben wurde für Baeck immer schwerer: 1937 starb seine Frau Ruth, die ihm eine große Stütze gewesen war. Die Novemberpogrome 1938 machten unmissverständlich deutlich, worauf die nationalsozialistische Judenpolitik zielte, und im Herbst 1941 begannen die Deportationen. Schon früh wusste Baeck um die Vernichtungslager im Osten, aber er weigerte sich, die Betroffenen zu informieren – vielleicht, weil er ihnen in ihrer ausweglosen Situation nicht die letzte Hoffnung nehmen wollte. Im Januar 1943 kam er selbst nach Theresienstadt, ein Lager, das die Nationalsozialisten in ihrem grenzenlosen Zynismus gern zum friedlichen Altersheim stilisierten. Dort starben seine drei Schwestern und unzählige andere Menschen. Er selbst scheute keine Gefahr, spendete immer wieder Trost und überlebte bis zur Befreiung.

In der Nachkriegszeit war Baeck ein Gegner aller faulen Kompromisse. Er hob die Brutalität der Hitler-Jugend hervor und monierte, dass der weithin geschätzte Historiker Friedrich Meinecke einen kulturellen Neuanfang beschwor, aber über den moralischen „Bankrott der Universitäten“ nach 1933 schwieg. Von gegenseitiger Achtung war hingegen der Kontakt zu Theodor Heuss geprägt, der in dem Gelehrten „einen modernen Nathan“ sah (S. 261). Rasch wurde der in London lebende Baeck zu einer hoch geachteten internationalen Figur. In den USA, deren demokratische Kultur er bewunderte, stellte er sich in die freiheitliche Tradition Abraham Lincolns. Er begrüßte die israelische Staatsgründung, warnte aber schon bald vor Anmaßungen des dortigen Oberrab-

binats. Gleichzeitig war sein Sinn für Selbstkritik in einem langen Leben nicht schwächer geworden: Schiere Apologie stoße rasch auf Grenzen, nur ein Judentum mit „Ecken und Kanten“ werde auf ehrliche Menschen „Eindruck machen“ (S. 285).

Michael A. Meyer hat eine souveräne Biographie geschrieben, die auf knappem Raum eine Vielzahl schwieriger Probleme meistert. Baecks konservative Überzeugungen, die heute so leicht irritieren, deutet er als wichtige Quelle moralischer Prinzipientreue. Dies ist mutig und zugleich bedenkenswert. Die Kraft, die Baeck in der Zeit des Nationalsozialismus brauchte, können wir nur ahnen. Dies gilt insbesondere für seine Entscheidung, das Wissen um die Judenvernichtung für sich zu behalten. Wie immer man dies beurteilt, augenfällig ist, dass bei Baeck „keine Kluft zwischen dem, was er predigte, und dem, was er tat“ (S. 307), existierte. Dank seiner Prinzipienfestigkeit, Menschenliebe und Umsicht wurde er zu einer bestimmenden Gestalt des deutschen Judentums.

Marburg

Ulrich Sieg



**ARCHIV DES
LIBERALISMUS**

Friedrich Naumann Stiftung
Für die Freiheit.

in Kooperation mit



recensio.net



Online-Rezensionen des Jahrbuchs zur Liberalismus-Forschung 2/2021

Dominik Geppert: Geschichte der Bundesrepublik Deutschland.

München: C.H. Beck, 2021 (= C.H. Beck Wissen, Band 2929), 128 S., ISBN: 978-3-406-77342-6

Der vorliegende kurze Band zur Geschichte der Bundesrepublik Deutschland von Dominik Geppert, Professor für die Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts an der Universität Potsdam, ist nicht der erste und wird auch nicht der letzte seiner Art sein. Zweifellos originell erscheint der Ansatz, den Geppert auf den ersten Seiten seiner Untersuchung darlegt: „Sie skizziert den Wandel politischer Konstellationen und gesellschaftlicher Spannungslagen, ökonomischer Herausforderungen, intellektueller Strömungen und mentaler Dispositionen“ (S. 6).

Das ist zweifellos ein großes Programm für 128 Seiten! Geppert orientiert sich klassisch an „wirtschaftlichen Großwetterlagen, tektonischen Verschiebungen im Parteienspektrum und der Rückbindung an die internationale, speziell europäische Politik“. Letzteres grenzt ihn vorteilhaft von älteren Studien ab. Geppert versteht es nämlich, die äußerst komplexe Geschichte der Bundesrepublik in außenpolitischem Wechselspiel mit der DDR und dem Prozess der Europäischen Integration zu verbinden. Dies auf wenigen Seiten nachvollziehbar und auch für Studierende logisch verständlich zu schreiben, ist die besondere Leistung dieses Bandes.

Dennoch verliert der Autor nicht sein Hauptziel aus den Augen, die Geschichte der Bundesrepublik in ihren politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Facetten nachzuzeichnen. Die Politik in ihren wirtschaftlichen Zusammenhängen gewinnt hier Oberhand, die Gesellschafts- und Mentalitätsgeschichte kommen in den ersten beiden Kapiteln noch vor, dann werden sie in den nächsten Kapiteln gestreift, um wieder 1989/90 prominent in den Vordergrund zu treten.

Doch zurück zum Anfang: Im ersten Kapitel „Neuanfang und Wiederaufbau (1945-1958)“ schildert Geppert die Gründung der Bundesrepublik und die schwierige Konstellation beider deutscher Staaten zwischen den entstehenden und sich immer mehr verfestigenden Blöcken. Das zweite Kapitel „Reform und Revolte (1958-1973)“ grenzt sich davon ab. Denn nun, nach der „Bildung und Stabilisierung staatlicher Institutionen“ (S. 27) der 1950er Jahre, interpretiert Geppert die 60er und beginnenden 70er Jahre als Phase der Dynamisierung und Liberalisierung, die er mit der Analyse von Wirtschaftsboom, Verschiebungen in der Parteienlandschaft, verstärkter Medialisierung, Protestbewegung und dem Wandel in der Deutschland- und Ostpolitik belegt.

Im dritten Kapitel charakterisiert Geppert die 70er Jahre in wirtschaftlicher Hinsicht als „Epoche einer allmählichen Normalisierung“ (S. 51). Dies galt keinesfalls für die Mentalitätsgeschichte Europas und der Bundesrepublik, die von innerem und äußerem Terror erschüttert wurde, und für die Beziehungen der Blöcke, die sich im Kalten Krieg gegenüberstanden. Folgerichtig betitelt Geppert die Zeit zwischen 1973 und 1985 mit „Bedrohte Sicherheit“. Das vierte Kapitel „Transformation und Beharrung (1985-1999)“ analysiert in kurzer wie treffender Weise die Transformation des Ostblocks, die Beharrung der DDR-Führung und ihre Ohnmacht gegenüber dem Zusammenbruch des eigenen Herrschaftsbereichs, den das eigene Volk miteingeleitet hatte. Die



Erzählung gerät hier sehr dicht und kommt zu dem wohlüberlegten Schluss, dass die ostdeutsche Gesellschaft an gewaltigen kollektivpsychologischen Folgen litt [und immer noch leidet, I.S.]. Eine Gesellschaft, die sich eben über vierzig Jahre hinweg „weniger über Besitz, als über Arbeit zu definieren gelernt hatte“ (S. 76), deren Freizeitleben staatlich und betrieblich durchorganisiert worden war, musste in der Bundesrepublik erst einmal ankommen.

Im fünften Kapitel „Aufbruch in die Berliner Republik (1999-2008)“ erzählt Geppert die Geschichte einer neuartigen Republik, die gekennzeichnet war von „einem schleichenden Wandel von Verfassungswirklichkeit, gesellschaftlichem Selbstverständnis und den Rahmenbedingungen politischen Handelns: eine Umgründung in Stufen“ (S. 86). Als ersten wirklichen Machtwechsel in der Geschichte der Bundesrepublik bezeichnet Geppert den Machtwechsel von 1998 zur Regierung Gerhard Schröder mit dem Außenkanzler Joschka Fischer. Ob jedoch gerade diese Regierung ein neues Leitbild und Selbstbild einer Regierung symbolisierte, „die einer toleranten, wirtschaftlich leistungsfähigen, umweltbewussten, kulturell diversen und sozial gefestigten Republik aktiver Bürger“ (S. 90) vorstand, erscheint in der Rückschau etwas zu euphemistisch.

Das sechste und letzte Kapitel schließlich ist betitelt mit „Globalisierung und ihre Grenzen (2008-2021)“ und kann als Krisenkapitel gelesen werden. Geppert thematisiert die Finanzkrise, die Radikalisierung der politischen Ränder u.a. in der Bundesrepublik, die Ost-West-Spaltung im Land in neuer Relevanz, aber auch eine Krise der europäischen Integration, der europäischen Staatengemeinschaft. Sehr spannend gelingt am Ende das Teilkapitel „Die Methode Merkel“ die den Stil und die Strategie der langjährigen Kanzlerin deutlich von ihren Vorgängern abgrenzt.

Als Fazit bleibt am Ende der Lektüre, dass Geppert sein Bild der Geschichte der Bundesrepublik, das er am Anfang zeichnet, eingelöst hat: „Es ging und geht in ihr [der Geschichte der Bundesrepublik, I.S.] immer auch um die Herausbildung einer sich wandelnden staatlichen und gesellschaftlichen Identität, die in der Lage ist, Leitideen zu verkörpern“ (S. 7). Dies hat Geppert mit seinem kurzen Band bewiesen.

Aachen

Ines Soldwisch



**ARCHIV DES
LIBERALISMUS**

Friedrich Naumann Stiftung
Für die Freiheit.

in Kooperation mit



recensio.net

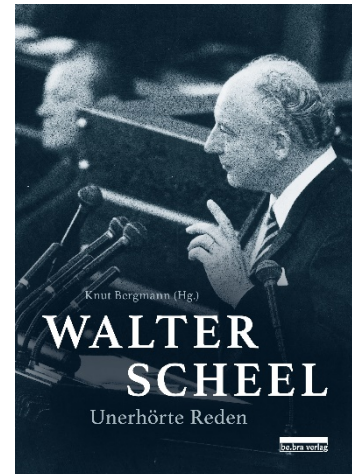


Online-Rezensionen des Jahrbuchs zur Liberalismus-Forschung 2/2021

Knut Bergmann (Hrsg.): Walter Scheel. Unerhörte Reden.

Berlin: be.bra Verlag, 2021, 336 S., zahlr. Abb., ISBN: 978-3-89809-188-6

Walter Scheel ist weithin in Vergessenheit geraten. Den Älteren ist der FDP-Politiker noch als vierter deutscher Bundespräsident in Erinnerung, manchem auch durch das Volkslied „Hoch auf dem gelben Wagen“, das der damalige Außenminister 1973 bei einer Spendengala zugunsten der „Aktion Sorgenkind“ in der ZDF-Show „Drei mal Neun“ zum Besten gab. Gemeinhin wird er als „rheinische Frohnatur“ und „politisches Leichtgewicht“ charakterisiert. Doch dieses Urteil ist schief und wird der Bedeutung dieses Liberalen in keiner Weise gerecht. Ein differenzierteres Bild versucht nun der von Knut Bergmann herausgegebene Band „Walter Scheel. Unerhörte Reden“ zu zeichnen, der sich der Person des früheren Bundespräsidenten auf etwas ungewöhnliche Weise zu nähern versucht.



Anhand von 16 Reden werden der politische Lebensweg Scheels und die verschiedenen Stationen seiner beeindruckenden Karriere exemplarisch herausgearbeitet: erster Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit im letzten Kabinett Adenauer und in der Regierung Erhard (1961–1966), Vizepräsident des Deutschen Bundestages (1967–1969), Bundesvorsitzender der FDP seit 1968, Außenminister der sozial-liberalen Koalition unter Willy Brandt und schließlich von 1974 bis 1979 vierter Bundespräsident der Bundesrepublik Deutschland. Als Scheels Amtszeit fünf Jahre später endete, war er noch nicht 60 Jahre alt. Parlamentarische Erfahrungen konnte Scheel im Übrigen auf allen politischen Ebenen sammeln: als Stadtverordneter in Solingen, als Landtagsabgeordneter in Nordrhein-Westfalen, als Bundestagsabgeordneter und als Mitglied des Europäischen Parlaments.

Die abgedruckten Reden, die beispielhaft für die verschiedenen politischen Stationen sind, behandeln zentrale Themen ihrer Zeit, die Entwicklungspolitik, den gesellschaftlichen Wandel, die politische Einigung Europas, die deutsche Einheit, die Integration von Gastarbeitern und Ausiedlern oder die Bedrohung durch den RAF-Terrorismus. Im Textkorpus findet sich auch Scheels Rede zum Misstrauensvotum der CDU/CSU-Bundestagsfraktion gegen Willy Brandt im April 1972. Die Hälfte der Reden erinnern an Scheels Amtszeit als Bundespräsident, zu der nicht weniger als 250 Redemanuskripte vorliegen. Den einzelnen Reden werden kurze Essays vorangestellt, die der historischen Kontextualisierung und Einordnung dienen und aus der Feder von Ewald Grothe, des Leiters des Archivs des Liberalismus der Friedrich-Naumann-Stiftung, von Gundula Heinen, der langjährigen Mitarbeiterin im Bundespräsidialamt, und Knut Bergmann, des früheren Grundsatzreferenten im Bundespräsidialamt und nunmehrigen Leiters des Hauptstadtbüros des Instituts der deutschen Wirtschaft, stammen. Bergmann zeichnet auch für die instruktive, gut dreißig Seiten lange Einleitung verantwortlich.

Hat man anfangs eine zähe, langweilige Lektüre befürchtet, so wird man rasch eines Besseren belehrt. Die Reden und die ausgesprochen lesenswerten Essays begleiten den Leser in eine spannungs- und abwechslungsreiche Zeit und illustrieren auf ihre Weise die keineswegs zu ge-

ring zu veranschlagende Bedeutung dieses liberalen Politikers. Es zählt im Übrigen zu den Verdiensten dieses Bandes, dass er wieder an Scheels Rede zum 30. Jahrestag des Kriegsendes erinnert. Denn Scheel steht gemeinhin im Schatten seines Nach-Nachfolgers Richard von Weizsäcker, dessen Ansprache zum 40. Jahrestag 1985 allgemeine Beachtung gefunden hat. Vergessen wird dabei, dass bereits Scheel in seiner Rede 1975 den 8. Mai als Tag der „Befreiung“ bezeichnet hatte. Dass die beiden Reden sich in Aufbau, Struktur und Stil weitgehend ähnelten, lag nicht zuletzt daran, dass beide Präsidenten mit Michael Engelhard denselben Redenschreiber hatten. Dennoch ging Scheels Rede nicht in das kollektive Gedächtnis ein, was nicht nur am Tag und am Rahmen der Veranstaltung – Scheel hielt seine Rede am 6. Mai in einer Kirche, Weizsäcker am 8. Mai während einer Gedenkveranstaltung des Bundestages –, sondern auch an den allgemeinen Zeitumständen und dem in den 1970er Jahren weit verbreiteten Wunsch nach Vergessen gelegen haben mochte.

Insgesamt handelt es sich bei diesem Buch um einen gelungenen Versuch, den früheren FDP-Vorsitzenden und Bundespräsidenten Walter Scheel wieder in Erinnerung zu rufen. Man kann an dieser Stelle nur die Hoffnung aussprechen, dass diesem Band bald auch eine wissenschaftlichen Ansprüchen genügende Biographie folgen möge.

Berlin

Volker Stalman



**ARCHIV DES
LIBERALISMUS**

Friedrich Naumann Stiftung
Für die Freiheit.

in Kooperation mit



recensio.net



Online-Rezensionen des Jahrbuchs zur Liberalismus-Forschung 2/2021

Andreas Braune / Michael Dreyer (Hrsg.): Weimar und die Neuordnung der Welt. Politik, Wirtschaft, Völkerrecht nach 1918.

Stuttgart: Franz Steiner Verlag, 2020 (= Weimarer Schriften zur Republik, Band 11), 326 S., ISBN: 978-3-515-12676-2

Der vorliegende Sammelband geht auf eine bereits 2016 stattgefundene Tagung der Forschungsstelle Weimarer Republik und des Weimarer Republik e.V. zurück, die in den letzten Jahren eine beeindruckende Produktivität entfalteten und mit den „Weimarer Schriften zur Republik“ eine von der Forschung vielfach beachtete Reihe etablieren konnten.

Der Titel verweist bereits auf den Themenschwerpunkt des Bandes, der die verschiedenen Neuordnungsversuche in den Bereichen der internationalen Politik, des Völkerrechts und der internationalen Wirtschaftsordnung in den Blick zu nehmen versucht. Dabei gliedert er sich in vier Abschnitte, die sich den Akteuren und Ansätzen der deutschen Außenpolitik, der politischen und völkerrechtlichen Neujustierung Europas und der Welt, den anti-liberalen Ordnungsentwürfen der radikalen Linken und Rechten sowie der Krise und der Neuordnung des Liberalismus und der Weltwirtschaft widmen.

Ausgangspunkt des ersten Themenkomplexes ist die Frage, ob nach 1918 ein Paradigmenwechsel in den auswärtigen Beziehungen von einer sich an machtsstaatlichen Traditionen orientierenden hin zu einer auf Multilateralismus, Verständigung und rechtlichen Einbindungen und Verpflichtungen basierenden Außenpolitik gelang. Der Beitrag von Rainer Behring über den sozialdemokratischen Reichskanzler und Außenminister Hermann Müller zeigt sehr deutlich, dass der Anteil der Sozialdemokratie an der Außenpolitik der Republik höher eingeschätzt werden muss, als dies bislang der Fall war. Zwar ging es auch Müller um eine Revision der Pariser Friedensordnung, doch entwickelten er und seine Partei bereits früh Maßstäbe einer neuen deutschen Außenpolitik, die auf den Pfeilern einer friedlichen Streitschlichtung, eines auszubauenen Völkerrechts, der nationalen Selbstbestimmung und der Rüstungsbegrenzung beruhen sollte. Man mag an dieser Stelle ergänzen, dass die SPD auch die erste und einzige Partei in der Weimarer Republik war, die in ihrem Heidelberger Programm von 1925 mit der Forderung nach den Vereinigten Staaten von Europa eine europäische Zielvorgabe formulierte.

Dass der späteren Verständigungspolitik Stresemanns früh vorgearbeitet wurde, illustriert auch der Beitrag Wolfgang Michalkas über den linksliberalen Außenminister des Jahres 1922, Walther Rathenau, der die Bedeutung der Wirtschaft nicht nur für die Wiederherstellung der deutschen Großmachtstellung, sondern auch für die Kooperation mit dem Westen früh erkannte. Die Schwierigkeit, einen Gleichklang von Diplomatie und Wirtschaft zu erzielen, dokumentiert in diesem Zusammenhang die von Karl Heinrich Pohl behandelte Gründung der Internationalen Rohstahlgemeinschaft von 1926. Ihre Genese illustriert, wie sehr die am wirtschaftlichen Eigeninteresse und damit an primär nationalen Gesichtspunkten orientierte deutsche Schwerindustrie



der von Stresemann betriebenen Verständigungs- und Aussöhnungspolitik mit Frankreich Grenzen setzte. Der folgende Beitrag von Elisabeth Piller über die „Diplomatie des Mitleids“ wirft sodann einen Blick auf die zivilgesellschaftlichen Bemühungen, amerikanische Hilfslieferungen für hungernde deutsche Kinder zu initiieren, Bestrebungen, die von der deutschen Regierung nicht nur mitgetragen, sondern auch für ihre revisionistischen Ziele genutzt wurden.

Das zweite Panel rückt die unterschiedlichen Versuche, nach dem ersten Weltkrieg eine neue friedenssichernde Ordnung in Europa und der Welt zu etablieren, in den Fokus. Die Autoren arbeiten zu Recht die Ambivalenzen jener Zeit heraus, einer Zeit, in der mit dem Völkerbund zwar eine Institution zur Förderung der internationalen Kooperation und der Friedenssicherung ins Leben gerufen wurde, man jedoch im Umgang mit den Kriegsverlierern noch dem überkommenen Machtstaatsgedanken verhaftet blieb. Die krisenhafte Entwicklung der Weimarer Republik ordnet Boris Barth dabei in einen europäischen Kontext ein, der durch Nachkriegsgewalt, Ethnisierungen und ökonomische Verwerfungen gekennzeichnet war. Dennoch erhielt der Wunsch nach einer völkerrechtlichen Neuordnung Mitte der zwanziger Jahre neue Impulse. Diesem Ziel war der Briand-Kellogg-Pakt zur Ächtung des Krieges verpflichtet, dessen Entstehung, Eigenschaften und Problematik Bernhard Roscher nachzeichnet. Die ersten Ansätze eines europapolitischen Diskurses findet in dem informativen Beitrag Florian Greiners Berücksichtigung, der neben den vielfältigen Europaideen, den am Beispiel des Europa-Plans Briands von 1929 behandelten politischen Europavorstellungen auch die Europäisierung der Alltagskultur und Erfahrungsräume thematisiert. Einer transnationalen Perspektive verpflichtet ist wiederum Markus Lang, der die Vorbildfunktion der Weimarer Reichsverfassung für die Verfassungsentwicklung Südamerikas am Beispiel Chiles fokussiert.

Wie umstritten eine auf Verständigung und Multilateralismus gegründete Nachkriegsordnung war, illustriert der dritte Abschnitt, in dem die zumal anfangs an der Kategorie der Klasse ausgerichteten Ordnungsvorstellungen der Komintern und der von ihr abhängigen KPD (Bernhard H. Beyerlein) sowie die rassistisch grundierten Neuordnungsentwürfe der radikalen Rechten am Beispiel Oswald Spenglers und Hans F. K. Günther (Stefan Breuer) scharf konturiert werden.

Der letzte Themenkomplex problematisiert schließlich die Krise der liberalen Wirtschaftsordnung nach dem Ersten Weltkrieg. Dabei werden nach einem Blick auf die Internationale Handelskammer in Paris und die Handelsschiedsgerichtsbarkeit als Ausdruck europäischer Verständigungspolitik (Jakob Zellmann) die Herausforderungen des ordnungsökonomischen Denkens durch die Zunahme des staatlichen Interventionismus auf dem Gebiet der Sozialpolitik und Lohngestaltung, durch Kartellierung, Preisinterventionen und Protektionismus (Gerhard Wegner) thematisiert. In einem instruktiven Beitrag über die Wirtschaftspolitik Brünnings während der Weltwirtschaftskrise wird die Deflationspolitik in international vergleichender Perspektive fokussiert (Roman Köster). Deutlich wird, dass die Inflationserfahrungen in zahlreichen europäischen Staaten einen deflationären Konsens begründeten, der in der Weltwirtschaftskrise eine dem Beispiel Großbritanniens von 1931 folgende Währungsabwertung als wirksame Gegenmaßnahme erschwerte. Im europäischen Vergleich war die Deflationspolitik Brünnings mithin keineswegs singulär und erschien in jener Zeit auch als durchaus rational. Der letzte Aufsatz geht schließlich der Neubegründung des Liberalismus und der Ausformulierung des Neoliberalismus in Abgrenzung von früheren Laissez-Faire-Vorstellungen und unter Berücksichtigung des Bereichs der Sozialpolitik nach (Hagen Schulz-Forberg).

Mag der Sammelband mitunter auch als etwas disparat empfunden werden und als Summe von teilweise ausgesprochen lesenswerten Einzelbeiträgen denn als geschlossenes Ganzes erscheinen, so kann er doch das Bild der ersten parlamentarischen Demokratie um kenntnisreiche neue Einsichten ergänzen. Deutlich wird, wie sehr die Zwischenkriegszeit eine „Phase des Umbruchs und von Suchbewegungen“ (S. XII) war, in der neue, in die Zukunft weisende Ideen wie Multilateralismus, Verrechtlichung, Streitschlichtung und Friedenssicherung sich gegen machtstaatliche Denkkategorien des 19. Jahrhunderts durchzusetzen versuchten. Der Vorzug des Bandes liegt auch in der Einbettung der politischen und wirtschaftlichen Krise der Weimarer Republik in

den breiteren Kontext der europäischen Entwicklungen und in der damit verbundenen Weitung der Perspektive.

Berlin

Volker Stalman



**ARCHIV DES
LIBERALISMUS**

Friedrich Naumann Stiftung
Für die Freiheit.

in Kooperation mit



recensio.net

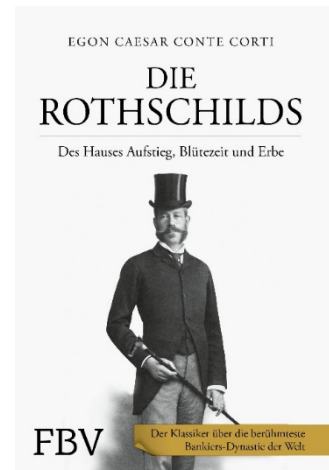


Online-Rezensionen des Jahrbuchs zur Liberalismus-Forschung 2/2021

Egon Caesar Conte Corti: Die Rothschilds. Des Hauses Aufstieg, Blütezeit und Erbe.

München: Finanzbuch Verlag, 2021, 294 S., ISBN: 978-3-95972-484-5

Um die Familie Rothschild ranken sich viele Geschichten. Dies war bereits nach einigen Jahren des Aufstiegs der Fall und setzte sich über das 19. und 20. Jahrhundert fort. Nicht immer waren die Berichte, Erzählungen und Gerüchte positiv oder zumindest auf Ausgleich bedacht. Aufgrund ihrer jüdischen Herkunft und des sagenhaften Reichtums, dessen Grundstein in den Napoleonischen Kriegen gelegt wurde, schwebten bei Widersachern der Familie oft antisemitische Töne mit. Für erklärte Gegner von Kapitalismus und Liberalismus boten und bieten die Rothschilds eine willkommene Projektionsfläche. Neben einem unappetitlichen rechten wie linken Antisemitismus sind es Weltverschwörungsmythen, die z.B. aus der früheren Tätigkeit des französischen Staatspräsidenten Emmanuel Macron für das Bankhaus Rotschild & Cie. eine Einflussnahme der Hochfinanz konstruieren. Insofern ist es angenehm, einmal eine Familiengeschichte dieser zweifelsohne einflussreichen Familie aus der Feder eines Insiders zu lesen. Der Autor Egon Caesar Conte Corti ist definitiv eine Koryphäe auf diesem biographischen Gebiet. Graf Corti, Jahrgang 1886, entstammte einem alten lombardischen Adelsgeschlecht, welches zu KuK-Zeiten auf Seiten der österreich-ungarischen Doppelmonarchie stand. Er diente als KuK-Offizier, um sich nach dem 1. Weltkrieg zu einem anerkannten Schriftsteller und Verfasser von Lebensgeschichten wichtiger Persönlichkeiten des 19. Jahrhunderts zu entwickeln. Seine tiefgehenden Kontakte zur Hocharistokratie öffneten Corti Türen zu Familien und Archiven, die anderen Forschern und Autoren verschlossen blieben.



Viele mögen davor zurückschrecken, ein solches bereits 1927/1928 erschienenenes Buch zu lesen, da es als antiquiert erscheinen mag und die vorliegende Neuauflage von 2021 sich auf diese alte, nur geringfügig überarbeitete und um ein Schlusskapitel von Walter Gong ergänzte Ausgabe von 1975 bezieht. Zudem ist am heute ein wenig altmodisch erscheinendem Schreibstil Cortis wenig geändert worden. Aber genau dies macht den Charme dieses Buches aus. Bei der Lektüre gelingt es dem Leser deutlich leichter in die Gedankenwelt des 19. Jahrhunderts einzutauchen, da Graf Corti schon rein zeitlich genau zwischen der damaligen und unserer heutigen Zeit steht. Er wirkt somit quasi als Mittler zu einer längst vergangenen Epoche. Es ändert zudem nichts an der Tatsache, dass das Buch ausgesprochen flüssig und spannend geschrieben ist. Angenehm ist auch, dass dem Buch jegliche Anbiederung an den heutigen Zeitgeist fehlt, z.B. durch eine kulturmarxistische „woke-“ Sprache, Eliminierung alter Begrifflichkeiten oder übertriebenes Gendern.

Das Buch entführt den Leser zunächst in die Zeit des ausgehenden 18. Jahrhunderts, als Meyer Amschel Rothschild (1744-1812) den Grundstein für das Finanzimperium seiner Familie legt. Die bedrückende Stimmung im Frankfurter Judenghetto wird förmlich spürbar. Im Folgenden verbindet Corti die spannende Geschichte Europas mit derjenigen der Rothschilds als europäischer Familie mit deutsch-jüdischen Wurzeln. Das, was der Leser aus seinem Geschichtsunterricht oder aus Geschichtsbüchern kennt, verbindet sich im Buch untrennbar mit den Rothschilds.

Beginnend mit Französischer Revolution und der napoleonischen Herrschaft, über Wiener Kongress und der Restaurationspolitik Fürst Metternichs, über die Aufstände in Italien und Spanien, über die Unruhen in Frankreich, den Bürgerkönig Louis Philippe, das 1848er Deutschland bis hin zum Krimkrieg 1853, dem deutsch-österreichischen Bruderkrieg 1866, Napoleon III. und dem deutsch-französischen Krieg. Immer wieder verbindet der Autor meisterhaft die historischen Ereignisse der Zeit mit dem Aufstieg und den Rückschlägen des Hauses Rothschild. Der Leser begleitet die fünf Söhne des Gründervaters auf ihrem Weg in die europäischen Hauptstädte. Er wird Zeuge, wie sich Nathan Meyer Rothschild (1777-1836) in London etabliert und es seine Nachkommen bis ins englische Unterhaus und schließlich als Lords ins Oberhaus schaffen. Er wird Zeuge, wie Salomon Meyer Rothschild (1773-1855), in Wien aufs engste mit Fürst Metternich verbunden, ein sagenhaftes Vermögen erwirbt, wie Jacob (James) Meyer Rothschild (1792-1868) die einflussreiche französische Linie begründet, wie der etwas weniger erfolgreiche Carl Meyer Rothschild (1788-1855) in Neapel und dann in Frankfurt der Familie dient und wie im Stammhaus Frankfurt Amschel (Anselm) Meyer Rothschild (1773-1855) die Stellung hält. Und auch die dritte Generation der Rothschilds mit ihren inzwischen europaweit vertretenen Bankhäusern und Unternehmungen wird in die europäische Geschichte, die diese Familie wie kaum eine zweite mitprägen konnte, eingewebt. Von Anfang an suchten die Rothschilds die Kontakte zu den Mächtigen und zeigten dabei ein hervorragendes Gespür für geschäftliche Möglichkeiten. Sie haben die Erkenntnis verinnerlicht, dass Informationen im wahrsten Sinne des Wortes „Gold wert“ sind. Aus kleinen Verhältnissen stammend werden sie schließlich die Finanziers der Staatenlenker. Sie üben einen entscheidenden Einfluss aus auf sämtliche Entwicklungen auf dem Alten Kontinent und darüber hinaus. Corti ist es dabei wichtig zu betonen, wie wichtig den Rothschilds, die ihr Geld anfangs vor allem durch die Herausgabe von Anleihen verdienten, der Frieden war. Denn ein Krieg bedeutete stets ein großes Risiko für die Kapitaldienstfähigkeit des Schuldners. Zudem verbot sich laut Corti allein schon durch die Verbindung der verschiedenen auf ganz Europa verteilten Linien des Hauses Rothschild zu den teils wechselnd verfeindeten Mächten eine einseitige Parteinahme. So hätte ein Gewinn durch Kriegshandlungen für das Haus Rothschild in Paris einen Verlust für das Haus in Wien bedeutet. Das an Quellen reiche Buch nimmt allerdings teils recht einseitig Stellung für die Sache der Rothschilds. Wo Licht ist, da ist auch Schatten. Insofern hätten auch Kritiker zu Wort kommen sollen. So ist das Buch aus Sicht eines Historikers an sich auch als eine eigene Quelle eines Bewunderers der Rothschilds zu verstehen. Ein Kritikpunkt Cortis bleiben trotz aller Bewunderung letztlich die festzustellenden Tendenzen zur Dekadenz bei späteren Generationen, die naturgemäß mit Reichtum einhergehen, wenn es die Nachfolgenden durch die von den Vorfahren aufgebaute Macht vielleicht zu einfach haben.

Der durch Walter Gong geschriebene, deutlich kürzere zweite Teil des Buches setzt da an, wo Graf Corti in den 1920er Jahren aufgehört hat und beschreibt – teils mit einigen kurzweiligen Anekdoten versehen – die weitere Entwicklung der Familie bis in die 1970er Jahre. Gong drängt sich dabei angenehmerweise nicht in den Vordergrund, so dass der ursprüngliche Charakter des Corti'schen Werkes bestehen bleibt.

Hanoi/Vietnam

Andreas Stoffers



**ARCHIV DES
LIBERALISMUS**

Friedrich Naumann Stiftung
Für die Freiheit.

in Kooperation mit



recensio.net



Online-Rezensionen des Jahrbuchs zur Liberalismus-Forschung 2/2021

Karen Gloy: Die Selbstsuspendierung des Individualismus. Eine Auseinandersetzung mit unserer westlichen Kultur.

Würzburg: Königshausen & Neumann, 2021, 181 S., ISBN: 978-3-8260-7372-4

In unserer heutigen westlichen Gesellschaft wird dem Individuum ein besonderer Stellenwert eingeräumt. Dies zieht sich durch verschiedene Weltanschauungen, wobei – wie im Liberalismus – teils das Individuum tendenziell verabsolutiert wird, teils wie in diversen sozialistischen Modellen dessen gesellschaftliche Verantwortung in den Vordergrund rückt. Stets bleibt ein Spannungsverhältnis zwischen Freiheit und Gleichheit bestehen, wobei die übermäßige Betonung des einen zu Lasten des anderen geht. Alexis de Tocqueville schreibt treffend: „La démocratie et le socialisme ne se tiennent que par un mot, l'égalité; mais remarquez la différence: la démocratie veut l'égalité dans la liberté, et le socialisme veut l'égalité dans la gêne et dans la servitude.“¹ („Demokratie und Sozialismus haben nichts Gemeinsames mit Ausnahme eines einzigen Wortes: Gleichheit. Der Unterschied ist beträchtlich: Während Demokratie Gleichheit in Freiheit sucht, sucht Sozialismus Gleichheit in Einschränkung und Unterwürfigkeit.“)



In diesen Dimensionen bewegt sich mit ihrem 2021 erschienenen Buch über die Rolle des Individuums auch Karen Gloy. Schon im Titel spricht sie kritisch von einer „Selbstsuspendierung des Individuums“, das heißt der selbstverschuldeten Auflösung dieses für die europäische Welt so charakteristischen Wertes. Wie kaum eine zweite ist diese deutsche Philosophin, durch deren ganzes Leben sich die Beschäftigung mit der abendländischen Philosophie zieht, geeignet, hier ihr umfangreiches Wissen einzubringen. Sie folgt dabei nicht dem Weg der Selbstkasteiung und Verdammung der eigenen ideengeschichtlichen Wurzeln wie dies durch kulturmarxistische Kreise im Rahmen einer Identitätspolitik oder gar „Critical Whiteness-Theory“ geschieht, sondern voller nüchterner Bewunderung des reichen Fundus der europäischen Philosophie. Wie schon in ihrem letzten Buch „Demokratie in der Krise“ (2020) tritt sie wiederum als Mahnerin auf und dringt dabei tief in die philosophischen Fundamente abendländischer Kultur ein.

Im ersten Teil Ihres Buches beschreibt sie kenntnisreich die historische Entwicklung, die zum „Individualismus“ geführt hat. Auf jeder Seite Ihres Buches merkt der Leser, wie stark Gloy die Materie beherrscht. Sie beginnt im Griechenland des ersten vorchristlichen Jahrtausends mit der Emanzipation des Einzelnen von der Gemeinschaft im Übergang von der homerischen zur klassisch-griechischen Epoche. Hier steht das Prometheus-Symbol als pars pro toto, indem sich die Menschen von der Götterwelt emanzipieren, aber dennoch in der homerischen Welt durch eine „Makrokosmos-Mikrokosmos-Analogie“ zwischen der göttlichen und der menschlichen,

¹ Discours prononcé à l'assemblée constituante le 12 Septembre 1848 sur la question du droit au travail, Oeuvres complètes, vol. IX, p. 546: fr:s:Œuvres complètes d'Alexis de Tocqueville, Lévy/Discours à l'Assemblée constituante sur la question du droit au travail. p. 546.

prädestinierten Welt agieren müssen (S. 17). Eine Trennung von Körper (σῶμα) und Seele (ψυχή) erfolgt erst in nachhomerischer Zeit.

Gloy setzt ihre Reise durch die Geschichte fort mit der Beschreibung der Psychologisierung in der klassischen Antike, wobei sie detailliert auf das platonische und das aristotelische Menschenbild eingeht. In dieser Zeit des zunehmenden Wohlstandes, der Handelsbeziehungen und der Einforderung von Mitspracherechten findet – wie sie es ausdrückt – der Übergang vom „Typus zum Charakter“ (S. 24) statt. Die nächste Station im spannenden Weg durch die Zeit ist die Beschäftigung mit dem geschichts- und kulturabhängigen römischen Personenbegriff und dem Einfluss des Christentums auf die Entstehung des Individualismus sowie des Verständnisses der Einmaligkeit des Individuums. Gloy subsumiert nicht ohne Bewunderung: „Es ist diese christliche Interpretation, die die gesamte abendländische Tradition bis heute bestimmt und im Persönlichkeits- und Selbstidentitätsverhältnis immer wieder durchschlägt. Sie macht verständlich, dass der Mensch sich zum Herren über die Natur aufschwingt.“ (S. 39)

Im Folgenden beschreibt die Autorin dann die Substitution der Theozentrik des Christentums mit ihrer kosmischen Hierarchie durch ein anthropozentrisches Menschenbild, einer Weltanschauung, in der sich der Mensch als eine Art „alter deus“ mit dem Potential zum Genie begreifen konnte. Doch auch diese Entwicklung verortet Gloy als Pflanze auf fruchtbarem Boden christlicher Ethik sprießend. Über die Renaissance hinausgehend folgen dann zunächst die von ihr als subjektivistisch charakterisierte Weiterentwicklung durch die Descartes'sche Philosophie mit ihrem die Wahrnehmung („cogito ergo sum“) betonenden individualistischen Menschenbild sowie anschließend durch die philosophisch-epistemische Rolle des Ichs als Zentrum der Welt in der Kant'schen Transzendentalphilosophie und dessen Verabsolutierung im Idealismus. Kant gebührt nach Gloy die Ehre, die „subjektivitäts-theoretische Wende“ (S. 63) vollzogen zu haben. Hegels, Fichtes und Schellings Dialektik finden sich ebenfalls in die Entwicklung des Individualismus einbezogen wie der Schopenhauer'sche Voluntarismus. Letzterer ist für Gloy eine „Übergangsfigur zwischen Tradition und Moderne“ (S. 70). Das erste Buchkapitel kulminiert schließlich in ihrer mit einer gewissen Sympathie erkennbaren Einordnung von Nietzsches Moralkritik und seinem Konzept eines Übermenschen.

Quasi als Übergang zum zweiten Teil des Buches kommt als ein mahnender Zeigefinger die Emanzipation des Individualismus zum Egoismus, einer Selbstbezogenheit, die Beziehungen zu anderen negiert und denen diese im Rahmen der Selbstverwirklichung auch egal sind. Es steckt viel Herzblut der Autorin in ihren Zeilen, wenn sie die materialistisch-kapitalistische Gesellschaft und deren Konkurrenzkampf als Gegenpol zu einer idealistisch ausgerichteten Gesellschaft kritisiert (S. 83ff). An dieser Stelle mag einzuwenden sein, dass Egoismus und Materialismus auch in vorgeblich idealistischen sozialistischen Gesellschaften anzutreffen sind. Gerade Ressourcenverschwendung und Umweltzerstörung waren konstituierende Kennzeichen aller bislang versuchten sozialistischen Utopien, da innerhalb deren teleologischer Ethik der Zweck sämtliche Mittel heiligte.

Ist Gloy argumentativ in ihrer ureigenen Domäne der Philosophie und Philosophiegeschichte noch als sattelfest zu bezeichnen, wird ihre Argumentation schwammiger, wenn sie sich in die Niederung der Tagespolitik und Volkswirtschaftslehre begibt. Westliche Systeme mit Staatsquoten von 50 Prozent und mehr (das ist bei Deutschland und Frankreich der Fall) als „Turbo- und Raubtierkapitalismus“ und „Heuschreckenkapitalismus“ (S. 87) zu bezeichnen, ist schon gewagt und wird eigentlich nicht ihrer sonst so intellektuellen Art gerecht. Dies gilt vor allem, wenn Gloy nach dessen Eindämmung durch staatliche Maßnahmen drängt. Ob ein Etatismus mit einer überbordenden zentralen bürokratischen Planung hier die Lösung ist, dürfte indes fraglich sein. Schließlich ist nicht zu leugnen, dass es gerade durch die Umsetzung liberaler Ideen und des vielgescholtenen „Kapitalismus“ gelungen ist, die Menschheit in den letzten 200 Jahren aus der absoluten Armut zu führen, was sich ganz drastisch in China nach Zulassung von marktwirtschaftlichen Elementen zeigt.

Diese Kritikpunkte offenbaren sich vor allem in der Einleitung zu dem Buch sowie in dessen zweitem, von ihr „Sachlicher Teil“ genannten Abschnitt. Ex-Präsident Donald Trump ist sicherlich zu kritisieren. Doch was ist mit den kulturmarxistischen Ideologien und sozialistisch-etatistischen Ansätzen, die auf der anderen Seite zu finden sind und die Trumps Wahlsieg mit ermöglichen? Schließlich stehen Individualismus und Liberalismus gerade heute unter dem Druck staatlicher, neosozialistischer Ideologien. Denn aus Europa stammen nicht nur individualistische Ideen, sondern auch Ideologien, die der individuellen Freiheit feindlich gegenüberstehen. Gier ist nicht nur im so genannten Kapitalismus zuhause, sondern – wie die Geschichte leider stets zeigte – auch und gerade im sich egalitär gebenden Sozialismus, wobei hier das Korrektiv einer freien Presse fehlt.

Gloys Sichtweise des Liberalismus lässt zudem einige wesentliche Punkte vermissen. Sie beschränkt sich dabei auf Adam Smith und lässt die Weiterentwicklung von dessen Lehre, u.a. durch die Österreichische Schule völlig außen vor. Die Aussage, dass „Profit im Vordergrund des Wirtschaftsliberalismus“ (S. 116) stehe, ist in ihrer Absolutheit nicht korrekt. Vielmehr sind es der Markt und damit die Konsumenten, die letztlich entscheiden, welches Unternehmen sich durchsetzt, vorausgesetzt es kommt nicht zu Monopole fördernden staatlichen Interventionen. „Inequality of wealth“, schreibt Ludwig von Mises, „and incomes is an essential feature of the market economy. It is the implement that makes the consumers supreme in giving them the power to force all those engaged in production to comply with their orders. It forces all those engaged in production to the utmost exertion in the service of the consumers. It makes competition work. He who best serves the consumers profits most and accumulates riches.“² Ein wesentlicher Kritikpunkt Mises’ war stets die staatliche Interventionsspirale. Wenn Gloy dann den Vertreter staatlicher Koordination par excellence John Maynard Keynes vom „Neoliberalismus“ abgrenzt und dem Lager des Liberalismus zuordnet, ist dies zumindest gewagt (S. 116).

Auch in der Bewertung der Corona-Maßnahmen fehlt eine kritische, wissenschaftliche Distanz gegenüber Social Engineering und Nudging. Das wird besonders dann deutlich, wenn Gloy Demonstrationen quasi in gute und schlechte einteilt sowie sämtliche Kritik an staatlichen Maßnahmen in einem Atemzug mit „Verschwörungstheoretikern, Coronaleugnern, Maskenverweigerern und Rechtsextremisten“ nennt (S. 129) oder sich quasi als Virologin versucht (S. 166). Im Bereich der Politikwissenschaften begibt sich die Autorin ebenfalls auf dünnes Eis, wenn sie noch von der „Dritten Welt“ (S. 166) redet, ein Begriff, der angesichts der „Emerging Markets“ nicht mehr trennscharf ist. Auch haben sich die von ihr genannten Prognosen des Club of Rome als nicht richtig herausgestellt (S. 167).

Insgesamt bleibt ein gewisser Eindruck von Kulturpessimismus, gepaart mit einer doch recht stark ausgeprägten Bewunderung für die besonderen Leistungen der abendländischen Ideengeschichte. Die oben geäußerten Kritikpunkte beziehen sich auf diejenigen Teile des Buches, in denen Karen Gloy die ihr vertrauten Pfade der Philosophie verlässt und sich auf ein anderes, in Teilen vermintes Territorium begibt. Das ändert jedoch nichts an der Qualität des Buches. Es ist ein ausgesprochen lesenswertes Werk, was auf jeder Seite zum Nachdenken anregt. Damit ist in den meisten Fällen Zustimmung verbunden, aber auch Widerspruch. Und genau dies ist es, was unsere westliche Kultur so auszeichnet. Das Buch ist in jedem Fall sehr empfehlenswert.

Hanoi/Vietnam

Andreas Stoffers



**ARCHIV DES
LIBERALISMUS**

Friedrich Naumann Stiftung
Für die Freiheit.

in Kooperation mit



recensio.net

² Economic Freedom and Interventionism: An Anthology of Articles and Essays, selected and edited by Bettina Bien Greaves (Liberty Fund Library of the Works of Ludwig Von Mises), Liberty Fund Inc., Carmel, IN 2006.

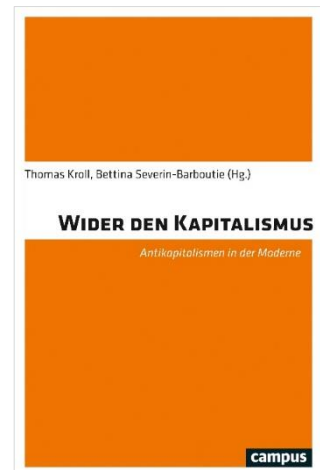


Online-Rezensionen des Jahrbuchs zur Liberalismus-Forschung 2/2021

Thomas Kroll / Bettina Severin-Barboutie (Hrsg.): **Wider den Kapitalismus. Antikapitalismen in der Moderne.**

Frankfurt/New York: Campus, 2021, 294 S., ISBN: 978-3-593-51124-5

Der Begriff des „Kapitalismus“ kam erst in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts auf. Insofern konnte sich die Begrifflichkeit des „Antikapitalismus“ auch erst seit dieser Zeit konstituieren, selbst wenn es gewisse Frühformen des Kapitalismus bereits im Spätmittelalter gab. Das vorliegende Buch beschränkt sich auf die seit dem 19. Jahrhundert weite Teile der Geschichte beherrschende Kapitalismuskritik. Letztere ist nicht einem einzelnen politischen Lager zuzuordnen. Vielmehr hat sie sich in vielen Ausprägungen manifestiert und bleibt meist eng mit der sozialen Frage verknüpft. Grund für die intensive Beschäftigung der Autoren dieses Buches mit der Thematik ist, dass, obwohl der Antikapitalismus mit dem politischen Denken in Europa eng verbunden ist, „seine Ideen., Sozial- und Kulturgeschichte bislang nicht systematisch erforscht worden“ sei (S. 11). Dies wird auch in der Gegenwart umso wichtiger, da inzwischen eine Ablehnung des Kapitalismus verbunden mit ökosozialistischen, kulturmarxistischen Elementen in der westlichen Welt wieder eine starke Verbreitung findet. Nach dem Bankrott sozialistischer Gesellschaftssysteme in den 80er Jahren des letzten Jahrhunderts und dem verkündeten „Ende der Geschichte“ (Francis Fukuyama, 1989), schienen die liberale Demokratie und der mit ihr in vieler Hinsicht verbundene Kapitalismus gesiegt zu haben. Doch dieses Siegegefühl war trügerisch. Etatistische und sozialistische Modelle sind wieder en vogue und damit die Verachtung für das System des Kapitalismus oder des „Neoliberalismus“, wie immer man beide auch definieren mag. Dieser Sammelband stößt deshalb in der Tat in ein Terrain vor, welches eine hohe aktuelle Relevanz hat. Dabei findet im Buch ein interessanter Perspektivwechsel statt: „Statt den Kapitalismus in den Mittelpunkt zu rücken und dessen Geschichte nur durch die ‚Brille der Kritik‘ zu betrachten, wird Antikapitalismus als eine Erscheinungsform der Moderne sui generis analysiert“ (S. 12). Der vorliegende Sammelband geht aus der wissenschaftlichen Tagung „Antikapitalismus“ der Justus-Liebig-Universität Gießen hervor, die im April 2018 anlässlich des 60. Geburtstages des Historikers Friedrich Lenger stattfand.



Die wirklich heterogenen Beiträge der Autoren decken ein wirklich breites Feld ab. Sie zeigen mit aller Deutlichkeit, dass die Kapitalismuskritik mit unterschiedlichen gesellschaftlichen Ordnungsvorstellungen verbunden und politisch nicht festgelegt ist. Genauso wenig wie der Kapitalismus immer mit liberalen Vorstellungen verbunden sein muss, kann auch der Antikapitalismus mit demokratischen Werten verknüpft sein oder nicht. Antikapitalismus ist zudem nicht eine Domäne der Linken, sondern es gibt ihn auch von rechts und im konservativen Spektrum. Diese Perspektivwechsel machen das Buch so interessant und lesenswert.

Im ersten Teil des Sammelbandes kommen in drei Beiträgen die verschiedenen Varianten der Kapitalismuskritik zur Sprache. Begonnen wird hier mit den „Phasen der Kapitalismuskritik im Leben und Werk von Karl Marx“ (S. 33). Jonathan Sperber beschreibt in knappen, prägnanten Worten die Entwicklung der Marxschen Kritik von den Anfängen bis zu seinem Tod. Wohltuend

ist, dass sich Sperber nicht der quasireligiösen Exegese vieler Marxanhänger hingibt, sondern ganz nüchtern Marx in seinen historischen Kontext einordnet: Die meiste Kritik gehört „heute zu einer vergangenen Welt“ (S. 50) ohne die Wirkmächtigkeit des Denkers kleinzureden. Marx bleibt für ihn dennoch ein nach seinen eigenen Wunschvorstellungen Suchender: „Ob die Krise nahe bevorstand oder etwas auf sich warten ließ – Marx suchte ununterbrochen nach ihr“ (S. 41). Dem schließt sich Axel Schildts „Kapitalismuskritik aus dem Geist der Konservativen Revolution“ (S. 53) an. Gerade dies wird in manchen linken Kreisen als eine unehrliche, vorgeschobene Kritik gesehen. Schildt hält dem entgegen, dass der konservative Antikapitalismus „gleichwohl mehr als klassische Sozialdemagogie oder pure Diskurspiraterie (war), sondern (er) vereinte in sich ambivalente Elemente“ (S. 58). Schildt grenzt auch die antiliberalen und gleichzeitig antimarxistischen Ideen des nationalen Sozialismus von denen klassischer konservativer Kritik ab. Nicht zuletzt seit Rainer Zitelmanns monumentaler Biographie Hitlers wissen wir um das bürgerlich-liberale verachtende, sozialistische Element in dessen Ideologie. An dieses mit Sicherheit kontroverse Kapitel schließt sich Timo Luks mit seiner Analyse der aus der französischen Anthropologie des 20. Jahrhunderts stammenden Kritik an. Dabei spannt der Autor den Bogen von den früheren Vertretern dieser Richtung, darunter Marcel Mauss und seiner „Wiederbelebung der Moral des Geschenketauschs“ (S. 65) über die mythologische Kapitalismuskritik eines Claude Lévy-Strauss bis hin zu moderneren Vertretern derselben Denkschule, die ökologische und „indigen-perspektivische“ Aspekte verinnerlicht.

Der zweite Teil des Buches hat die Sozialgeschichte des Antikapitalismus zum Thema. Gleich zu Beginn spannt Wolfgang Knöbel einen Bogen hinsichtlich der Ideengeschichte verschiedener antikapitalistischer Bewegungen und deren immenser Vielfalt (S. 85), wobei die Herrschaftskritik die verbindende Klammer ist. Am Schlusssatz, dass die Beschäftigung mit dieser Thematik den beteiligten Wissenschaftlern die Gelegenheit gibt, „uns an der Gegenwart wie der Vergangenheit abzuarbeiten und damit unser gutes kapitalistisches Geld zu verdienen“ (S. 104), steckt wohl viel Wahres. Denn auch die härtesten Kapitalismuskritiker leben nicht von Luft und Liebe. Einen besonders kurzweiligen Exkurs bietet Bettina Severin-Barboutie mit Ihrem Beitrag zum (Anti-) Kapitalismus anhand des tropischen Siedlungsprojektes des deutschen Sonnenordens in Papua-Neuguinea zu Beginn des 20. Jahrhunderts. Als Roman hat dies Christian Kracht in seinem 2012 erschienen sehr empfehlenswerten Buch „Imperium“ verarbeitet. Sozialistische und genossenschaftliche Ideen treffen dabei auf die harte Realität. Zudem schimmern überall Kolonialismus und Kapitalismus durch. Kontroversen dürfte gerade im linken Lager der folgende Beitrag von Frank Becker über den Antikapitalismus im NS-Staat hervorrufen. Er entspricht so gar nicht der linken Diktion, nach der Faschismus (sie vermeidet aus verständlichen Gründen den treffenderen Begriff „Nationaler Sozialismus“) und Kapitalismus eins sind. Im Gegenteil, Becker weist anhand von „Arbeitsbegriff, Arbeitsgestaltung und Arbeitserziehung 1933-1945“ (S. 127) nach, wie stark antikapitalistisch das Dritte Reich ausgerichtet gewesen ist. Man wandte sich nämlich nicht nur gegen den „Bolschewismus“, der nach NS-Propaganda die Arbeiter bis zur Erschöpfung ausnutzte, sondern auch gegen jegliche Form der kapitalistischen Ausbeutung. „Im Prinzip basieren Marxismus und Kapitalismus, so hieß es, auf derselben materialistischen Weltsicht“ (S. 134). Abgerundet wird dieser Buchteil durch die Betrachtung der Dritte-Welt-Bewegung von Dietmar Süß. Von den Akteuren als weitgehend synonym gesehen, richtete sich der Kampf gleichermaßen gegen Neoliberalismus und Kapitalismus. Armut und Ausbeutung in den so genannten Entwicklungsländern wurde in direktem Zusammenhang mit der imperialistischen und neokolonialistischen Ausbeutung seitens des Westens gesehen. Oft fanden sich Aktivisten vor Ort in der Situation, dass sie Projektionsflächen für Ihre westlich-sozialistischen Ideen im Ausland suchten, dann aber durch die Verhältnisse vor Ort teils bitter enttäuscht waren, wo sich das Bild des „Edlen Wilden“ verflüchtigte und der Realität Platz machte.

Im dritten und letzten Teil geht es um „Repräsentationen und Inszenierungen“ (S. 185) des Antikapitalismus. Dabei beginnt Thomas Kroll mit der Analyse der fast schon ikonographischen Darstellung von Karl Marx in der deutschen und österreichischen Sozialdemokratie (1838-1934). Klar hervor sticht die Diskrepanz zwischen dem, was die sozialdemokratische Intelligenzija aus

Marx herauslesen wollte, und dem, was die Sozialdemokraten an der Basis bewegte. Dabei scheint die Kapitalismuskritik von oben nach unten zu diffundieren. Letztlich blieb Marx bis weit ins 20. Jahrhundert zwar Identifikationsfigur der Sozialdemokraten, aber den letzten Schritt einer gewaltsamen Revolution gehen zu wollen, blieb den Kommunisten vorbehalten. Eva Maria Gajek führt den Leser mit ihrem Portrait des Multimillionärs und Kommunisten Hanns Heinz Porst schließlich in die frühe Bundesrepublik. Wie kaum ein zweiter steht Porst für die Zerrissenheit Deutschlands: Auf der einen Seite die BRD, auf der anderen Seite die DDR – und mittendrin war Porst als Mitglied und Mäzen der FDP einerseits, als Unterstützer und Maulwurf der SED andererseits. Letzteres führte Porst schließlich ins Gefängnis. Dass seine eigenen Ideen der Mitarbeitergewinnbeteiligung am Ende scheiterten, macht die Tragik dieser Persönlichkeit besonders bewusst. David Kuchenbuch hat sich in seinem Kapitel etwas ganz Spezielles ausgesucht, das dem heutigen Leser, wenn er nicht aus der Zeit stammt, völlig neu ist: „Das Geschichtsbuch (1970/71)“ (S. 249). In Comicform versuchten die schwedischen Autoren eine schwarz-weißmalende Darstellung der Geschichte der Ausbeutung und des Kapitalismus einem vorwiegend jungen Publikum näherzubringen. Da das Buch in viele Sprachen, darunter auch ins Deutsche, übersetzt wurde, hat es eine gewisse internationale Wirkmächtigkeit entfaltet. Kuchenbuch beschreibt zudem den speziellen Weg des schwedischen, eher gelassen anmutenden Antikapitalismus in Abgrenzung zum eher dogmatischen deutschen. Im letzten Kapitel stellt Meik Woyke den Realpolitiker Helmut Schmidt vor. Dieser abgeklärte, stets auf seine Außenwirkung bedachte Hamburger steht für den neuen Typus eines Sozialdemokraten, der mit Marxismus nichts mehr am Hut hat und dessen Kapitalismuskritik, wenn überhaupt, ausgesprochen vorsichtig ist. Gerade dieses Portrait eines großen Mannes ergibt einen passenden Schluss, der das in sich stimmige Buch abrundet.

Dieser Sammelband ist in einem angenehmen und undogmatischen Stil geschrieben. Die Autoren decken das Potpourri des Antikapitalismus in seinen vielen Ausprägungen umfänglich und umfassend ab.

Hanoi/Vietnam

Andreas Stoffers



**ARCHIV DES
LIBERALISMUS**

Friedrich Naumann Stiftung
Für die Freiheit.

in Kooperation mit



recensio.net



Online-Rezensionen des Jahrbuchs zur Liberalismus-Forschung 2/2021

Sarah Frenking: Zwischenfälle im Reichsland. Überschreiten, Polizieren, Nationalisieren der deutsch-französischen Grenze (1887-1914).

Frankfurt a.M./New York: Campus Verlag, 2021 (= Campus historische Studien, Band 81), 442 S., 31 Abb., ISBN: 978-3-593-51432-1

Es gibt natürliche Grenzen in Form von Meeren, Bergen und Flüssen. Und es gibt nationale Grenzen. Sie aber sind ein soziales Produkt, sie werden durch gesellschaftliche Interaktionen und Prozesse hergestellt. Der Herstellung einer nationalen Grenze, nämlich der deutsch-französischen Reichsgrenze Elsass-Lothringens zwischen dem 19. und 20. Jahrhundert, nimmt sich das vorliegende Buch von Sarah Frenking an. Ziel des Werkes ist es, das *border making* dieser Grenze in seinen verschiedenen Facetten (wie zum Beispiel Raumentwürfe, Materialität und territoriale Kontrollutopien) zu untersuchen und dabei auch das Wissen, die Praktiken und die Handlungslogiken der beteiligten Akteure in den Blick zu nehmen und „den transnationalen medialen Echos der Interaktion vor Ort nachzugehen“ (S. 11).

Das Besondere an der Studie Frenkings ist, dass sie einen polizeihistorischen Ansatz wählt, das heißt, dass die Angehörigen der Grenzpolizei vor Ort (hier speziell der Grenzort Altmünsterol) der Dreh- und Angelpunkt der Untersuchung sind. Ihre Interaktion mit den verschiedenen „Grenzgängern“ (identifizieren, zurückweisen oder passieren lassen) war ein zentraler Aspekt des *border making*, sie machte die „Erfahrbarkeit der Grenze aus“ (S. 18). Frenking geht es darum, nicht nur „den Staat“ oder die lokale Grenzbevölkerung sowie die Praktiken, Wahrnehmungen und Normen einzeln in den Blick zu nehmen, sondern zwischen ihnen Verbindungen herzustellen, um „damit komplexere Dynamiken sichtbar zu machen“ (S. 19).

Diese Rezension wird sich in der Zusammenfassung aus Platzgründen lediglich auf einige Polizeihandlungen beschränken, die Teil des *border making* waren und damit zum *nation building*, aber auch zur Lebenswirklichkeit der Menschen in der Grenzregion, beitrugen. Auf die anderen, zweifellos auch sehr interessanten, Aspekte wie den Presseechos und der Analyse bildlicher Grenzdarstellungen wird hingegen verzichtet.

Das Buch ist – wenn man die obligatorische Einleitung und den Schluss beiseite nimmt – in zwei Teile gegliedert. Der erste Teil bietet einen historischen Überblick über die Grenzziehung und legt die Entstehung der Grenzpolizei in Altmünsterol dar, der zweite Teil nimmt dann die Überschreitungen der deutsch-französischen Grenze und ihre öffentliche Wahrnehmung in den Blick. Die vor Ort entstandenen Polizeiberichte sind hierbei die maßgebliche Quelle der Studie.

Das erste Kapitel bietet einen historischen Überblick über den Prozess der Grenzziehung. Anschließend wird die Entstehung der Grenzpolizeistelle in Altmünsterol dargestellt. Die deutsche Verwaltung orientierte sich beim Aufbau der Polizeistelle am französischen Modell. Dies müsse man im Kontext der europäischen Polizeientwicklung sehen sowie der zunehmenden internationalen Kooperation der verschiedenen nationalen Polizeien, die als Reaktion auf die internatio-



nale Vernetzung Krimineller zustande kam. Besonders die Grenzkommissare werden in den Mittelpunkt gestellt. Sie waren hauptsächlich Altdeutsche, die nicht heimatlich mit dem Grenzgebiet verbunden waren. Damit befanden sie sich gegenüber der dortigen Bevölkerung in einer besonderen Stellung. Doch sei dort etwas für sie möglich gewesen: nämlich die mit ihrer Polizeitätigkeit verbundene „große Aufgabe“ des *nation building*, also des Aufbaus und der Festigung des noch jungen Deutschen Kaiserreichs und des Schutzes der nationalen Sicherheit. Durch ihre Praxis des „trial and error“ an der Grenze, brachten die Grenzkommissare neue Polizeiformen hervor und erregten öffentliche Aufmerksamkeit – eine Zwiespältigkeit, die zum *border making* beitrug.

Der zweite Teil der Studie ist in fünf Unterkapitel gegliedert. Besonders interessant ist hierbei das zweite Unterkapitel. Es nimmt sich eines Themas an, dass von Juni 1888 bis 1891 zentral an der Grenze wurde: dem Passzwang. Hierbei wurden Aufenthaltsberechtigung und Grenzkontrolle miteinander verbunden. Alle Grenzgänger, die vorhatten, die deutsch-französische Grenze zu überschreiten, mussten sich mit einem Pass ausweisen, der von der deutschen Botschaft in Paris ausgestellt wurde. Das zentrale Argument dafür war die Reichssicherheit. Die Grenzbewohner, für die eine Auseinandersetzung mit ihrer Nationalität bislang eher eine untergeordnete Rolle spielte, wurden dadurch mit der politischen Wirklichkeit – nämlich der Reichszugehörigkeit – konfrontiert. Die Kontrolle erwies sich als nicht praktikabel, da die polizeilich relevanten Informationen im Passdokument nicht angegeben waren. Der Prüfblick der Grenzpolizisten lief somit ins Leere. Die Beobachtung verdächtiger Grenzgänger lag im Ermessen der Grenzpolizisten selbst. „Ihre Einschätzung, Interessen und Habitus bestimmte, wer verdächtig war“ (S. 213). Das Echo auf die Kontrollpraktiken war groß. Deutsche und französische Zeitungen stellten die drangsalierten Reisenden und einschlägige Darstellungen der deutschen Grenzbeamten heraus. Liberale Zeitungen aus Deutschland verteidigten die Maßregelung der Grenzgänger, empörten sich aber zugleich darüber, dass bei den Kontrollen durch die Grenzpolizisten oft auch Normen verletzt wurden. Diese mediale Auseinandersetzung ist dabei in den Kontext allgemeiner Polizeikritik und zunehmender Polizeibrutalität in dieser Zeit einzuordnen.

Auch das letzte Unterkapitel ist erwähnenswert. Es befasst sich mit militärischen Grenzüberschreitungen, die regelmäßig durch angemeldete Übungsmanöver zustande kamen. Hier waren es vor allem die Soldaten, die aus unterschiedlichen Gründen die Grenze überschritten und durch Provokationen auch zum Ausdruck brachten, sie nicht anzuerkennen. Frenking wendet hier ihren Blick auf die Karten und Skizzen des Grenzraumes. Diese wurden von den Grenzpolizisten angefertigt und sollten in diplomatischen und juristischen Verfahren – die aus den Grenzüberschreitungen folgten – als Beweise dienen. Die Grenzpolizisten und ihre Karten erbrachten die visuelle Darstellung der Grenze. Sie schufen ein „klares Hier und Dort“ und „ein Raumwissen, dass durch Präzision und Ordnung gekennzeichnet war“ (S. 352). Frenking stellt klar, dass Untersuchungen über Grenzverletzungen erst deshalb nötig wurden, weil die Grenzpolizeikommissare durch ihre detaillierten Berichte ihren Teil dazu leisteten, das „Grenzverletzungsproblem“ mit zu erzeugen. Die Karten müssten im Kontext eines aufkommenden wissenschaftlichen Raumverständnisses betrachtet werden, trugen aber zur Vorstellung einer „imagined bordered community“ (S. 363) bei, so Frenking.

Frenking gelingt es, durch die Betrachtung der Polizeipraxis der Grenzkommissare in Altmünsterol, die „Herstellung“ der Grenze und ihre Rolle für das *nation building* in vielen Facetten aufzuzeigen. Diese Studie ist aber nicht nur sozial- oder polizeihistorisch interessant, sondern bietet auch Denkanstöße für die historische Liberalismusforschung. Denn Polizisten waren und sind Vertreter der Staatsmacht, die maßgeblich „Herrschaft“ in der Interaktion mit den Bürgern herstellen. Eine Betrachtung von Polizisten und Polizeipraktiken erlaubt es also – zeitlich und räumlich begrenzt –, den Staat-Bürger-Beziehungen und ihren facettenreichen Dynamiken nachzuspüren. Und genau diese Beziehungen und Dynamiken zwischen dem Staat und seinen Bürgern stellt ein Grundproblem – oder besser: eine ständige Grundfrage – des Liberalismus dar. Auch Frenkings Studie kann aus dieser Perspektive gelesen werden. Die von Frenking untersuchte

Grenze wurde nicht einfach politisch „von oben“ gesetzt, sondern in der Interaktion zwischen dem Staat – in Vertretung durch die Grenzpolizei – und seinen Bürgern – hier die Menschen in der Grenzregion – erst hergestellt, was interessante Fragen bezüglich des staatlichen Einflusses auf das Individuum und umgekehrt die Wirkmächtigkeit des Einzelnen im Spannungsfeld staatlicher Handlungen aufwirft. Fragen, die auch für die historische Liberalismusforschung von Relevanz sind.

Dresden

Hendrik Malte Wenk



**ARCHIV DES
LIBERALISMUS**

Friedrich Naumann Stiftung
Für die Freiheit.

in Kooperation mit



recensio.net



Online-Rezensionen des Jahrbuchs zur Liberalismus-Forschung 2/2021

Jens Flemming: Arbeit am Geist der Zeit: Journalisten, Schriftsteller, Professoren. Zur geistig-politischen Physiognomie Deutschlands zwischen Kaiserreich und Bundesrepublik.

Berlin, Bern: Peter Lang, 2021 (= Zivilisationen & Geschichte, Band 65), 514 S., ISBN: 978-3-631-84355-0

„Über Intellektuelle sind ganze Bibliotheken vollgeschrieben worden“ (S. 303), schreibt der emeritierte Historiker Jens Flemming im vorliegenden Buch unter dem etwas sperrigen, dem Sprachgebrauch des späten 19. und frühen 20. Jahrhunderts entnommenen Titel „Arbeit am Geist der Zeit“, das sich im Kern mit der Geschichte deutschsprachiger Intellektueller zwischen Kaiserreich und der Zeit nach Ende des Zweiten Weltkriegs beschäftigt, mit ihren Biografien, Netzwerken, Gruppenbildungen, Generationen, Medien, Ideologien und Weltbildern. Dabei will der Verfasser jedoch „der Intellektuellenforschung [...] kein neues Kapitel“ (S. 303) hinzufügen und auch keine allgemein gültige Definition vorlegen.

Der Band umfasst insgesamt 19 Aufsätze, die der Verfasser in den letzten Jahren veröffentlicht hat und die für den Neudruck überarbeitet wurden. Ihr gemeinsamer Gegenstand sind die porträtierten Journalisten, Schriftsteller und Professoren, die als „Multiplikatoren von Nachrichten, Kommentaren und Analysen“ (S. 15) tätig waren. Ihren „Prägungen, Denk- und Wirkungsräumen“ (S. 15) gilt die Aufmerksamkeit des Bandes. Gerade im deutschsprachigen Raum war die Ablehnung des „Intellektuellen“ weit verbreitet, und die beschränkte sich keineswegs auf bürgerliche Kreise, sondern war auch bei Sozialdemokraten anzutreffen, wie der Verfasser am Beispiel August Bebel zeigt. Viele der hier vorgestellten Protagonisten dürften sich selbst daher wohl nicht als Intellektuelle verstanden haben, vor allem in der Anfangszeit. Für die Zeit um 1900, in der sich der Begriff in Deutschland einbürgerte, stellt der Verfasser daher fest: „Wenn schon ein Etikett, dann bevorzugte er Begriffe wie Geistiger, Gebildeter, Gelehrter“ (S. 305). Der Begriff „Intellektueller“ wird daher in diesem Band spärlich verwendet und stattdessen auf zeitgenössische Selbstbezeichnungen zurückgegriffen.

Der Band ist in drei große Abschnitte unterteilt, denen jeweils ein eigener einleitender Beitrag vorangestellt wird. Der erste Teil befasst sich mit „Generationen“ als „analytischer Kategorie“ und „Selbstthematisierungsformel“ (S. 19),¹ wobei zwei Beiträge zunächst Zeitschriften und ihren Herausgebern, dann weitere zwei Schriftstellern gewidmet sind, alle aus dem Zeitraum zwischen dem ausgehenden 19. Jahrhundert und dem Zweiten Weltkrieg. Flemming beginnt mit der jugendbewegten Zeit um 1900 und der 1896 in München gegründeten programmatischen Zeitschrift „Jugend“ des Verlegers Georg Hirth. Zunächst lebensreformerisch ausgerichtet war



¹ Der Verfasser bezieht sich hier auf Ulrike Jureit: Generationenforschung, Göttingen 2006.

die 1909 gegründete Zeitschrift „Die Tat“, die dann ab 1929 unter der Herausgeberschaft von Hans Zehrer zunehmend antiliberal und rechtsnationale Positionen vertrat. Mit ihm und seinen Mitarbeitern wird die Generation der jungen Kriegsfreiwilligen vorgestellt, bei der die „unheroische“ Weimarer Republik das Feindbild abgab (S. 65). Die hier deutlich werdende Radikalisierung des „Jugend- und Generationendiskurses“ (S. 21) in den 1920er Jahren demonstrieren auch die weiteren Beiträge zu dem 1898 verstorbenen Theodor Fontane und dessen „Wunsch nach Reform“ (S. 19) sowie zu Johannes R. Becher unter der Überschrift „Schädlinge, Krieg und Anderswerden“, der die revolutionäre Beseitigung des kapitalistischen Systems herbeisehnte.

In dem Abschnitt „Diskursmaschinen“ geht es um Zeitschriften als „Spiegel intellektueller Milieus“, Katalysatoren „intellektueller“ und politischer „Gruppenbildung“, die mit unterschiedlicher Zielrichtung in die Gesellschaft wirken wollten (S. 133).² Er beginnt mit den 1904 gegründeten „Süddeutschen Monatsheften“, als deren Mitherausgeber zunächst Friedrich Naumann auftrat, die aber dann zunehmend zu einem nationalkonservativen Periodikum wurden. In der von 1907 bis 1920 erscheinenden „Evangelischen Freiheit“ publizierte der liberale Theologieprofessor Otto Baumgarten, und als „Sprachrohr der rechten Sozialdemokratie“ (S. 193) diente von 1915 bis 1919 „Die Glocke“. Der Historiker Max Buchner und seine ab 1924 erscheinenden „Gelben Hefte“ hatten dagegen eine rechtskonservativ-katholische Ausrichtung. In der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg erschienen die von Benno Reifenberg herausgegebene „Gegenwart“ und die von Eugen Kogon und Walter Dirks gegründeten „Frankfurter Hefte“. Gemeinsam war allen Zeitschriften bei aller Verschiedenheit die dominierende Rolle der Herausgeber und ihre prekäre wirtschaftliche Situation.

Im letzten Teil des Bandes werden neun Wissenschaftler und Schriftsteller aus unterschiedlichsten politischen Lagern mit Blick auf ihre politischen oder kulturellen Überzeugungen vorgestellt: der Arzt und Schriftsteller Friedrich Wolf, der Dermatologe und Schriftsteller Felix A. Theilhaber, der Schriftsteller Arnold Zweig, der Schriftsteller und Theaterautor Arnolt Bronnen, der Schriftsteller Ernst von Salomon, der Journalist und Rechtsanwalt Rudolf Olden, der Jurist Hans Brandt, der Historiker Friedrich Meinecke und der Philosoph und Psychiater Karl Jaspers. Es ist wohl kein Zufall, dass liberale Persönlichkeiten (Olden und Meinecke) eher zu den älteren Jahrgängen der hier vorgestellten Persönlichkeiten zählen, während die Jüngeren eher extremen politischen Richtungen angehörten. Dazu passt die im ersten und zweiten Abschnitt beschriebene Entwicklung von Zeitschriften („Die Tat“ und „Süddeutsche Monatshefte“), die ursprünglich liberal waren und zunehmend antiliberal, nationalkonservative Standpunkte einnahmen. Dieser Befund deutet auf eine krisenhafte Entwicklung des Liberalismus im frühen 20. Jahrhundert hin. Hatten sich schon früher Krisensymptome abgezeichnet, so galt für jüngere Intellektuelle nach dem Ersten Weltkrieg der Liberalismus, der mit der ungeliebten Republik in Verbindung gebracht wurde, als wenig attraktiv. Im „Zeitalter der Extreme“ war der Liberalismus in die Defensive geraten. Den Nationalsozialisten galt der bürgerliche Liberalismus dann vollends, wie der eifertige nationalsozialistische Zivilrechtler Heinrich Lange schon im Frühsommer 1933 feststellte, als „Entartungserscheinung des Freiheitsgedankens“ (S. 433) und als der eigentliche Gegner. Auch nach dem Ende der nationalsozialistischen Diktatur hatten es liberale Positionen schwer, auch dafür lassen sich in dieser Neuerscheinung Belege finden.

Erfreulich ist, dass die ursprünglich in verschiedenen Sammelbänden erschienenen Aufsätze nun zusammengeführt und gut greifbar sind. Leider sind die in dem inspirierenden und lesenswerten Band aufgeführten Schriftsteller, Publizisten und Wissenschaftler alles Männer, weibliche Intellektuelle im „Jahrhundert der Intellektuellen“ bilden hier ein Desiderat. Auch wirken die einzelnen Beiträge wie Solitäre und passen oft schwer zu den Überbegriffen der einzelnen Ab-

² Der Verfasser folgt hier Michel Grunewald und Hans Manfred Bock: Zeitschriften als Spiegel intellektueller Milieus, in: Dies. (Hrsg.): Das linke Intellektuellenmilieu in Deutschland, seine Presse und seine Netzwerke (1890–1960). Bern 2002, S. 21–32.

schnitte. Wer sich aber auf die Lektüre einlässt, wird reich belohnt. Die ansprechend und unterhaltsam, oft in ironischer Distanz verfassten kulturgeschichtlichen Beiträge vermitteln zahlreiche Einsichten und Erkenntnisse.

Ulm/Tübingen

Michael Wettengel



**ARCHIV DES
LIBERALISMUS**

Friedrich Naumann Stiftung
Für die Freiheit.

in Kooperation mit



recensio.net



Online-Rezensionen des Jahrbuchs zur Liberalismus-Forschung 2/2021

Ernst Troeltsch: Die Soziallehren der christlichen Kirchen und Gruppen (1912).

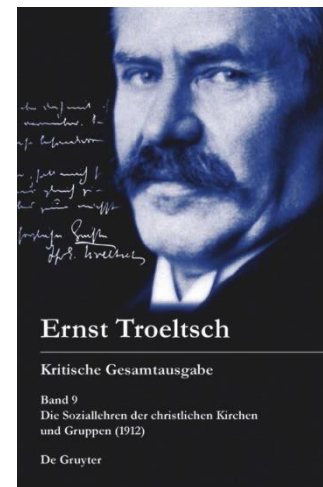
Hrsg. v. Friedrich Wilhelm Graf zus. m. Daphne Bielefeld, Eva Hanke, Johannes Heider, Fotios Komotoglou, Hannelore Loidl-Emberger. De Gruyter: Berlin/Boston, 2021 (= Ernst Troeltsch, Kritische Gesamtausgabe, Band 9, Teilband 1-3), 2086 S., ISBN: 978-3-11-044092-8

Nach „langen Jahren harter Arbeit“ (S. V) liegen nun Ernst Troeltschs „Soziallehren der christlichen Kirchen und Gruppen“ im Rahmen der Kritischen Gesamtausgabe vor. Dieses sein „Lieblingsbuch“ (Brief an Paul Siebeck vom 18. Januar 1914) ist zweifellos ein Hauptwerk, jedenfalls derjenige Beitrag, mit dem Troeltschs Name bis heute in erster Linie verbunden ist. Die „Soziallehren“ sind aber zugleich eines der wichtigsten Dokumente des klassischen deutschsprachigen Kulturprotestantismus. Mit ihm hat Troeltsch weit über die Theologie hinausgewirkt, indem es eine zugleich theologische wie auch sozialgeschichtliche Erforschung der Geschichte des Christentums begründet.

Obwohl seinerzeit von der fachgelehrten Zunft nicht wenig kritisiert, hat das Buch den historischen Blick auf die Geschichte der okzidentalen, lateinischen Christentumsgestalten grundlegend verändert. Mit dem Versuch, diese in sich außerordentlich verwickelte und unübersehbar motivreiche Geschichte in soziologisch inspirierter Perspektive zu erfassen, hat Troeltsch methodisch und thematisch Neuland erschlossen und dabei selbst eine einzigartige wissenschaftliche Leistung vollbracht. Insofern freut man sich umso mehr über diese durch und durch mustergültige editorische Tat von Herausgeber und Bearbeitern.

Die Anforderungen, die an sie gestellt waren, sind erheblich gewesen. Davon berichtet Friedrich Wilhelm Graf in seinem fast sechzigseitigen editorischen Bericht. Der entscheidende, geradezu sensationelle Punkt ist folgender: Ediert wird hier auf insgesamt über zweitausend Seiten nicht dasjenige Werk, das Troeltsch unter dem Titel der „Soziallehren“ (ein von ihm geprägter Begriff) im Januar und Februar 1912 als Band I seiner „Gesammelten Schriften“ in zwei Teilbänden im Tübinger Verlag J.C.B. Mohr (Paul Siebeck) veröffentlicht hat und das seinerseits auf eine Folge von Abhandlungen im „Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik“ zurückgegangen ist. Zugrundegelegt wird vielmehr Troeltschs Handexemplar, das sich wunderbarerweise mitsamt der eingelegten zahlreichen Manuskriptseiten erhalten hat und in Privatbesitz überliefert worden ist. (Der Rezensent durfte es vor Jahren in Obergünzburg selbst einmal in Händen halten. Seither steht er dem katholischen Reliquienkult nicht mehr ganz so ablehnend gegenüber.)

Jener Band I der „Gesammelten Schriften“ umfasste XVI und 994 Seiten. Troeltsch nannte ihn deshalb selbst im Vorwort „recht massiv“. Doch schon kurz nach der Auslieferung fand er vielfachen Anlass, seine Ausführungen noch massiver zu machen. Spätestens seit November 1912 fügte er in das ihm vom Verleger anhand der Aushängebögen zur Verfügung gestellte Handexemplar Nachträge und Zusätze ein. Er tat das im Blick auf eine Zweitausgabe. Zahlreiche Einträge dienten der Einarbeitung neuerer Literatur, vielfach handelte es sich aber auch um den Einschub neu geschriebener Absätze, darunter breiter Ausführungen. Dem von einigen Kritikern



bemängelten Fehlen von Kapiteln zu Augustinus und zum Anglikanismus suchte er durch Zusätze besonders Rechnung zu tragen. Aber auch sonst griff Troeltsch weit aus. So erstreckt sich etwa ein auf drei vollbeschriebenen Bögen und einem Extrablatt notierter exkursartiger Text zum Mönchtum in der Druckgestalt einschließlich der zugehörigen Sacherläuterungen auf zweiundzwanzig Seiten (S. 481-502). Troeltsch, der ja auch sonst imstande war, ganze Vorträge komplexen Inhalts aus dem Ärmel zu schütteln, war offensichtlich in der Lage, über Jahre hinweg neue Erörterungen zu detaillierten Aspekten seiner „Soziallehren“ umstandslos an passender Stelle anzubringen. Die denkerische Leistungsfähigkeit dieses Gelehrten scheint auf fast schon unheimliche Weise grenzenlos gewesen zu sein.

Jedenfalls stammen die Ergänzungen zum Drucktext von 1912 aus den anschließenden Jahren bis 1920. Insgesamt erweiterte Troeltsch den ursprünglichen Text, wie die Bandbearbeiter akkurat ermittelt haben, um siebzehn Prozent, was etwas mehr als zweihundert Seiten im alten Satzspiegel ausgemacht hätte. Alle Zusätze und Nachträge sowie die im Handexemplar sich findenden Corrigenda werden in der neuen Ausgabe erstmals dokumentiert.

Der editorische Bericht erläutert den langjährigen komplizierten Prozess der Entstehung der „Soziallehren“. Den editorischen Leittext für die kritische Neuauflage bildet die Fassung von 1912. Das motiviert auch die Unterteilung des Textes in zwei Teilbände. Die Aufsatzversionen – von Januar 1908 bis Juni 1910 erschienen – bilden dazu die ebenfalls zu berücksichtigende Vorstufe, die Zusätze des Handexemplars dann die Endfassung.

Mit der Aufgabe, diese Zusätze und Korrekturen in die Edition einzuarbeiten, waren die Bandbearbeiter vor erhebliche Probleme gestellt. Das gewählte Verfahren ist anspruchsvoll. Hinzukommen, ähnlich wie in Webers „Protestantischer Ethik“, autoreigene Fußnoten von paratextlichem Charakter. Bisweilen umfassen Troeltschs Anmerkungen mehrere Druckseiten, und zwar sowohl in den Archiv-Aufsätzen und der Buchausgabe von 1912 wie auch in den Zusätzen und Erweiterungen im Handexemplar.

Der Herausgeber spricht deshalb mit recht von eigentlich nicht drei, sondern – mit Blick auf den Anmerkungs-Text – von zweimal drei, also sechs Textstufen, die es darzustellen galt. Hinzu kommt noch einmal als eigener Apparat der Kommentar des Herausgebers. So ist „die kritische Edition des Handexemplars der ‚Soziallehren‘ die philologisch komplexeste, aufwendigste Herausforderung der Kritischen Gesamtausgabe“ gewesen (S. VII).

Die Edition erfolgt auf der Grundlage der für die Ausgabe generell geltenden Richtlinien. Eine im Schrifttyp herausgehobene Darbietung der Zusätze aus dem Handexemplar schied also aus. Vielmehr erscheinen diese Zusätze als eigener Apparat im Kleindruck. Das so entstandene Druckbild stellt nicht geringe Anforderungen an den Leser. Der Herausgeber ist sich dessen „schmerzlich bewusst“ (S. VII); er rechtfertigt dies: „Die kritische Ausgabe von Troeltschs Handexemplar kann keinen ‚Lesetext‘ bieten. Denn durch Troeltschs langjährige Arbeit an dem [...] Text ist dieser so komplex geworden, dass es keine Darstellungsform gibt, die nicht verständlichen Einwänden ausgesetzt wäre. Ich habe mich für den Vorrang philologischer Präzision vor Lesbarkeit entschieden“ (S. VIII). Diese Haltung ist die einzig richtige. Dem reinen Leseinteresse wird durch das Vorhandensein der Ausgabe von 1912, die, weil in letzter Zeit mehrfach nachgedruckt (unter anderem als UTB-Taschenbuch), leicht verfügbar ist, hinreichend Genüge getan.

Grafs Einleitung stellt die diversen werk- und wirkungsgeschichtlichen Sachverhalte dar. Eine besondere Rolle spielt dabei naturgemäß das Verhältnis zu Max Webers „Protestantischer Ethik“ sowie zu Troeltschs eigener, gleichfalls monumentaler Studie über „Protestantisches Christentum und Kirche in der Neuzeit“ von 1906 bzw. 1909. Materialreich wird anhand der zahlreichen Rezensionen und anderer kritischer Stellungnahmen die direkte Rezeption geschildert. Detaillierte Informationen findet man zur weltweiten Wirkungsgeschichte (bis hin zu den Absatzzahlen: S. 114). Eingehend wird dabei auch über die Resonanz des umstrittensten Kapitels der „Soziallehren“ über Luther und das Luthertum berichtet. Die Erörterungen zu der immer schon sperrig anmutenden Naturrechtsthematik, die Troeltsch aber mit besonderer Inbrunst verfolgte und

die seinen historiographischen Zugriff etwa von demjenigen Webers signifikant unterscheiden, nimmt man ebenfalls dankbar zur Kenntnis.

Die in drei Teilbände untergliederte Neuauflage ist – der Anordnung des Textes in den beiden Teilbänden von 1912 gemäß – folgendermaßen angelegt: Teilband I umfasst, abgesehen von der einleitenden und editorischen Herausgeberrede, Troeltschs „Einleitung“ sowie die beiden Kapitel zu den „Grundlagen der alten Kirche“ mit den Einzelabschnitten „Das Evangelium“, „Paulus“ und „Der Frühkatholizismus“ sowie zum „Mittelalterlichen Katholizismus“. Teilband II ist dem Protestantismus gewidmet. Dessen vier Abschnitte sind mit den Titeln „Das soziologische Problem des Protestantismus“, „Das Luthertum“, „Der Calvinismus“ und „Sektentypus und Mystik auf protestantischen Boden“ überschrieben, wobei der vierte dieser Abschnitte mit seiner Hervorhebung des Mystik-Typus ebenfalls zu den meistdiskutierten Texten des ganzen Werkes zählt. Der schmale dritte Teilband bietet die Literaturverzeichnisse sowie Personen- und Sachregister, letzteres in formaler Anlehnung an die seinerzeit von Troeltsch selbst entworfene Lemmastruktur, doch hinsichtlich der Verweisstellen die Vorlage weit überbietend.

Es ist keine Frage, dass die Lektüre von Troeltschs „Soziallehren“ hohe Anforderungen an den Leser stellt. Die Bereitschaft zu wochenlangem stillen Studium ist unabdingbar. Auch macht, wie gesagt, die kritische Neuauflage mit ihren spezifischen Eigentümlichkeiten das Lesevorhaben nicht einfacher. Und doch bietet sich hier, unterstützt durch den hilfreichen Sachkommentar, die Gelegenheit zu einer Neuentdeckung dieses auf seine Weise großartigen Werkes, dem wissenschaftsgeschichtlich nur Adolf Harnacks „Lehrbuch der Dogmengeschichte“ an die Seite zu stellen ist.

Eine kurze Notiz sei schließlich noch angefügt. Auf den beiden Schussseiten des dritten Teilbandes geben die Hauptherausgeber der Troeltsch-Gesamtausgabe, Friedrich Wilhelm Graf und Gangolf Hübinger, Hinweise zum aktuellen Stand der Planungen für den weiteren Fortgang der Ausgabe. Demnach wird sie nunmehr siebenundzwanzig (statt der anfänglich vorgesehenen zwanzig) Bände umfassen. Nachdem das Briefcorpus in fünf (statt zwei) Bänden Platz gefunden hat, sind nun auch aus jenen zwei Bänden, die für amtliche Schriften, Reden und Gutachten sowie nachgelassene Texte und Diktate veranschlagt worden waren, insgesamt ebenfalls fünf Bände geworden. Sie stehen alle noch aus und werden die parlamentarischen Reden und Voten in Baden, nachgelassene frühe Schriften, das Schriftgut mit amtlichen Bezügen sowie in zwei separaten Bänden die Vorlesungen zur Glaubenslehre und zur Ethik (nicht aber anscheinend diejenigen zur Religionsphilosophie) enthalten. Ebenfalls noch nicht erschienen sind drei Bände mit Texten zu Religion, Religionsphilosophie und Ethik, zu Theologie und Kulturgeschichte und zur Politik sowie ein Band mit Troeltschs Beiträgen zu Enzyklopädien und Lexika.

Berlin

Matthias Wolfes



**ARCHIV DES
LIBERALISMUS**

Friedrich Naumann Stiftung
Für die Freiheit.

in Kooperation mit



recensio.net



Online-Rezensionen des Jahrbuchs zur Liberalismus-Forschung 2/2021

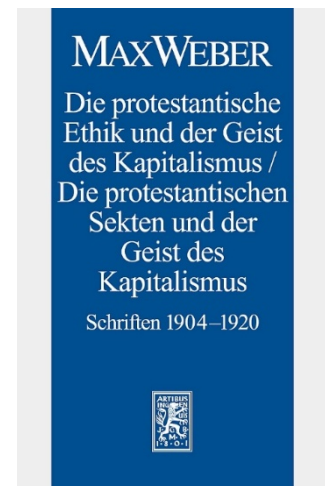
Max Weber: Die protestantische Ethik und der Geist des Kapitalismus / Die protestantischen Sekten und der Geist des Kapitalismus. Schriften 1904–1920.

Hrsg. v. Wolfgang Schluchter zus. m. Ursula Bube-Wirag. Tübingen: Mohr Siebeck, 2021 (= Max Weber-Studienausgabe, Band I/18), 518 S., ISBN: 978-3-16-155682-1

Dieser Band verdient es, sorgfältig beachtet zu werden. Die „Max Weber-Studienausgabe“ begleitet als editorisch vereinfachte, preislich im niederen Bereich angesiedelte Begleitausgabe die große, inzwischen vollendete historisch-kritische „Gesamtausgabe“ (MWG). Geboten werden die Weberschen Schriften „auf der gesicherten Textgrundlage“ der MWG, jedoch unter Verzicht auf den editorischen Apparat. An die Stelle von Einleitung und Editorischem Bericht tritt ein zusammenfassendes Nachwort, das den dort ausgebreiteten Sach- und Forschungsstand übersichtlich bündelt. So verhält es sich im Falle der zuvor erschienenen sechzehn Bände, darunter auch den sechs Teilbänden zum Werkkomplex „Wirtschaft und Gesellschaft“.

Der nun hier anzuzeigende neue Band der Studienausgabe, der die Schriften zum asketischen Protestantismus enthält, ist anders zugeschnitten. Er bietet gegenüber der zugrundeliegenden MWG-Ausgabe einen wirklichen Überschuss. Das ist deshalb der Fall, weil hier in bequemer Weise die textlichen Modifikationen sichtbar werden, die Weber auf dem Weg von der Erstausgabe seiner beiden Abhandlungen „Die protestantische Ethik und der ‚Geist‘ des Kapitalismus“ hin zur Neuausgabe zurückgelegt hat. Jene beiden Texte waren 1904 („I. Das Problem“) und 1905 („II. Die Berufsidee des asketischen Protestantismus“) in dem von Weber mitherausgegebenen „Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik“ erschienen, dort jeweils im ersten Heft des zwanzigsten und einundzwanzigsten Bandes. Schon bald hatte der Verleger, Paul Siebeck, den Vorschlag einer Separatausgabe aufgebracht. Zu ihr konnte Weber sich allerdings, trotz mehrfacher, dann auch nachdrücklich vorgetragener Appellation, nicht durchringen. Viel zu sehr schienen ihm seine Ausführungen der Überarbeitung und vor allem der Fortführung zu bedürfen. Immerhin wider setzte er sich aber doch nicht völlig, denn die außergewöhnliche Nachfrage nach der Aufsatzfolge beeindruckte auch ihn.

Das größte Hindernis stellte der Umstand dar, dass „die noch fehlende größere Hälfte“ (Brief an die Mutter vom 14. November 1905) – am Ende des zweiten Aufsatzes skizziert (im vorliegenden Band S. 154f.) –, also die andere, zweite Seite der „Kulturanalyse“, noch ungeschrieben war. Statt sich nun aber dieser, aus unserer Sicht so überaus vordringlichen Aufgabe zu widmen, verausgabte Weber sich an ganz anders gelagerten Arbeiten methodologischen und agrarpolitischen Charakters. Bis in das Jahr 1910 ließ er sich überdies zu nerven- und zeitraubenden Antikritiken veranlassen, die trotz ihres durchaus erläuternden und klarstellenden Inhalts im ganzen steril anmuten und argumentativ kaum etwas beitragen. Vielleicht waren sie es, die dazu führten, dass Weber das Interesse verlor. Auch entwickelte sich seit 1912 unter dem Eindruck des für Webers Theorieprogramm fortan grundlegenden Rationalisierungsparadigmas mit den parallel verfolgten Projekten der „Wirtschaftsethik der Weltreligionen“ und der „Religionssystematik“ (MWG I/22-2) eine stark veränderte Sicht. Und so kam es schließlich nicht zu der lange



geplanten Fortführung, sondern zu ganz anderen, überaus weit ausgreifenden („universalgeschichtlichen“) Forschungen.

Dass Weber dann die beiden Abhandlungen zur „Protestantischen Ethik“ an die Spitze der „Gesammelten Aufsätze zur Religionssoziologie“ stellte, muss als ziemlich unglückliche Notlösung bezeichnet werden. Diese Entscheidung, konsequent verfolgt, hätte verlangt, die schon 1905 versprochene Fortsetzung nun endlich zu liefern, und zwar insbesondere die Darstellung der Entstehung der kapitalistischen *Form*, also die des kapitalistischen *Wirtschaftssystems*. Allein dadurch wären die Protestantismus-Studien auf das theoretische Format der Aufsätze über die Wirtschaftsethik der Weltreligionen gebracht worden, deren geschlossener Publikation die „Gesammelten Aufsätze“ ja in erster Linie dienten. Doch diese selbstaufgelegte Verpflichtung löste Weber nicht ein. Das „Irgendwann“, zu dem er „die Sache fortsetzen und dann einmal das Ganze als Buch herausgeben“ wollte (Brief an Paul Siebeck vom 24. März 1907), blieb unerfüllt. Was stattdessen geschah, war die ergänzende Überarbeitung jener Abhandlungen und die Voranstellung eines als „Vorbemerkung“ bezeichneten Textes, dem eine Art Klammerfunktion zukommt.

Was nun die diversen, sehr zahlreichen, vielfach schwergewichtigen Ergänzungen betrifft, die die 1920er-Fassung von der Ursprungsversion unterscheiden – man denke nur an die vierfache Einfügung des „Entzauberungs“-Begriffes –, so liegt die Sache so: Vorhanden sind im Original jene, aus den „Archiv“-Heften von 1904 und 1905 herausgelösten Seiten, in die Weber seine Änderungen handschriftlich eingetragen hat. Sie stellten wegen der vielfach kaum lesbaren Annotationen die Mitarbeiter der Druckerei vor ganz erhebliche Probleme. Hierzu schreibt der Herausgeber Wolfgang Schluchter: „Man kann nur darüber staunen, daß dem Setzer die Entzifferung dieser Zusätze überhaupt gelang“ (S. 327).

Bemerkenswert ist, dass die Änderungen mit verschiedenen Federn und Tintensorten geschrieben sind. Trotz aller Anstrengungen ist es jedoch nicht gelungen und, wie der Herausgeber betont, auch „nicht möglich“ (S. 363), daraus gesicherte Datierungen abzuleiten. Nicht einmal eine Unterscheidung von Einträgen, die vor oder nach dem Weltkrieg verfasst worden sind, lässt sich treffen. „Zwischen der Art von Schrift, Feder, Tinte und Papier und der Art der Änderungen gibt es keine erkennbaren Zusammenhänge“ (ebd.). Aufgrund vieler Einzelindizien aus der Korrespondenz und anderen Quellen ist es am wahrscheinlichsten, anzunehmen, „daß die Überarbeitung des Urtextes der Protestantischen Ethik [...] relativ spät erfolgte“. Ende Oktober 1919 lag der neue Text dann jedenfalls, zusammen mit der „Vorbemerkung“, von der Druckerei paginiert und im Seitensatz vor.

Der Band der Studienausgabe legt Band I/18 der MWG (Tübingen 2016) zugrunde. In ihm findet sich in kritischer Edition die Spätfassung der „Protestantischen Ethik“, die 1920 im ersten, von Weber selbst noch in den Druck gegebenen Band der „Gesammelten Aufsätze zur Religionssoziologie“ erschienen ist (Tübingen 1920, S. 17-206). Die der ganzen Bandreihe – nicht der „Protestantischen Ethik“ – vorangestellte „Vorbemerkung“ findet sich hier ebenfalls und so auch in diesem Band der Studienausgabe. Das gleiche gilt für den Aufsatz „Die protestantischen Sekten und der Geist des Kapitalismus“ von 1919. Er darf in seiner, umfangmäßig kaum ein Viertel ausmachenden Ursprungsgestalt vom Frühjahr 1906 keinesfalls für jene in Aussicht gestellte Fortführung der „Protestantischen Ethik“ gehalten werden. Vielmehr hat er in verschiedener Hinsicht eine eigene Stellung, nicht zuletzt darin, dass er, anders als die Abhandlung von 1905, die Eindrücke der USA-Reise von August bis November 1904 reflektiert.

Diese drei Texte, die bekanntesten aus Webers Darlegungen zum Thema „Asketischer Protestantismus“, bilden jedoch nur eine Teilmenge seiner hierhergehörenden Publikationen. Die übrigen finden sich in Band I/9 der Gesamtausgabe (Tübingen 2014). Einige von ihnen bilden die Reaktion auf die Kritik, die die beiden ursprünglichen Abhandlungen von 1904 und 1905 provoziert hatte. Die zum Teil sehr umfangreichen Erörterungen hat Weber nicht in die „Gesammelten

Aufsätze zur Religionssoziologie“ aufgenommen. Sie werden in diesem Band der Studienausgabe nun als „Ergänzende Texte“ in chronologischer Anordnung geboten. Webers Studien zum asketischen Protestantismus sind damit hier vollständig versammelt.

Was nun die bereits angesprochene Darbietung der Textdifferenzen betrifft, die die beiden Fassungen der „Protestantischen Ethik“ voneinander unterscheidet, so ist zunächst einmal zu sagen: Eine Ausgabe, die sich der Aufgabe annimmt, dem Leser die Veränderungen, Erweiterungen und auch Korrekturen übersichtlich und leicht nachvollziehbar vor Augen zu stellen, hat es bisher nicht gegeben. Das ist angesichts der werk-, wissenschafts- und theoriegeschichtlichen Bedeutung der „Protestantischen Ethik“ eigentlich kaum zu glauben und doch verhält es sich so. Die immer wieder geforderte, so naheliegende *synoptische* Darbietung kam, aus welchen Gründen auch immer, in Jahrzehnten intensiver Weber-Werkpfege nicht zustande. Sie liegt auch jetzt, mit diesem Band, nicht vor. Man muss aber sehen, dass der stattdessen gewählte Weg durchaus seine Vorteile hat. Zudem ist der Band MWG I/18 mit der Fassung letzter Hand als Leittext ja vorhanden. Dort ist die Fassung von 1904/05 in Gestalt eines „negativen Apparates“ mitgeführt, und dort werden hinsichtlich der Textmodifikationen alle, auch die kleinsten Differenzen präzise nachgewiesen.

Hier, in diesem Band der Studienausgabe, ist das Ziel weniger anspruchsvoll: Dem Leser soll der Vergleich lediglich „erleichtert“ (S. III) werden. Das geschieht aber zugleich auf eine Weise, die hinsichtlich der Übersichtlichkeit dem Verfahren jenes MWG-Bandes deutlich überlegen ist: Beide Fassungen werden als ein fortlaufender Text dargeboten. Die Unterscheidung erfolgt über die Schrifttype. Der Wortlaut der „Archiv“-Fassung wird in „normaler“, der der Änderungen, Ergänzungen und Erweiterungen von 1920 in „halbfetter“, das heißt optisch hervorgehobener Drucktype gesetzt. Die durch die Überarbeitung veränderten oder weggefallenen Stellen werden in eckigen Klammern mitgeteilt. Nicht nachgewiesen werden Schreibvarianten, etwa der Wechsel vom Präsens ins Präteritum sowie veränderte Hervorhebungen (Weber nahm 1920 fast alle ursprünglichen Hervorhebungen zurück) und Interpunktionszeichen.

Die so entstandene Präsentation der beiden Abhandlungen zur „Protestantischen Ethik“ legt, wenn man sie Seite für Seite liest, den Schwerpunkt stark auf das Moment der Differenz. Sie wird daher für ein Leseinteresse, das der inhaltlichen Seite der Erörterungen gilt und nicht so sehr der werkgeschichtlichen, weniger geeignet sein. Wem nicht gleich die MWG-Bände zur Hand sind, dem dient aus der Mehrzahl momentan verfügbarer Ausgaben besser diejenige, die Dirk Kaesler 2004 im Beck-Verlag herausgegeben hat. All jenen aber, denen es bei einem erneuten Durchgang gerade und ausdrücklich um die textgenetischen Sachverhalte geht, ist mit diesem Band der Studienausgabe bestens gedient. Er schließt endlich, ohne nun seinerseits ein Wunderwerk der Weber-Philologie zu sein, eine Lücke, die doch in ihrem Vorhandensein betrüblich gewesen ist.

Das vom Herausgeber verfasste, umfangreiche Nachwort (S. 262-343) verbindet die einleitenden Ausführungen zu den beiden MWG-Bänden I/18 und I/9. Es gibt detailliert Einblick in die werkgeschichtlichen Zusammenhänge der hier edierten Schriften sowie zur Bedeutung des Themas „Asketischer Protestantismus“ in Max Webers Denken und Werk. Der Anhang bietet eingehende Informationen zur Entstehung und Überlieferung der Texte, ein erläutertes Personenverzeichnis, ein Glossar und mehrere Register.

Berlin

Matthias Wolfes



**ARCHIV DES
LIBERALISMUS**

Friedrich Naumann Stiftung
Für die Freiheit.

in Kooperation mit



recensio.net